

JAHRESBERICHT DER
FRIEDRICH-EBERT-
STIFTUNG 2007

PERSPEKTIVEN
2008

Annual Report of the
Friedrich-Ebert-Stiftung
2007

Perspectives 2008

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

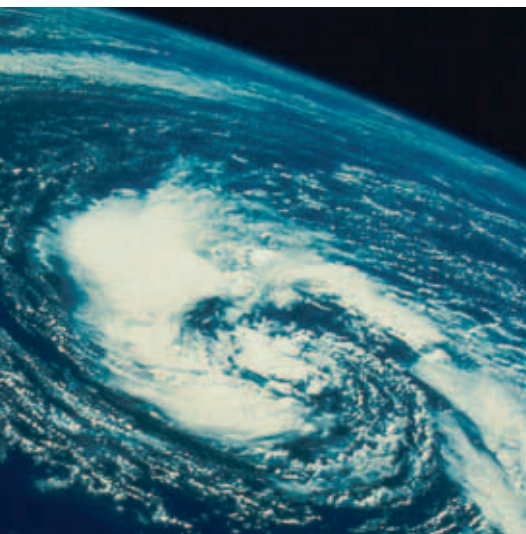
INHALT

- 4 Friedrich-Ebert-Stiftung
Für Soziale Demokratie
- 4 Friedrich-Ebert-Stiftung
Committed to Social Democracy
- 6 Vorwort der Vorsitzenden
Anke Fuchs
- 7 Preface of the Chairwoman
Anke Fuchs
- 14 Bericht des Geschäftsführers
Dr. Roland Schmidt
- 15 Report of the Secretary General
Dr. Roland Schmidt

- 20 Die FES im Spiegel der Presse
Ausgewählte Pressezitate 2007

THEMEN

- 20 **Kompass 2020**
*Alles bewegt sich gleichzeitig –
Deutschland in den internationalen
Beziehungen:
Das Projekt „Kompass 2020“*
- 26 **Politische Milieus in Deutschland**
*Großen Diskussionsprozess
angestoßen – die FES-Studie
„Politische Milieus in Deutschland“
und ihre weitreichenden Folgen*



DIE ARBEIT DER FACHABTEILUNGEN

- 32 Politische Akademie
- 34 *Jugendpolitik*
- 37 Abteilung Gesellschaftspolitische Information – GPI
- 38 Dialog Ostdeutschland
- 40 Wirtschafts- und Sozialpolitik
- 42 *Geschlechterpolitik*
- 44 Zentrale Aufgaben
- 46 Studienförderung
- 49 Historisches Forschungszentrum
- 52 *Die Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung*
- 54 Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ)
- 56 *Globale Gewerkschaftspolitik*
- 64 Internationaler Dialog
- 68 *Unselbständige Stiftungen in der Friedrich-Ebert-Stiftung*

ANHANG

- 72 Organisationsplan der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 74 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006
- 80 Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen
- 81 Mitglieder des Vorstandes
- 81 Mitglieder des Vereins
- 82 Mitglieder des Kuratoriums
- 82 Mitglieder des Auswahlausschusses
- 83 Vertrauensdozenten
- 86 Anschriften
- 88 Impressum



FÜR SOZIALE DEMOKRATIE

Soziale Demokratie basiert auf den sozialen Menschen- und Bürgerrechten und trägt zu ihrer Festigung bei. Sie erweitert und festigt die politische Demokratie durch soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Demokratisierung, soziale Sicherung, nachhaltige Entwicklung und internationale Solidarität. Soziale Demokratie schafft die Voraussetzungen dafür, dass alle Bürger ihre politischen und grundlegenden Menschenrechte und sozialen Teilhaberechte ungeschmälert wahrnehmen und zur Entwicklung ihres Landes beitragen können. Sie erstrebt für alle Bürgerinnen und Bürger gesicherte Lebenschancen und gleiche Mitspracherechte. Soziale Demokratie ist im Alltag gelebte Demokratie für alle, auch für die sozial Schwachen.

In der globalisierten Welt verlangt soziale Demokratie mehr denn je Solidarität und faire Zusammenarbeit. Die Weltgesellschaft und die Weltmärkte bedürfen der Einbettung in politische Verantwortung sowie sozialer und ökologischer Regulation.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung leistet Beiträge zur Sozialen Demokratie

- durch politische Bildung, die ihre Grundwerte stärkt,
- durch die Förderung junger Wissenschaftler, die ihr verpflichtet sind,
- durch öffentliche Dialoge, die ihr politisch die Wege ebnen,
- durch Entwicklungszusammenarbeit, die globaler Gerechtigkeit dient,
- durch Forschung und Politikberatung, die ihre Grundlagen erforschen und vermitteln, und
- durch Brücken internationaler Kooperation, die zum Aufbau weltweiter Demokratie beitragen.

COMMITTED TO SOCIAL DEMOCRACY

Social democracy is based on social human and civil rights and seeks to reinforce them. It broadens and consolidates the basis of political democracy by including social justice, democratisation of society, social security, sustainable development and international solidarity. Social democracy creates the conditions under which all citizens can fully exercise their fundamental human rights, participate fully and unimpeded in society, and contribute to the development of their country. It strives to secure equal opportunities in life and the right to have a say in the affairs of their community for all citizens, both men and women. Social democracy is practised democracy for every individual, including those who are socially vulnerable.

In our globalizing world, social democracy more than ever calls for solidarity and fairness. It is necessary to integrate a sense of political responsibility and social and ecological regulations in the world community and the world markets.

The Friedrich-Ebert-Stiftung contributes to social democracy by means of:

- political education in order to reinforce its fundamental values,
- scholarships for young academics who are committed to it,
- various forms of public dialogue in order to pave the way for it,
- development cooperation aimed at global justice,
- research and political consultancy to study its foundations and to impart it, and
- building bridges of international cooperation for worldwide democracy.

VORWORT DER VORSITZENDEN



Anke Fuchs
Vorsitzende der
Friedrich-Ebert-
Stiftung
*Chairwoman of the
Friedrich-Ebert-
Stiftung*

Es ist wohl nicht übertrieben, im Rückblick auf das Jahr 2007 festzustellen, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung als „Ideenwerkstatt der sozialen Demokratie“ erneut ihren Beitrag zur Diskussion um soziale und wirtschaftliche Reformen geleistet hat.

Auch im Jahr 2007 fand die Studie der Stiftung „Gesellschaft im Reformprozess“, die im vorangegangenen Jahr eine leidenschaftliche Debatte über das Phänomen des „abgehängten Prekariats“ ausgelöst hatte, ungebrochene öffentliche Aufmerksamkeit. Der dramatische Befund lautet: Über die Zukunft herrscht massive Verunsicherung in der Bevölkerung. Unzufriedenheit, Unsicherheit und Zukunftsängste sind kennzeichnend für die Einstellungen großer Teile der Bevölkerung. Die Haltungen der Menschen zur Reformpolitik sind ambivalent und teilweise widersprüchlich. Das Vertrauen in das Potential von Politik und Parteien, Probleme zu lösen, ist gering. Zwischen Politik und Gesellschaft bestehen erhebliche Verständigungsprobleme. Im Frühjahr erschien diese Analyse auch unter dem Titel „Politische Milieus in Deutschland – Die Studien der FES“ im Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Die gewonnenen Erkenntnisse waren und sind immer noch Gegenstand einer Vielzahl von Veranstaltungen und Publikationen – nicht nur in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die meisten der seither veröffentlichten Untersuchungen über soziale Unterschiede nehmen Bezug auf unsere Studie. Man kann sie zu Recht als Leitstudie ansehen, die einen großen gesellschaftlichen Diskussionsprozess angestoßen hat.

Diesen Fragen haben wir auch ganz bewusst bei der Verleihung des Preises „Das politische Buch“ Rechnung getragen. Genau 25 Jahre nach der ersten Preisverleihung wurde in diesem Jahr das Buch „Einfach abgehängt. Ein wahrer Bericht über die Armut in Deutschland“ von Nadja Klinger und Jens König ausgezeichnet. Die Jury hatte sich für dieses Buch entschieden, weil „der schonungs-



PREFACE OF THE CHAIRWOMAN

Looking back at the year 2007, it is certainly not an exaggeration to claim that the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) once again performed well as the “Workshop for Social Democratic Ideas”, that it once again contributed significantly to the ongoing discourse on social and economic reform.

In 2007 the FES-study, “Society undergoing reform”, which the year before had sparked off a passionate debate concerning the phenomenon of the “left-behind, abandoned under-class”, continued to enjoy uninterrupted public interest. The findings of this study, that there is a great deal of insecurity in the population concerning the future, that large sections of the population are discontent and fear what the future will bring, are dramatic. Furthermore, the study found that much of the population has an ambivalent and contradictory opinion of the reform policies and that their level of confidence in the ability of politicians and political parties to solve problems is very low. There are, thus, severe communication problems between politics and society. Early last year this analysis was published by J.H.W. Dietz Nachf. under the title “Politische Milieus in Deutschland – Die Studien der FES”.



Zur Grundsteinlegung für ein zusätzliches Veranstaltungs- und Verwaltungsgebäude der FES am 22. Oktober 2007 in Berlin-Tiergarten konnten die Vorsitzende der Stiftung Anke Fuchs und das geschäftsführende Vorstandsmitglied der FES Dr. Roland Schmidt u.a. auch den Regierenden Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit, und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier begrüßen (Foto: Sabine Kröll)



Die beiden Preisträger des jährlich vergebenen Preises „Das politische Buch“ Nadja Klinger und Jens König mit dem Laudator Matthias Platzeck, der FES-Vorsitzenden und dem Sprecher der Jury Dr. Klaus Hohlfeld (Foto: Liebe)

lose Blick auf die zunehmende Armut in Deutschland die Gefährdung von Freiheit und das Fehlen von Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft offenbart“.

Die unübersehbaren Zeichen sozialer Desintegration, die für viele Menschen Zukunftschancen nicht mehr erkennbar werden lassen, führen bei vielen Bürgerinnen und Bürgern zu einer zunehmenden Distanz gegenüber unserer Demokratie und insbesondere zum Parteiensystem. Vor diesem Hintergrund haben wir es als Stiftung der sozialen Demokratie 2007 als eine zentrale Aufgabe angesehen, Beiträge zur Debatte über das neue sozialdemokratische Grundsatzzprogramm zu leisten. Wir haben Foren geschaffen, auf denen Positionen und Inhalte der Grundorientierung sozialer Demokratie diskutiert werden konnten.

Stabilität und Fortbestand einer Demokratie sind nur dann gewährleistet, wenn junge Menschen sie mittragen und weiterentwickeln. Daher genießt die politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen im weltweiten Tätigkeitsspektrum der Stiftung einen herausgehobenen Stellenwert. Allein in Deutschland haben wir 2007 fast 400 Veranstaltungen für Jugendliche angeboten. Mit Veranstaltungsformaten, die auf die aktive Beteiligung der Jugendlichen ausgerichtet sind, möchten wir sie für Politik interessieren, die Bereitschaft stärken mitzumachen und fit fürs eigene politische Engagement zu werden.

Die politische Bildungsarbeit der FES will insbesondere aber auch junge Menschen dazu befähigen, sich kritisch mit antidemokratischen und extremistischen Strömungen auseinander zu setzen. Deshalb stellt der Kampf gegen den Rechtsextremismus weiterhin eine vordringliche Aufgabe unserer Bildungsarbeit, vor allem in Ostdeutschland, dar. Tagungen und Seminare zu Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenstrategien, Argumentationstraining gegen Rechts, Schulprojekttage oder Autorenlesungen an Schulen sind Beispiele dafür.

The findings of this study were and still are the topic of numerous events and publications – and not only in the Friedrich-Ebert-Stiftung. Most of the recent work on social differences refers to our study. We are thus justified in seeing this as a pilot study which helped initiate an important social discussion.

These questions were quite consciously in our minds when we presented “The Political Book” prize in 2007. Exactly 25 years after this award was first conferred, this year the honour went to Nadja Klinger und Jens König for their book “Einfach abgehängt. Ein wahrer Bericht über die Armut in Deutschland (Simply Left Behind. The Truth about Poverty in Germany)”. The jury chose this book because it “revealed – through its pitiless, unsparing portrayal of the increasing poverty in Germany – the dangers to our freedom and the absence of justice and solidarity in our society”.

The signs of social disintegration, which can no longer be overseen, and the lack of optimism among much of our population concerning the future are evidence of an increasing alienation toward democracy and especially toward the party system. Against this background, we at the FES, a Social Democratic “think tank”, believed that it was one of our most important tasks last year to contribute to the debate on the new Social Democratic Party platform. We created forums where the position, content and tenor of the basic orientation of Social Democracy could be discussed.

The stability and continuity of a democracy are only guaranteed when young people support and further develop the democratic idea. Therefore, the political education of the younger generation has such an important position in the spectrum of our world-wide activities. In Germany alone we organized almost 400 events for youths last year. Our event formats were and are designed to enable active participation; we aim to increase the interest among youths in politics, to strengthen their willingness to participate and to help them make themselves fit for their own political engagement.

The work of the Friedrich-Ebert-Stiftung in the field of political education aims above all to enable young people to engage critically with anti-democratic and extremist currents. The struggle against right-wing extremism remains one of the most important tasks, above all in Eastern Germany. We offer conferences, seminars and trainings on the causes and manifestations of right-wing radicalism, on developing counter strategies and on developing arguments against right-wing extremists; we also offer “project days” for schools or readings by authors in schools.



Anke Fuchs, Heidemarie Wieczorek-Zeul, der SPD-Vorsitzende Kurt Beck und Michael Naumann eröffneten anlässlich des SPD-Parteitages in Hamburg die FES-Ausstellung „Sozialdemokratische Programmatik und Politik seit der Mitte des 19. Jahrhunderts“



Im Vorfeld des Klimagipfels auf Bali stellte Umweltminister Sigmar Gabriel seine Strategien in der FES in Berlin zur Diskussion (Foto: Zensen)



Lawrence Ramer, der Vorsitzende des Beirats des American Jewish Committee Berlin, am Rande einer Konferenz mit Anke Fuchs und FES-Vorstandsmitglied Hans-Ulrich Klose, MdB

An dieser Stelle wird ein weiteres Mal deutlich: Bildung ist ein zentraler Schlüssel zur Überwindung gesellschaftlicher Konflikte und Probleme. Gleiche Zugangschancen zu Bildung und Ausbildung für alle sichern sozialen Frieden und soziale Gerechtigkeit. Nur durch verstärkte Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung kann es gelingen, die Zukunftsfähigkeit und den Wohlstand unseres Landes zu sichern.

Seit Jahren gehören daher die Themen Bildung und Ausbildung zu den von der Stiftung intensiv geförderten Politikfeldern. Es geht dabei um so unterschiedliche und vielfältige Ansätze wie soziale Gerechtigkeit und Teilhabe, um technische und kulturelle Innovation, um wirtschaftliche Entwicklung und globalen Wettbewerb, kurz, um die Fähigkeit unserer Gesellschaft, heute Grundlagen für eine erfolgreiche Zukunft zu legen. So wird beispielsweise in unserem Netzwerk Bildung über die nötigen Veränderungen und Investitionen im Bil-

dungssystem diskutiert. Dazu gehören z.B. die Anforderungen an das Bildungssystem in einer Einwanderungsgesellschaft oder Fragen der beruflichen Bildung und Weiterbildung. Große Beachtung in der Öffentlichkeit fand das neugegründete Netzwerk „Exzellenz an deutschen Hochschulen“, das die Ergebnisse des Exzellenzwettbewerbs diskutiert und Empfehlungen für die Entwicklungen auf dem Weg zur internationalen Spitze gibt. Die Rektoren der meisten Spitzenuniversitäten in Deutschland arbeiten hier mit.

Im Jahr der deutschen EU-Rats- und G-8-Präsidentschaft stand auch auf unserer Themenliste des ersten Halbjahres das Thema Europa ganz oben. Aber nicht nur während der sechs Monate der deutschen Ratspräsidentschaft konnte sich die Stiftung erneut als eine wichtige Institution in der europapolitischen Debatte profilieren.

Das Themenspektrum unserer Konferenzen, Analysen und Fachgespräche reichte vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell, über Fragen der europäischen Sicherheitspolitik bis hin zu den Problemen einer europäischen Nachbarschaftspolitik. Allein das Referat „Westliche Industrieländer“ hat zentrale Aufgaben und Fragen der deutschen Außenpolitik in ca. 250 Veranstaltungen bearbeitet. Hinzu kamen 40 politische Hintergrundpapiere, Studien und Analysen.

Demokratieförderung ist das Ziel unserer internationalen Arbeit schlechthin in unseren über 100 Einsatzländern weltweit. Um die Bedingungen für eine funktionierende Demokratie zu schaffen, bedarf es stabiler und glaubwürdiger politischer Parteien, einer funktionierenden Zivilgesellschaft und der Möglichkeit zu freien und fairen Wahlen – aber vor allem muss es gelingen, akute Konflikte zu entschärfen.

Clearly education is a significant, vital tool in the struggle to overcome social conflicts and problems. Equal opportunity, equal access to education and vocational training secures social peace and social justice. Only through increased efforts in the fields of education, vocational training, university education and research will we be successful in making ourselves ready for the future and secure the welfare of our country.

For years, the topics education and vocational training have been an essential part of the policy work intensively promoted by the FES. We are dealing here with such diverse topics as social justice and social participation, technical and cultural innovation, economic development and global competition; in short, we are discussing the ability of our society to lay down today the groundwork needed for a successful future. Thus, for example, we discuss in our "Education Network" the necessary changes to and investments in our education system. Among the topics being discussed are what sort of reforms are needed so that our education system better integrates immigrants or questions concerning vocational and adult education. The newly founded network, "Excellence in German universities", which has discussed the results of the "excellence competition" and which made recommendations on how to develop German universities so that they belong to the international elite, has received a great deal of public attention. The vice chancellors of most of the top universities in Germany participate.

Given that this was the year of the German presidency of the EU council and of the G8, Europe naturally stood at the top of our list of topics in the first half of the year. Yet not only during the first six months of the year was the Friedrich-Ebert-Stiftung once again able to develop its profile as an important institution in European policy debates; it did this throughout the year.

The spectrum of topics covered in our conferences, analysis papers and talks with experts extended from the issue of the European economic and social model to questions concerning European security policy to the topic of a European policy of neighbourliness. The division, "Western Industrialised Countries", alone organised approximately 250 events on central topics and questions of German foreign policy. On top of this the division published 40 political background papers, studies and analysis papers.

Quite simply, promoting democracy is the goal of our international work in the over one hundred countries where we are active. In order to create the preconditions for a functioning democracy, it is necessary to have stable, convincing and trustworthy political parties, a well-functioning civil society and the possibility of fair and free elections. Above all we must be able to defuse acute conflicts.



Bei einem Besuch in den palästinensischen Gebieten traf Anke Fuchs u.a. auch mit dem FES-Partner Rami Nasrallah, dem Leiter des „International Peace und Cooperation Center“, zusammen

Exemplarisch für die Arbeit der Stiftung im Bereich Friedenspolitik ist die Beteiligung an der Verfassungsreform im Irak. Gemeinsam mit den Vereinten Nationen organisierten wir insgesamt 36 Workshops in allen Regionen des Irak, bei denen Vertreter der Zivilgesellschaft Vorschläge für die Revision der Verfassung erarbeiteten und den Abgeordneten des Parlaments präsentierten. Dabei ging es ihnen vor allem um die langfristige Garantie von Grundrechten, wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit.



Der Träger des FES-Menschenrechtspreises 2007 Dr. Jevgenij Zhovtis erhielt die Urkunde von der FES-Vorsitzenden Anke Fuchs überreicht

(Foto: Altekruise)

Ermutigend war für uns vor allem die Erkenntnis, dass im Irak ein politischer Austausch auch über Gräben hinweg möglich ist.

Dies gilt auch für unsere Bemühungen um den israelisch-palästinensischen Dialog. Bereits im dritten Jahr haben wir gemeinsam mit Partnerinstitutionen ein Forum zum offenen Austausch über außen- und sicherheitspolitische Fragen veranstaltet. Dass derartige Konferenzen überhaupt möglich sind und dass es in der israelischen Gesellschaft ein zunehmendes Publikumsinteresse daran gibt, stimmt uns vorsichtig optimistisch.

Auch in Afghanistan unterstützt die FES den Aussöhnungs- und Demokratisierungsprozess. Dies geschieht durch viel-

fältige Projektansätze im Land selbst. Trotz des erheblichen zivilen und militärischen Engagements der internationalen Gemeinschaft müssen wir nüchtern feststellen, dass Frieden, nachhaltige Entwicklung und Stabilität in Afghanistan noch weit entfernt sind.

Nicht nur in unserer internationalen Arbeit müssen wir feststellen, dass tatsächliche oder vermeintliche Folgen der Globalisierung Ängste und Unsicherheiten auslösen. Tatsächlich stellt die weltwirtschaftliche Integration enorme Herausforderungen für die Menschen und die Politik dar. Die Friedrich-Ebert-Stiftung will Beiträge dazu leisten, die Globalisierung auf europäischer und internationaler Ebene durch effektive regulative Institutionen und Verfahren zu gestalten sowie einen sozialen Ausgleich zwischen den Globalisierungsgewinnern und -verlierern in Deutschland, Europa und weltweit zu erreichen. Wir stellen uns diesem Ziel mit unserem weltweiten Netz von Büros und Partnern, um zur Entwicklung geeigneter Politikansätze beizutragen und deren Diskussion und Umsetzung zu unterstützen.

Auch hier ist, wie so oft, nicht nur von uns, langer Atem gefordert.

Our participation in Iraq's constitutional reform process is exemplary for the work of the foundation in peace policy. Together with the United Nations, we have organized 36 workshops in all of the regions of Iraq. At these workshops representatives of civil society worked out suggestions for revising the constitution, which they presented to parliament. The participants at these workshops were interested above all in long-term guarantees of basic human rights, such as the right to assembly and the right to free speech. We found it especially encouraging and heartening that we were able in Iraq to have a political discussion even among groups which are deeply divided.

This is true as well of our efforts to promote Israeli-Palestinian dialogue. Together with partner institutions, we have organised a forum for an open discussion of foreign policy and security issues; the forum is already in its third year. That it is possible at all to set up and carry out such conferences, and that in Israeli society there is an increasing public interest in such discussions, makes us carefully optimistic.

In Afghanistan, too, the FES has been actively working to assist reconciliation and democratisation processes. This is achieved through multifaceted approaches in individual projects within the country itself. In spite of the significant civilian and military engagement of the international community, we must soberly admit that peace, sustainable development and stability are still far from being realized in Afghanistan.

Increasingly we note – not only in our international work – that fears and insecurities are surfacing because of the real or imagined consequences of globalisation. World-wide economic integration represents an enormous challenge to humanity, to politicians and to public policy. The Friedrich-Ebert-Stiftung contributes to those efforts to shape globalisation, both at the European and international level, through effective regulation, through standards and norms watched over by institutions. We also work to achieve social compensation between those who have profited from and those who have suffered from globalisation in Germany, Europe and throughout the world. We work on this goal daily in our world-wide network of offices and partners, contributing to the development of suitable policy initiatives and support the discussion and implementation of these.

Here, too, as so often before, our work is characterized by stamina and patience.



Im Umfeld der Festveranstaltung zum vierzigjährigen Jubiläum der FES in Chile traf die Vorsitzende der FES auch mit der chilenischen Staatspräsidentin Michelle Bachelet zusammen

BERICHT DES GESCHÄFTSFÜHRERS



Dr. Roland Schmidt
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-
Stiftung
*Secretary General of
the Friedrich-Ebert-
Stiftung*

Auch der vorliegende Geschäftsbericht versucht, aus der Fülle der Maßnahmen und Projekte des abgelaufenen Jahres, aus der großen Bandbreite der behandelten Themen, aus den zahlreichen bedeutsamen politischen Kontakten, den vielen Besuchern und den wichtigen Gesprächen jene Aktivitäten und Ereignisse nachzuzeichnen, die für das Berichtsjahr besonders kennzeichnend gewesen sind, und an denen exemplarisch deutlich wird, wie die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre Ziele umgesetzt und ihren satzungsmäßigen Auftrag erfüllt hat.

Die Stiftung konnte 2007 auf eine Reihe wichtiger Jubiläen zurückblicken, die Ausdruck der Kontinuität und Langfristigkeit ihrer Arbeit sind. Das FES-Büro in Santiago de Chile beging sein 40. und das FES-Büro in Rio de Janeiro sein 30. Jubiläum. Auf jeweils 20 Jahre erfolgreicher Tätigkeit blicken unsere Büros in Peking und in der Türkei zurück.

Mit der Grundsteinlegung des Erweiterungsbaus in Berlin ist ein wichtiger Schritt für die Zukunft der Stiftung getan. Die internationale Arbeit der Stiftung wird zukünftig in Berlin zusammengeführt. Die Reden des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit und des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier aus diesem Anlass sind eine ermutigende Würdigung der Stiftungsarbeit.

Im März 2007 hat die „Akademie für soziale Demokratie“ ihre Arbeit aufgenommen. Ziel dieses neuen Formats ist es, insbesondere Menschen im politischen Ehrenamt theoretische Fundierung in den Grundfragen sozialer Demokratie zu vermitteln, und durch den Kontakt mit Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft die Motivation für ein politisches Ehrenamt zu stärken. Der Stiftung ist es dabei gelungen, für die neue Akademie einen eindrucksvollen wissenschaftlichen Lehrkörper renommierter Hochschullehrer zu gewinnen.

Im Mai wurde das Projekt „Kompass 2020“ in Begleitung der deutschen EU-Rats- und G8-Präsidentschaft gezielt zur politischen Beratung aufgelegt. Hiermit leistet die Stiftung einen wichtigen Beitrag zur Debatte über Ziele, Rolle und Strategien in den internationalen Beziehungen. Das Projekt gibt einen Überblick über die wichtigsten Themen der deutschen Auslandsbeziehungen und entwickelt Szenarien für mögliche Entwicklungen in den kommenden 15 Jahren. In rund 35 einzelnen Studien wird ein Überblick über die wichtigsten Themen und Regionen deutscher Außenpolitik vorgelegt. Dabei werden sowohl klassische Themenfelder der internationalen Politik behandelt – z.B. Transatlantische Beziehungen, Auslandseinsätze, multilaterale Institutionen – als auch neue Trends aufgegriffen, wie etwa Global Health, Energiesicherheit, Klimapolitik oder Islam. Texte zu Indien und China beschäftigen sich außerdem mit der zunehmenden Bedeutung neuer Mächte. Auf einer internationalen Konferenz im Vorfeld des Programmparteitages der SPD in Hamburg würdigten der Vorsitzende der SPD Kurt Beck und Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier dieses Projekt als „großen Wurf“.

Zur Erhöhung des Anteils von Stipendiaten aus einkommensschwachen Schichten in der Förderung wurde zum Wintersemester 2007/2008 mit dem „Stipendium auf Probe“ ein neues Förderinstrument aufgelegt. Da zunehmend Abiturienten aus die-

REPORT OF THE SECRETARY GENERAL

The present report attempts, as in years before, to sketch out a picture of the work we did last year by giving prominence to certain aspects of our work, chosen from the wealth of measures and projects, the great breadth of topics treated and discussed, the numerous important political contacts, the numerous visitors and important discussions. By outlining these activities and events, we hope to show how the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) pursued its goals and carried out its statutory task.

The Friedrich-Ebert-Stiftung celebrated in 2007 a number of important anniversaries, evidence of the continuity and longevity of our work. The office of the FES in Santiago de Chile celebrated its fortieth anniversary and the office in Rio de Janeiro its thirtieth. The offices in Peking and in Turkey looked back last year at twenty years of successful work.

We have taken an important step with the laying of the foundation stone for a new office building in Berlin, an extension of our main office. In the future, all of our international activities will be conducted from Berlin. In their speeches on this occasion, the Mayor of Berlin, Klaus Wowereit, and the German Foreign Minister, Dr. Frank-Walter Steinmeier, praised the past work of the FES and offered encouragement for the future.

In March 2007, the "Social Democratic Academy" was launched. The academy aims to reach out, especially, to those individuals active in honorary political offices, to provide them with a theoretical foundation in the basic questions of social democracy and to strengthen their enthusiasm and their motivation by helping them establish personal contact with individuals from politics and academia. The Friedrich-Ebert-Stiftung was able to recruit for the new academy a group of notable and remarkable university lecturers.

In May, in conjunction with the German presidency of the EU Council and of the G8, we began the project, "Compass 2020". With this project, a political consultation project, the FES has made and will make an important contribution to the debate concerning the goals, roles and strategy of international relations. In this project, we offer an overview of the most important topics of German foreign relations, and we develop case scenarios of possible developments in the next fifteen years. In approximately thirty-five individual studies, we present an overview of the most important topics and regions of German foreign policy. We focus not only on the classical topics of international relations – for example, transatlantic relations, foreign deployments, multi-lateral institutions – but also on new trends, such as global health, energy security, climate policy or Islam. Texts dealing with India and China discuss the increasing importance of new powers. The Chairman of the SPD, Kurt Beck, and the German Foreign Minister, Dr. Frank-Walter Steinmeier, praised this project as "very successful" at an international conference in the run-up to the party conference on the SPD's party platform in Hamburg.



Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier beleuchtete anlässlich der FES-Konferenz „Kompass 2020 – Deutschland in den internationalen Beziehungen“ die Veränderungen in der Sicherheitspolitik



Bundesfinanzminister Peer Steinbrück wies bei einer Veranstaltung der FES auf die Lücke zwischen finanzpolitischen Ansprüchen und Wirklichkeit hin

sem Milieu aus finanziellen Sorgen auf ein Studium verzichten, soll dieses Förderprogramm die Aufnahme eines Studiums erleichtern, indem es bereits ab dem 1. Hochschulsesemester eine finanzielle Unterstützung ermöglicht. Dank des Mittelaufwuchses erhöhte sich insgesamt die Zahl der neu aufgenommenen Stipendiaten deutlich. Gegenwärtig befinden sich 2000 Studentinnen und Studenten in der laufenden Förderung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung und das mit beachtlichem Erfolg. 100 Prozent der ausländischen Studierenden und 98 Prozent der deutschen beschließen ihr Studium mit Prädikats-examina. Die Stiftung gehört damit zu den erfolgreichsten Begabtenförderungswerken in Deutschland!

Im September hat die Stiftung ein eigenständiges Hessen-Büro eingerichtet, das – aus Kostengründen zunächst von Mainz aus – die gesellschaftspolitische Arbeit der Stiftung in Hessen intensivieren wird.

Schließlich ist es gelungen, das berühmte und historisch wertvolle Fotoarchiv des Fotografen Jupp Darchinger, das eine herausragende Bedeutung für die Geschichte der Bonner Republik hat, für die historische Forschungsarbeit zu sichern.

Die Resonanz auf unsere Arbeit von Seiten unserer Partner, Teilnehmer sowie der Öffentlichkeit war auch im Jahre 2007 erfreulich hoch.

Allein in Deutschland besuchten etwa 150.000 Personen im Jahr 2007 die bald 3.000 Veranstaltungen, vom kleinen Fachgespräch über Workshops bis hin zu großen internationalen Konferenzen. Aber auch die 13 Millionen Zugriffe auf die Internetseiten belegen das große Interesse am Angebot der Stiftung. Diese Zugriffszahlen haben sich in den letzten sechs Jahren verzehnfacht.

Ein Zeichen für die große Wertschätzung der Stiftungsarbeit ist nicht zuletzt die Einladung des Vorstandes des Managerkreises der Stiftung zu einem Hintergrundgespräch beim Bundespräsidenten ins Schloss Bellevue.

Etwa 500 Veröffentlichungen der Stiftung, vom kurzen PolicyPaper bis zum umfangreichen Fachgutachten, stießen auf großes Interesse. Ein Beispiel hierfür ist das von der Stiftung herausgegebene Buch „Aufschwung für Deutschland – Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik“, in dem acht weltweit anerkannte Ökonomen, darunter der Nobelpreisträger Robert Solow, für ein ausgewogeneres Verhältnis nachfrage- und angebotsseitiger Maßnahmen plädieren. Einzelne Beiträge dieses Buches wurden in der „Financial Times Deutschland“ abgedruckt.

Traditionell sind die Gewerkschaften ein zentraler Partner für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Zusammenarbeit mit ihnen gehört zu unseren unverzichtbaren historischen, aktuellen und künftigen Kernaufgaben.

In our scholarship program, in order to increase the percentage of young scholars from the poorer sections of the population, we initiated a new instrument to support talented young students. Beginning with the winter semester 2007/2008, a number of students will receive a “trial scholarship”. Increasingly many poorer students who have passed their final secondary school examinations, qualifying them for university, choose for financial reasons not to go to university. This support program will make it easier for them to begin their studies, as it provides financial assistance from the first semester.

Thanks to an increase in our funding, we were able to increase significantly the number of new scholarships for university students. At present the Friedrich-Ebert-Stiftung supports approximately 2000 students financially – and with considerable success. 100 percent of the foreign students and 98 percent of the German students we assist have concluded their studies with “distinction”. The FES is thus among the most successful scholarship programs in Germany!

In September the Friedrich-Ebert-Stiftung opened an office for Hesse in order to intensify the social and policy work of the foundation in Hesse. For reasons of economy, the office will be directed for a while from Mainz.

The Archive of Social Democracy was able to acquire the photographic archive of Jupp Darchinger, which is of great historical significance and which will be important for future historical research into the history of the Bonn Republic.

The response and reaction to our work in 2007 from our partners, from the participants in our seminars and events as well as from the general public was, gratefully, quite positive.

In Germany alone approximately 150,000 people visited approximately 3000 events last year; they attended small discussion forums with experts or workshops or large, international conferences. The 13 million visitors to our internet websites last year are also proof of the public’s broad interest in the work of the Friedrich-Ebert-Stiftung. Indeed, the “hit rates” have increased tenfold in the last six years.

Another sign that our work is held in high esteem was the invitation from the President of the Federal Republic of Germany, Horst Köhler, to the Managing Board of the “Circle of Business Leaders” to participate in a “background discussion” at his official residency, Bellevue Palace.

Our approximately 500 publications last year, from short policy papers up to extensive expert opinions, were also well received. One example here is the book *Aufschwung für Deutschland – Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik* (Growth for Germany – Eight Highly Regarded International Economists Make a Case for a Better Economic Policy), in which eight highly regarded economists from around the world, including the Nobel Prize laureate, Robert Solow, argue for a balanced relationship between demand-oriented and supply-oriented policies. Some of the chapters of this book were reprinted as articles in the German edition of the Financial Times.



Menschen müssen befähigt werden, sich selbst in Wohlstand hinein zu organisieren, so der damalige Bundesarbeitsminister Franz Müntefering während der Sozialpartnernetzwerk-Konferenz in Berlin (Foto: Urban)

Begegnungen 2007: Dr. Roland Schmidt trifft ...

... die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul



...Israels Verteidigungsminister und Vorsitzenden der Arbeitspartei Awoda, Ehud Barak



... Vyacheslav Nikonov, Präsident der Moskauer Politika Stiftung und einer der führenden Politikwissenschaftler Russlands

Auch im vergangenen Jahr haben wir uns durch enge Kooperation mit den Gewerkschaften in der Bundesrepublik und weltweit bemüht, die Bedeutung starker und unabhängiger Arbeitnehmervertretungen für soziale Gerechtigkeit hervorzuheben. Allein in Deutschland haben wir dazu im abgelaufenen Jahr fast 100 Veranstaltungen durchgeführt. Hinzu kamen auf internationaler Ebene weitere rund 100 Foren gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und den internationalen Branchengewerkschaften. Mit unseren Partnern treten wir dafür ein, das weltweit Regeln gesetzt und Normen respektiert werden, die helfen, die Globalisierung sozial zu regulieren.

Nur ein gemeinsames und vertrauensvolles Engagement von Politik und Gewerkschaften kann den sozialen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gerecht werden. Dazu ist eine deutliche Intensivierung des Dialogs zwischen Politik und Gewerkschaften auf allen Ebenen notwendig. Als Organisation, die beiden Teilen der Arbeiterbewegung eng verbunden ist, ist es der Stiftung ein natürliches Anliegen, diesen Dialog zu bereichern. Besonders hervorzuheben ist dabei die überaus erfolgreiche Wanderausstellung anlässlich des 100. Jubiläums des Mannheimer Abkommens. Unter dem Titel „Uneins aber einig“ dokumentiert die Ausstellung das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften. Auch 2008 wird sie an weiteren 13 Orten gezeigt werden.

Der Stellenwert der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften wurde aber auch durch die bislang größte stiftungsinterne Fortbildungsveranstaltung im vergangenen Sommer unterstrichen. Über 100 Auslandsmitarbeiter und Referenten waren im Berliner Haus der Stiftung zusammen gekommen, um die verschiedenen Projektansätze und die Grundlagen der Gewerkschaftskooperation zu vertiefen. Die Anwesenheit der Generalsekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes, des Europäischen Gewerkschaftsbundes und weiterer wichtiger Vertreter deutscher und internationaler Gewerkschaften zeigte das große Interesse an unserer Arbeit. Auch der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer wandte sich mit einem Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die Stiftung ist solide aufgestellt und auf die vor ihr liegenden Aufgaben gut vorbereitet.

The trade unions have traditionally been one of the most important partners for the Friedrich-Ebert-Stiftung. Cooperation with them remains an essential, indispensable part of our work, in the past, in the present and in the future.

In the past year, as in years before, we worked closely with the trade unions both in the Federal Republic of Germany and throughout the world, emphasizing the importance for social justice of a strong and independent worker's representation. In Germany alone we organized approximately 100 events last year. On top of this, we participated with the International Trade Union Confederation and with international trade unions of a particular industry, sector or trade in a further one hundred forums throughout the world. With our partners, we speak out for regulating globalization; we believe that international rules and norms should be respected worldwide – all this will help to make globalisation more fair and just.

The social interests of the majority of the population can only be done justice through the mutual engagement of politics and trade unions, an engagement based on trust. Therefore it is necessary to intensify the dialogue between politicians and trade unionists at all levels. As an organization closely allied with both sections of the working-class movement, the Friedrich-Ebert-Stiftung is naturally interested in strengthening and enriching this dialogue. Among the many activities, one is especially worthy of being highlighted: an exhibition on the occasion of the one hundredth anniversary of the Mannheim Agreement. This exhibition with the title, "Not one but still united" (Uneins aber einig), documents the relationship between the SPD and the trade unions. In 2008 the exhibition will be shown in a further 13 places.

The value and significance of the cooperation with the trade unions was underlined by an event which took place last summer. It was the largest internal education and training event in the history of the FES. Over 100 of our employees abroad came together in the Berlin office with instructors to deepen the breadth of our cooperation with the trade unions, to discuss various project approaches. The presence of the General Secretary of the International Trade Union Confederation, of the European Trade Union Confederation and many other important representatives of German and international trade unions was evidence of the broad interest in our work. Indeed, the President of the German Trade Union Confederation, Michael Sommer, opened the event, greeting the participants.

The Friedrich-Ebert-Stiftung is on a firm footing and is well prepared to meet the tasks of the future.



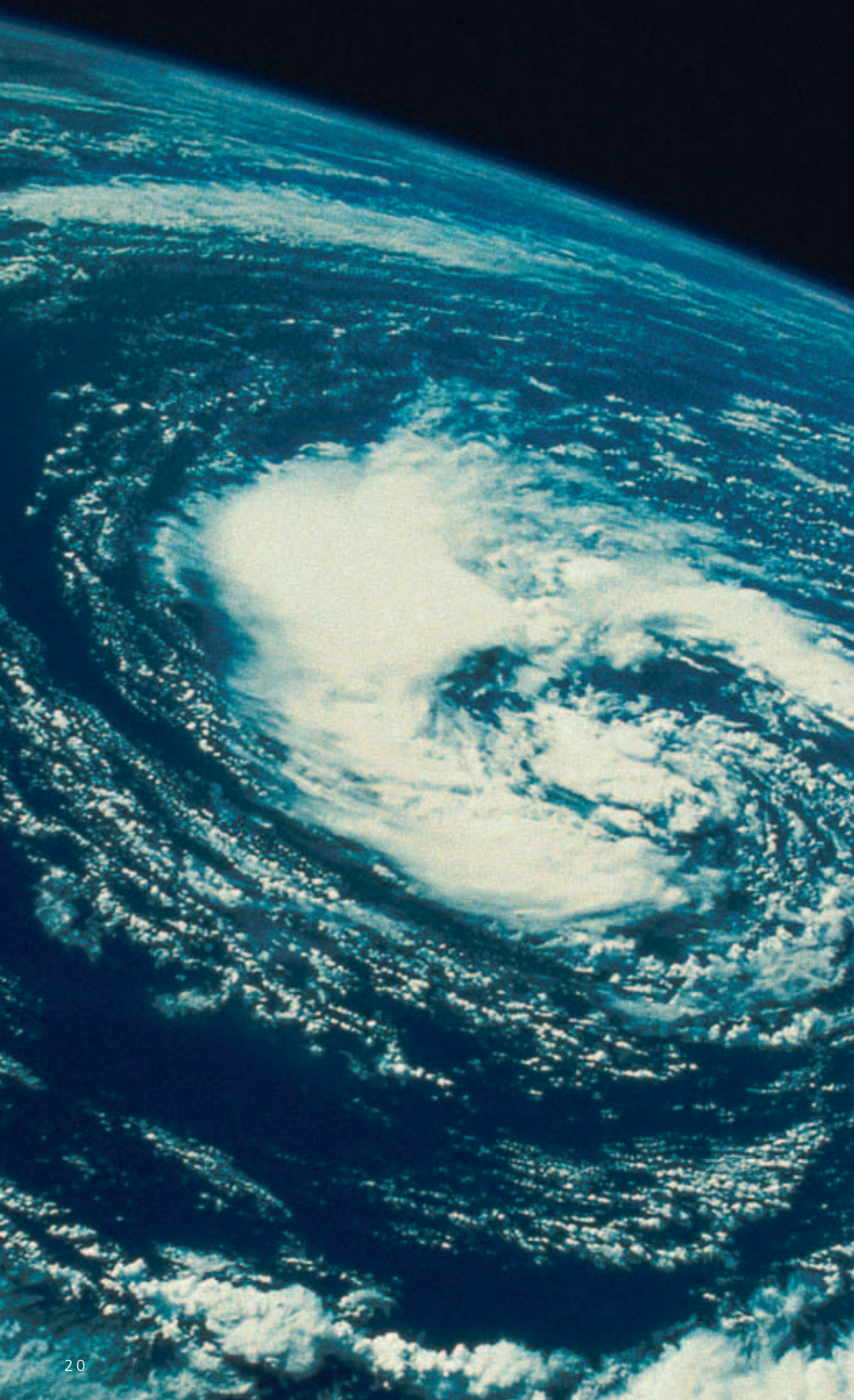
...Hans Bonkas, Vorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Bund Aktiver Demokraten e.V.



...EU-Kommissar Günter Verheugen und die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Diekmann beim Bonner Dialog der FES



...den damaligen Außenminister und heutigen Staatspräsidenten der Türkei, Abdullah Gül



Deutschlands Ziele, Rolle und Strategien in den internationalen Beziehungen standen im Mittelpunkt des zentralen außenpolitischen Projekts der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2007. „Kompass 2020“ begleitete mit Veranstaltungen und Publikationen das Jahr, in dem die deutsche Außenpolitik durch die EU-Ratspräsidentschaft und den Vorsitz bei der G8 besonders im Rampenlicht stand. In rund 30 Einzelartikeln gibt das Projekt einen Überblick über die wichtigsten Themen und Regionen deutscher Außenbeziehungen. Diese Artikel informieren zunächst über die wichtigsten Entwicklungen, die größten Herausforderungen und die zentralen Akteure in den jeweiligen Politikfeldern und Regionen. In einem zweiten Abschnitt wird jeweils die bisherige Rolle, die Strategien und die Wahrnehmung deutscher/europäischer Politik analysiert. Im Kapitel „Szenarien“ werden plausible, alternative Szenarien entwickelt, die veranschaulichen, welche Entwicklung das Politikfeld oder die Region in den kommenden 15 Jahren nehmen könnte. Im letzten Abschnitt schließlich werden mögliche Ansatzpunkte für die deutsche und europäische Politik formuliert.

20

DIE FES IM SPIEGEL DER PRESSE

Ausgewählte Pressezitate 2007

Frankfurter Rundschau, 03.01.07

Die tiefe Spaltung der ungefähr gleich großen politischen Lager in Ungarn hat sich längst zum unversöhnlichen Kulturkampf ausgewachsen. Selbst die ungarischen Fraktionen im von innenpolitischen Zerwürfnissen weit entfernten Europaparlament sind nicht zu dem Land dienlichen Absprachen fähig. „Im Klima der Polarisierung ist Politik zu einem Vernichtungskampf zweiter

unversöhnlicher Gegner degeneriert“, analysiert Michael Ehrke von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Handelsblatt, 11.01.07

Der Fokus sollte dabei auf der zentralen Herausforderung der nächsten Jahrzehnte liegen: Gestaltung des Übergangs in eine multipolare Welt, in der der Westen nicht mehr allein den Ton angeben wird. Dafür gilt es, diesseits des Atlantiks den Aufbau strategischer Kapazitäten voranzutreiben, die

DEUTSCHLAND IN DEN INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN: DAS PROJEKT „KOMPASS 2020“

Dass die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik immer mehr verwischen, dass innerstaatliche Prozesse mit globalen Entwicklungen eng verwoben sind und vieles vernetzt, verschränkt und verbunden ist, gehört landauf, landab zum festgesetzten Textbaustein politikwissenschaftlicher Abhandlungen. Die Bewältigung der Interdependenz wird seit 15 Jahren als eine der zentralen Herausforderungen politischen Handelns identifiziert. Zugleich hat sich das Feld der Außenbeziehungen sowohl mit Blick auf die Themen als auch die Akteure erheblich ausdifferenziert. Durch die Einbrüche von Konflikten in die sicher geglaubte und prosperierende westliche „Normalität“ wurde zudem die Einsicht in die Verwundbarkeit moderner Gesellschaften verstärkt.

Die Grundlagen deutscher Politik in den internationalen Beziehungen sind über die letzten Jahrzehnte sehr stabil geblieben. Dazu gehören das Bekenntnis zur außenpolitischen Bewältigung der deutschen Vergangenheit, die Westorientierung, die Skepsis gegenüber militärischen Mitteln und der Verzicht auf traditionelle Machtpolitik, die Integration und der bewusste Souveränitätsverzicht, die Beförderung von Frieden und Sicherheit in Europa sowie die weltweite Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte.

In den letzten Jahren ist es jedoch zunehmend schwieriger geworden, die zum Teil parteiübergreifend formulierten vorrangigen Ziele deutscher Außenbeziehungen in gewohnter Weise auch umzusetzen. Starke politische Partner und vor allem auch funktionsfähige multilaterale Institutionen waren die beiden Säulen des außenpolitischen Erfolgs in der Nachkriegszeit.

Heute ist das multilaterale System, allen voran die Europäische Union, in einer schwierigen Umbruchphase. Erkennbar ist, dass die Grundmaximen deutscher Politik in den internationalen Beziehungen zwar weiter in Anspruch genommen werden, doch scheinen sie bei vielen akuten Problemen an Orientierungskraft zu verlieren. Kontinuität als Maxime darf nicht davon entbinden, über neue Strategien nachzudenken, wie diese Prinzipien unter den Bedingungen eines veränderten außenpolitischen Umfelds auch tatsächlich umgesetzt werden. Daran schließt sich die Frage an, wie Prioritäten identifiziert und (außen)politische Handlungsfähigkeit hergestellt werden können.

Es gibt – ganz grob – folgende Angebote:

- Der Konkurs: Angesichts der Komplexität, des „generellen Dramas der Politik“, wird von den einen bereits der politische Konkurs beantragt und das Ende jeder wirksamen, verändernden und effizienten kollektiven Handlungsfähigkeit behauptet. Politik kann hier allenfalls noch moderieren, Probleme verdrängen oder kosmetisch korrigieren.
- Das alte/neue Freund-Feind-Denken: Bei anderen wächst wieder die Sehnsucht nach deutlicheren Konturen. Neue, scheinbar trennscharfe Dichotomien sollen die Lücke, die das entschwundene Freund-Feind-Schema des Kalten Krieges hinterlassen hat, wieder füllen – Fukuyamas Ende der Geschichte, in dem die Welt in Demokratien und Nicht-Demokratien unterteilt wird, Huntingtons heftig umstrittener Topos vom „Kampf der Kulturen“, bei dem der Westen gegen eine konfuzianisch-islamische Allianz antritt, oder Kagans Welt, in der (der amerikanische) Mars und (die alteuropäische) Venus um das Verständnis von Macht und Moral ringen, sind die bekanntesten.

sich innereuropäisch und global vernetzen. Einige wenige Initiativen gibt es bereits. Das von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte Netzwerk „Globale Atlantiker“ bringt parteiübergreifend deutsche und US-amerikanische Parlamentarier sowie Mitarbeiter von Think-Tanks zu halbjährlich stattfindenden Strategietreffen zusammen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung/FAZ, 11.01.07
Die neuen Marktzugangsmöglichkeiten hat sich die Regierung in Hanoi mit weitreichenden Öffnungen der eigenen Wirtschaft erkaufte(...). Insbesondere das System der Staatsgewerkschaften erweist sich zunehmend als überfordert, die neuen Arbeitsbeziehungen zu moderieren. Dies hat sich bereits in größeren Streiks niedergeschlagen. „Gleichwohl ist eine Entwicklung zu erkennen, bei der das System langsam von den Rändern her

reformiert wird“, beobachtet Felix Schmidt, der als Leiter der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung in Hanoi eng mit den Gewerkschaften zusammenarbeitet.

Rhein-Sieg-Rundschau, 15.01.07

Einen Kampf der Giganten erlebten Schülerinnen und Schüler des Sankt Augustiner Albert-Einstein-Gymnasiums. Allerdings nicht in einem Science-Fiktion-Film, sondern in einem

ALLES BEWEGT SICH GLEICHZEITIG –

- Die dicken Bretter: Eine dritte Gruppe hält dagegen und geht davon aus, dass erstens Komplexität ausgehalten werden muss, dass zweitens auch globale Verhältnisse nach Ideen und Interessen geformt werden, und es sich damit drittens lohnt, Komplexität zu gestalten. Hier überwiegt die Einsicht, dass verbindliche globale Ordnungsrahmen und Regelwerke zur Zivilisierung der Beziehungen zwischen den Staaten (und in den Staaten selbst) beigetragen haben, dass globale und regionale Kooperation nicht zu mehr, sondern zu weniger Komplexität führt, dass deshalb auch der beharrliche Ausbau effizienter und tragfähiger Politiknetzwerke von globaler Reichweite – Global Governance – betrieben werden muss.

Moderne Außenpolitik wird stets widersprüchlich bleiben. Angesichts der weiteren Verschränkung außen und innenpolitischer Problemlagen, der krisenhaften Entwicklung des europäischen Integrationsprojektes und einem sichtbarerem (und zum Teil riskanteren) außenpolitischen Engagement sowie knapper Haushaltslagen wird auch der öffentliche Begründungszwang für außenpolitisches Handeln zunehmen. Politische

► *Workshop zur Globalisierung in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Ein Thema, das gut zur Abiturvorbereitung des Erdkundekurses passte.*

Die Zeit, 18.01.07

Eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung deutet die Angst vor Überfremdung als typischen Indikator einer rechtsextremistischen Gesinnung, die längst die Mitte der Gesellschaft erfasst habe – in Bayern beispielsweise schon 42% der Einwohner.

Frankfurter Rundschau, 16.01.07

Die Europäische Union hat 2007 zum Jahr der Chancengleichheit ausgerufen. Dabei geht es nach Ansicht der SPD und der Referentin Barbara Stiegler von der Friedrich-Ebert-Stiftung um weit mehr als Frauenförderung. In Behörden müsse sie etwa ergänzt werden um „Väterförderung im Personalbereich“, betonte Stiegler.

Münchner Merkur, 18.01.07

Die Studie nervte die CSU durch schrillen Alarmismus. Dass in Bayern rechtsextreme Einstellungen in der „Mitte der Gesellschaft“ grassieren, war das Fazit einer im November von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung vorgestellten Untersuchung. Bayern liege bei ausländerfeindlichen und antisemitischen Aussagen „weit über dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer“, heißt es darin.

DEUTSCHLAND IN DEN INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN: DAS PROJEKT „KOMPASS 2020“

Analyse, politische Debatte und politisches Handeln müssen stärker ineinander greifen. Mit dem Projekt „Kompass 2020 – Deutschland in den internationalen Beziehungen – Ziele, Instrumente, Perspektiven“ konnte die FES bereits im Jahr 2007 einen Beitrag zu dieser Diskussion leisten.

Während sich bisher außenpolitische Entscheidungen oft vor der öffentlichen Meinung her bewegten, wird in Zukunft die Öffentlichkeit eher als ein außenpolitischer Partner betrachtet werden müssen: Politische Analyse, politische Debatte und politisches Handeln müssen stärker ineinander greifen. Mit dem Projekt „Kompass 2020“ möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung zu einer Diskussion über außenpolitische Strategien anregen und Szenarien entwickeln, die ein plausibles Bild der deutschen Außenpolitik und ihrer bestimmenden Faktoren in den kommenden 15 Jahren zeichnen. Dabei werden die Scheidelinien zwischen konservativer, liberaler und sozialdemokratischer Außenpolitik künftig in erster Linie an der Frage von sozialer Gerechtigkeit und globaler Teilhabe sowie an der Frage der Rolle des Staates und der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen verlaufen.

Die Liste der politischen Herausforderungen, bei denen wir ohne die Berücksichtigung globaler Zusammenhänge nicht mehr auskommen, wird immer länger. Acht Themen werden aus unserer Sicht mittelfristig die Diskurse in der internationalen Politik bestimmen: Dazu gehören die globale Ökonomie, die Entwicklung von Demografie und Migration, der technologische Fortschritt, die Wiederentdeckung von Klima- und Umweltpolitik, das Management und die Sicherung von Ressourcen, die Entfaltung des Menschen, Konflikte und Sicherheit sowie Fragen von Regieren und Governance. Keines dieser Themen wird isoliert von den anderen betrachtet werden können; vielmehr sind sie mit Blick auf ihre Herausforderungen und Lösungen vielfältig miteinander verbunden.

Sowohl zwischen Ländern und Regionen als auch innerhalb der Gesellschaften werden die sozialen Ungleichheiten zunehmen. Zahlreiche einander überlappende bilaterale und regionale Abkommen werden die handelspolitischen Beziehungen regeln, in denen auch soziale und ökologische Standards festgelegt werden. Im günstigsten Fall führt dies zu einem neuen Anlauf für ein globales Regime, im wahrscheinlichen Fall zur weiteren

Desintegration der ökonomisch entkoppelten Regionen und zur noch besseren Integration der ohnehin bereits vernetzten Industrie- und großen Schwellenländer. Große sozioökonomische Unterschiede, aber auch bewaffnete Konflikte, ökologische Katastrophen und Ressourcenmangel werden die Migration in den Regionen des Südens, aber auch zwischen den reichen und den armen Regionen verstärken.

Die Frage der Energie ist eng verknüpft mit der globalen Ökonomie.

Ohne eine sichere, friktionslose und bezahlbare Energieversorgung ist wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar und der Zugang zu Energie ist ein elementarer Bestandteil von globaler Gerechtigkeit. Die Vielzahl der beteiligten staatlichen, nichtstaatlichen und privaten Akteure machen Umwelt- und Klimapolitik in der Zukunft zugleich zum Prüfstand für die Entwicklung effizienter und gerechter Formen von Global Governance. Ohne den massiven Einsatz von Technologie werden kurzfristig die drängendsten Umweltprobleme in den kommenden Jahren kaum in den Griff zu bekommen sein. Auch wird der Zugang zu Technologie zu einem

Freitag, 19.01.07

Zwei wichtige Zahlen liefert (...) eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Mitte 2006 unter dem Titel „Gesellschaft im Reformprozess“ veröffentlicht worden ist. 63 Prozent der Befragten sagen demzufolge, ihnen machten die gesellschaftlichen Veränderungen Angst. Knapp die Hälfte (46 Prozent) spricht von einem ständigen Kampf des Überlebens.

Die Welt, 19.01.07

Unternehmerverbände geißeln die Überregulierung der Wirtschaft. Konzerne versinken angeblich in einer immer stärker werdenden Gesetzesflut. Politiker nehmen wiederholt Anläufe, um Deutschland zu entbürokratisieren. Und fordern im selben Atemzug, öffentliche Aufgaben müssten im Dienste der Effizienz noch stärker als bisher in private Hände gelegt werden. Der Ruf nach Privatisierung auf der einen und die Forderung nach

weniger Gesetzen auf der anderen Seite widersprechen sich jedoch. Zu diesem Ergebnis kommt zumindest eine neue Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

Süddeutsche Zeitung, 23.01.07

Dass Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und anderes rechtes Gedankengut kein Unterschichtenproblem ist, sondern auch in gebildeten Kreisen verbreitet ist, hat zuletzt die aufsehenerre-

ALLES BEWEGT SICH GLEICHZEITIG –

Schlüssel für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Die Proliferation riskanter Technologien, aber auch die Absenkung der Schwelle für militärisches Eingreifen durch technologische Innovationen werfen sicherheitspolitische Fragen auf. Der Umgang mit Terrorismus, die Abrüstungsfrage und das Problem zerfallen(d)er Staaten stehen dabei ganz oben auf der Agenda. Keine dieser Herausforderungen ist ausschließlich militärisch zu lösen, und bei jeder einzelnen spielt die militärische Komponente die geringste Rolle: Diplomatie, Kooperation und globale Regime im Falle der Abrüstung, Polizei und Geheimdienste, Aufklärung und Gesellschaftspolitik im Falle des Terrorismus und präventive Konfliktbearbeitung sowie nachhaltiges „state building“ im Fall der Regionalkonflikte werden mittelfristig die erfolgversprechenden Ansätze sein. Erfolg und Misserfolg in diesen Kernbereichen der globalen Agenda werden sich jedoch nicht zuletzt daran entscheiden, ob es gelingt, den modernen Nationalstaat an die neuen Bedingungen anzupassen, demokratische Staatlichkeit in den Entwicklungsländern weiterzuentwickeln und zu konsolidieren und stabile und effiziente regionale und globale Strukturen zu schaffen.

► gende Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung gezeigt. Obwohl sich logisches Denken und Rechtsextremismus ausschließen, sind auch in München Rechtsextreme an den Universitäten aktiv.

Rhein-Main-Zeitung, 25.01.07

Das Regionalbüro Mainz der Friedrich-Ebert-Stiftung hat einen Exkurs in die ganz und gar nicht glamouröse Welt des Fußballs angeboten. Einen Einblick, der mit Unterhaltungs- und Eventparty so

gut wie überhaupt nichts zu tun hat. Eingeladen war Professor Gunter A. Pilz, der umgangssprachlich gerne als reisender Fanforscher aus Hannover bezeichnet wird. „Der Rand ums Fußballfeld – Ein Nährboden für Rechtsextremismus?“ lautete das Thema.

Freitag, 26.01.07

Es ist derzeit auch bei noch so viel Bildungsinitiative nicht abzusehen, wie die strukturelle Erwerbslosigkeit abgeschafft werden könnte. Vielmehr ist es schon jetzt so, wie Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung belegen, dass durch Maßnahmen wie Studiengebühren mehr Abiturienten in die Ausbildungsberufe drängen, dort die Realschüler vertreiben, und diese wiederum den letzten Hauptschülern die Lehrstellen wegschnappen.

DEUTSCHLAND IN DEN INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN: DAS PROJEKT „KOMPASS 2020“

Die Zukunft lässt sich kaum voraussagen, wohl aber gestalten. Es wird in den kommenden Jahren in den internationalen Beziehungen in erster Linie darauf ankommen, politisches Vertrauen herzustellen und zu festigen. Dies kann zum einen erreicht werden durch Integration statt Ausschluss – denn ohne die weitere Integration der EU wird Deutschland kaum eines seiner außenpolitischen Ziele erfolgreich umsetzen können. „Europe must work!“, und zwar in einem doppelten Sinne, durch demokratische und handlungsfähige Strukturen und über europäische politische Initiativen, die vor allem spürbar an den sozialen Problemen der Gesellschaften ansetzen. Vertrauen gilt es aber auch herzustellen durch die Entwicklung des Gemeinwohls statt des Bedienens partikularer Interessen, seien sie religiöser, ethnischer oder ökonomischer Natur, durch soziale Demokratie, durch präventives ziviles statt reaktives Handeln und schließlich durch politischen Diskurs statt Konfrontation. Ein stärkerer öffentlicher Begründungszwang für außenpolitische Entscheidungen sollte dabei weniger als Grund für Nervosität denn vielmehr als Chance begriffen werden, durch eine bessere Vernetzung von politischer Analyse, politischer Debatte und politischem Handeln zu neuen Antworten und einer nachhaltigeren gesellschaftlichen Unterstützung von Außenpolitik zu gelangen.

In diesem Sinne beschrieb auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier auf der FES-Konferenz „Kompass 2020 – Deutschland in den internationalen Beziehungen“ im Herbst 2007 die gegenwärtigen Herausforderungen an die deutsche Außenpolitik: „Alles bewegt sich gleichzeitig – aber wir müssen dafür sorgen, dass es sich in die richtige Richtung bewegt!“ Vor etwa 600 Gästen betonte Steinmeier im Hamburger Kongresszentrum die Veränderung von Sicherheitspolitik durch das Aufkommen neuer Akteure wie China und Indien, die geringer werdenden Energieressourcen und den Klimawandel. Der Bundesaußenminister griff damit die Warnung von Rajendra K. Pachauri auf, der eine Woche zuvor als Vorsitzender des UN-Klimasekretariats mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden war. In einer Videobotschaft hatte Pachauri klargemacht, wie der Klimawandel zu weltweiten Verteilungskonflikten und Migrationsbewegungen führt, in deren Folge ganz neue Sicherheitsrisiken entstehen. Daneben konzentrierte sich die vom Vorsitzenden der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Schulz, moderierte Debatte auf neue Atommächte, internationalen Terrorismus und regionale Konflikte. Angesichts dieser alten und neuen Sicherheitsrisiken habe, so Schulz, die von Willy Brandt ge-

prägte Entspannungspolitik nichts an Aktualität eingebüßt. Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck bekräftigte dies in seiner Rede zur „Sozialdemokratischen Friedenspolitik“. Es könne, so Beck, nicht nur darum gehen, die jeweils akuten globalisierten Sicherheitsbedrohungen zu kurieren. Mit Hilfe von Entwicklungszusammenarbeit, ziviler Konfliktbewältigung und Diplomatie müsse Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern auch Verantwortung für eine aktive Gestaltung der Globalisierung übernehmen. In diesem Zusammenhang bezeichnete Beck die Analysepapiere der FES-Reihe Kompass 2020 als „großen Wurf“.

Frankfurter Rundschau, 27.01.07

Eine Frage wurde häufig gestellt: Soll das Weltsozialforum ein offener Raum bleiben, in dem sich unterschiedliche Akteure von Friedrich-Ebert-Stiftung, Kirchen und karitativen NGOs über linke Gewerkschaften bis hin zu radikalen Basisgruppen treffen? Hier werden Wissen und Erfahrungen ausgetauscht, Netzwerke geknüpft, Kampagnen geplant, sich in den je spezifischen Auseinandersetzungen gestärkt.

Der Tagesspiegel, 29.01.07

In Deutschland ist die Präimplantationsdiagnostik (PID) verboten. Sie gilt als unvereinbar mit dem Embryonenschutzgesetz. Das Verfahren erspart Frauen, in deren Familien schwere Erbkrankheiten vorkommen, die „Schwangerschaft auf Probe“. Deshalb kommt es inzwischen zu einem regelrechten „PID-Tourismus“ in andere EU-Länder. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten, das Irmgard Nippert, Leiterin der Arbeitsgruppe Frauen-

gesundheitsforschung an der Uni Münster, jetzt im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt.

FAZ, 02.02.07

Lange Zeit galt das duale Ausbildungssystem als Exportschlager und Garant für eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung nährt die Zweifel an diesem „Erfolgsmodell“. Es ist alarmierend, dass ein Fünftel eines Altersjahrgangs direkt in das Übergangs-

GROSSEN DISKUSSIONSPROZESS ANGESTOSSEN –



Wie der sozialen Schieflage von wachsender Armut und Ausgrenzung durch eine Politik für Gerechtigkeit und soziale Teilhabe für alle Menschen entgegenge- wirkt werden kann, stand auch im Jahr 2007 trotz wirtschaftlichem Aufschwung und insgesamt verbesserten Zukunftschancen für Deutschland im Zentrum zahlreicher Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Friedrich-Ebert-Stiftung.

26

► system wechselt, das keine qualifizierte Berufsausbildung vermittelt, sondern berufsvorbereitende Schritte, häufig nur Praktika.

Bonner Rundschau, 03.02.07

Jugendliche interessieren sich nicht für Politik? Von wegen! Beim „Planspiel Kommunalpolitik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung stellten 20 Schüler des Konrad-Adenauer-Gymnasiums eindrucksvoll unter Beweis, dass sie willens und in der Lage sind,

auf der politischen Bühne zu bestehen. Die Neunklässler stellten eine Stadtratssitzung nach und behandelten darin eine ganze Reihe von Themen, die ihnen unter den Nägeln brennen.

die tageszeitung, Berlin, 09.02.07

Sind wir nicht geschlechterpolitisch schon fast so weit wie Schweden? Mit dem supermodernen Elterngeld? Sind wir nicht. In einer neuen vergleichenden Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung landet

Deutschland erneut auf dem letzten Platz, was die Gleichstellung von Frauen und Männern angeht.

Stern, 15.02.07

Nach Berechnungen von Martin Qaim, Professor für Welternährungswirtschaft an der Universität Hohenheim, müsste die gesamte Agrarfläche Brasiliens mit Zuckerrohr bepflanzt werden, wollte man nur fünf Prozent der im Jahr 2030 weltweit benötigten Treibstoffenergie mit Ethanol bestrei-

DIE FES-STUDIE „POLITISCHE MILIEUS IN DEUTSCHLAND“ UND IHRE WEITREICHENDEN FOLGEN

Im Herbst 2006 wurden Ergebnisse der Befragung mit dem Titel „Gesellschaft im Reformprozess“ bekannt und bestimmten wochenlang die öffentliche Debatte in Medien, Politik und gesellschaftlichen Gruppen. Die Studie wollte mit den Methoden der empirischen Sozialforschung eine Zwischenbilanz im gesellschaftlichen Wandlungsprozess ziehen, die erlaubte, neue Erkenntnisse über politische Milieus zu erhalten. Im Frühjahr 2007 erschien diese Analyse dann auch unter dem Titel „Politische Milieus in Deutschland – Die Studie der FES“ im J.H.W. Dietz Verlag, Bonn. Die Untersuchung ging im Kern der Frage nach, wie es um die Einstellungen der Bürger zu den Reformen bestellt ist, worauf die Politik bei der Konzipierung von Reformvorhaben mit Blick auf die Erwartungen der Bürger achten sollte und wie sie Unterstützung für ihre Vorhaben erreichen kann.

Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung machen eine tiefe gesellschaftliche Grundstimmung der Verunsicherung deutlich, genährt durch die Verschlechterung der finanziellen Situation, die Zukunftssorgen hervorruft. Die gewachsene Ungleichheit in der

Gesellschaft wird wahrgenommen und trägt ebenfalls zur eher negativen Grundstimmung bei. Besonders das in der Untersuchung als „abgehängtes Prekariat“ bezeichnete Milieu (8%) weckte in der Öffentlichkeit Ängste.

Obwohl durch andere Studien längst belegt, war es die FES-Untersuchung, die in der Bundesrepublik das Thema soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Zerklüftung, Armut und Apathie, Hoffnungslosigkeit und mangelndes Zukunftsvertrauen thematisierte. Alle seither publizierten Befunde über soziale Unterschiede nehmen auf die FES-Studie Bezug. Seitdem scheint es eine größere Sensibilität für die große Kluft zwischen den Bevölkerungsgruppen zum Beispiel bei Einkommen und Vermögen, in den Bildungschancen, in der Gesundheitsversorgung, in den Renten und Altersbezügen, oder in der Erwartung zukünftiger Erbschaften zu geben. Die Haltungen der Menschen zur Reformpolitik zeigen sich ambivalent und teilweise widersprüchlich. Das Vertrauen in das Potenzial von Politik und Parteien, Probleme zu lösen, ist gering. Zwischen Politik und Gesellschaft offenbaren sich erhebliche Verständigungsprobleme.

Die gewonnenen Erkenntnisse waren und sind immer noch Gegenstand einer Vielzahl von Veranstaltungen und Publikationen – nicht nur in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Alle seither veröffentlichten Befunde über soziale Unterschiede nehmen Bezug auf unsere Studie. Diese Untersuchung kann inzwischen zu Recht als Leitstudie angesehen werden, die einen großen gesellschaftlichen Diskussionsprozess angestoßen hat.

Dem hat die FES auch ganz bewusst bei der Verleihung des Preises „Das politische Buch“ Rechnung getragen: Genau 25 Jahre nach der ersten Preisverleihung wurde in diesem Jahr das Buch „Einfach abgehängt. Ein wahrer Bericht über die Armut in Deutschland“ von Nadja Klinger und Jens König ausgezeichnet. Die Jury hatte sich für dieses Buch entschieden, weil (Zitat) „der schonungslose Blick auf die zunehmende Armut in Deutschland die Gefährdung von Freiheit und das Fehlen von Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft offenbart“.

Bereits vor der Veröffentlichung der Studie über die politischen Milieus hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin das Sonderprojekt „Gesellschaftliche Integration“ gestartet, das sich mit Problemen von Desintegration befasst, Wege zu einer stärkeren Integration

ten. Für 30 Prozent müsste gar ein Viertel der gesamten Welt-Ackerfläche für Zuckerrohr geopfert werden. „Werden die Ölbohrtürme in großem Stil durch Äcker ersetzt, entsteht automatisch ein Zielkonflikt zwischen Nahrungs- und Energieversorgung“, sagt Dietmar Dirnoser, Lateinamerika-Spezialist und Energie-Experte bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

Neue Zürcher Zeitung, 16.02.07

Seit dem Kriegsende vor elf Jahren untersteht Bosnien-Herzegowina internationaler Überwachung. Ein Ende der Bevormundung hängt von einer gütlichen Lösung der Kosovo-Frage ab. (...) Noch sei die Zeit für deren Abschied nicht reif, lautete der Befund von bosnjakischer Seite an einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Tagung in Wien.

General-Anzeiger Bonn, 16.02.07

Dreizehnmorgenweg 24 in Bonn – dort arbeitet ein kleiner Verlag mit großer Geschichte und Tradition. Die feierte er am Mittwoch und zeigt sie ab heute am Sitz seines Eigentümers, seit 1973 der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Godesberg. Dieser Ort passt wegen des Programms, mit dem sich die SPD von der Klassen- zur Volkspartei wandelte, besonders zu dieser spannungsreichen und wechselvollen Historie.

GROSSEN DISKUSSIONSPROZESS ANGESTOSSEN –

aller Bürger/innen in die Gesellschaft sucht und Ansätze für eine Politik der sozialen, politischen und kulturellen Teilhabe diskutiert. Leitbild ist eine Politik der sozialen, politischen und kulturellen Teilhabe für alle. Die Veranstaltungsreihe „Wege zu einem stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt“, das „Fachforum Integration“, die „Werkstatt Integration“ und das Praxishandbuch „Zeichen setzen. Engagement gegen Abwanderung und Arbeitslosigkeit“, das 2007 vorgelegt wurde, sind Beispiele für die Arbeit in diesem Projekt. Herausragend war die mit dem Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie durchgeführte Konferenz „Ostdeutschland im Reformprozess – Was hält die Gesellschaft zusammen?“ – u.a. mit Beiträgen von Kurt Beck und Wolfgang Tiefensee.

Ein wichtiges Feld, in dem soziale Gerechtigkeit und Förderung des Zusammenhalts umgesetzt werden müssen, ist die Familienpolitik. Der Wettbewerb um beste Lösungen in diesem Bereich prägt zusehends den Wettstreit der politischen Kräfte um die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger. Einen Schwerpunkt der familienpolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung bilden Fragen

► **Süddeutsche Zeitung, 17.02.07**

Wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, haben es Eltern in Deutschland schwerer als in anderen europäischen Ländern. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Situation von Familien in Frankreich, Schweden, Großbritannien und Deutschland. Demnach leben in drei Vierteln der bundesdeutschen Wohnungen keine Kinder mehr. In Schweden, Frankreich und Großbritannien sind die Kin-

derquoten (Anteil der Haushalte mit Kindern) und die Geburtenziffer (die angibt, wie viele Kinder die Frau im Durchschnitt zur Welt bringt), markant höher.

FAZ, 23.02.07

Angst vor Überfremdung ist als solche auch noch kein Rechtsextremismus. Wer sein Kind aus einer Klasse nimmt, in der 40 Prozent nicht richtig Deutsch sprechen, ist kein Rechtsextremist, son-

dern handelt im Interesse seines Kindes. Im Osten geht es allerdings nicht um erlebte, sondern um befürchtete Überfremdung. Irrational ist die Befürchtung, dass Überfremdung droht. Zwei Drittel der Deutschen überschätzten im Jahr 2000 nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung den Anteil der Ausländer an Deutschlands Bevölkerung ganz erheblich.

DIE FES-STUDIE „POLITISCHE MILIEUS IN DEUTSCHLAND“ UND IHRE WEITREICHENDEN FOLGEN

der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. So ging es bei einer Veranstaltung mit dem Titel „Unternehmen Vereinbarkeit“ beispielsweise darum, Möglichkeiten einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik aufzuzeigen. Eine Studie stellte in einem europäischen Vergleich Regulierungen einer geschlechtergerechten Familienpolitik in Frankreich, Großbritannien, Schweden und Deutschland vor.

Die unübersehbaren Zeichen sozialer Desintegration, die für viele Menschen Zukunftschancen nicht mehr erkennbar werden lassen, führen bei vielen Bürgerinnen und Bürgern zu einer zunehmenden Distanz gegenüber unserer Demokratie und insbesondere zum Parteiensystem.

Vor diesem Hintergrund hat es die FES, als Stiftung der sozialen Demokratie, als eine zentrale Aufgabe angesehen, Beiträge zur Debatte um das neue sozialdemokratische Grundsatzprogramm zu leisten. So haben wir Foren geschaffen, auf denen Positionen und Inhalte der Grundorientierungen Sozialer Demokratie diskutiert werden konnten. Ziel unserer Bildungs- und Beratungsarbeit ist es, Gerechtigkeit, Teilhabe und sozialen Zusammenhalt als Leitlinien von Reformpoli-

tik zu verankern. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie es gelingen kann, wachsender Hoffnungslosigkeit und mangelndem Zukunftstrauen ein zukunftsweisendes Leitbild „sozialer Demokratie“ entgegenzusetzen.

Das Ziel muss sein, die Grundwerte so zu präzisieren, dass sie gerade in den Bereichen Bildung, Familie, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Altersversorgung als Maßstab und Vorgabe Bestand haben. Dies vor allem mit Blick auf die Herausforderungen durch die wirtschaftliche Globalisierung sowie den fortschreitenden Wertewandel. So konnte beispielsweise das neu aufgebaute bundesweite Bildungsprogramm der „Akademie für Soziale Demokratie“ eine theoretisch anspruchsvolle und praxisorientierte Fundierung in den Grundfragen sozialer Demokratie vermitteln und die Motivation zum politischen Handeln fördern.

Die von der Studie über die politischen Milieus provozierte Debatte motivierte auch Teile des neuen abteilungsübergreifenden FES-Projekts zur Zukunft des sozialen Deutschland, „Zukunft 2020“. Ausgehend von Ländern, die mehr Erfolg bei Wachstum, Beschäftigung und Verteilung hatten, will das Vorhaben Szenarien, Strategien und Politi-

ken entwickeln, um auch in Deutschland diese Ziele besser zu erreichen. Dazu vergab die FES-Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik 2007 zwei große Studien, deren Ergebnisse 2008 vorliegen sollen.

Der wirtschaftliche Aufschwung brachte neues Leben in die makroökonomische Debatte um die Rolle von Angebot und Nachfrage, um Haushalt und Staatsverschuldung. Seit Jahren ist eine gefährliche Verengung der deutschen wirtschaftspolitischen Debatte auf die Reform unseres Wohlfahrtsstaates zu beobachten. Obwohl Reformen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung zur Stärkung der Angebotsseite offensichtlich sinnvoll sind, sollte die Nachfrageseite und insbesondere die Geld- und Fiskalpolitik nicht vernachlässigt werden. Um diese einseitige Orientierung der Wirtschaftspolitik zu korrigieren, hat die FES acht der international renommiertesten Ökonomen, darunter den amerikanischen Nobelpreisträger und Wachstumstheoretiker Robert Solow, gewonnen, einige Aspekte der deutschen Wirtschaftspolitik kritisch unter die Lupe zu nehmen und zu kommentieren. Als Ergebnis erschien der Sammelband „Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter

Siegener Zeitung, 24.02.07

In Taschkent bemühen sich die bundesdeutschen politischen Stiftungen um eine Annäherung zwischen der Staatsmacht und den Repräsentanten der usbekischen Zivilgesellschaft. „Man muss den Staat gemeinsam mit den Nichtregierungsorganisationen in den Dialog einbeziehen“, sagt der Regionalkoordinator der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Taschkent, Reinhard Krumm. Seit Jahren schon organisiert die Stiftung in Usbekistan

eine Konferenz zum Thema „Staat und Religion“, bei der Polizei und Geheimdienst mit westlichen Experten über den Umgang mit islamischem Fundamentalismus diskutieren.


Süddeutsche Zeitung, 24.02.07

Das Gebilde aus der bosnischen Serbenrepublik und muslimisch-kroatischen Föderation ist als Staat beschränkt funktionsfähig. Es besteht Misstrauen seit dem Bürgerkrieg, Proporz und

Veto-Rechte seiner zwei Teile und drei Volksgruppen wirken lähmend. Der internationale Friedensrat PIC hatte im Juni vorigen Jahres in Aussicht gestellt, dass Mitte 2007 das OHR von einer EU-Mission abgelöst wird. Auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien waren die Teilnehmer aber unschlüssig.



GROSSEN DISKUSSIONSPROZESS ANGESTOSSEN –



Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik“ im Frühjahr 2007 beim J.H.W. Dietz-Verlag. Die Autoren bescheinigten der deutschen Wirtschaftspolitik dort und bei der Buchvorstellung in Berlin prozyklische Einseitigkeit und machten deutlich, dass die Politik keineswegs hilflos zuschauen muss, wenn die Wirtschaft an Kraft verliert. Sie erteilten der Fixierung auf die Idee, der Staat störe lediglich das selbstheilende Wirken der Märkte, eine klare Absage. Michael Naumann stellte das Buch im Rahmen einer Veranstaltung in Berlin vor, an der u.a. auch mehrere Autoren, darunter David Soskice, Paul de Grauwe, Adam Posen und Richard Freeman teilnahmen. Die renommierten internationalen Ökonomen, die zu diesem Buch beigetragen haben, argumentierten einstimmig, dass eine expansivere makroökonomische Politik dabei geholfen hätte, die lange Stagnation, unter der Deutschland in den letzten Jahren gelitten hat, zu überwinden. Ihre Beiträge machen klar, dass die allgemeine Ansicht, makroökonomische Politik sei ineffektiv,

► **Amberger Zeitung, 28.02.07**

Das braune Netzwerk ist aktiv, wabert und wächst. Nicht nur das soll die Ausstellung, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung initiiert wurde, zeigen, sondern auch, was sich dagegen tun lässt. Springerstiefel und Hakenkreuz sind längst nicht mehr die einzigen Relikte, mit denen sich die neue Generation der Rechtsextremen umgibt.

Potsdamer Neueste Nachrichten, 28.02.07

1913, als Willy Brandt geboren wurde, starb August Bebel, der Mitbegründer der SPD. Gleich als erstes Foto ist Bebel auf einer Aufnahme aus dem Jahr 1903 zu sehen, und was die Friedrich-Ebert-Stiftung damit in der Ausstellung „Willy Brandt – ein politisches Leben 1913-1992“ bezwecken möchte, ist klar: Historische Kontinuität erzeugen. Der eine tritt ab, der andere wird geboren. Die Sterne wollten es so.

Deutsche Welle, 05.03.07

Die desolote wirtschaftliche Lage und die zunehmende Isolation des Landes haben im Iran die Kritiker auf den Plan gerufen: Lehrer und Arbeiter protestieren auf offener Straße gegen die galoppierende Inflation, für die Präsident Ahmadinejad schon bei den Kommunalwahlen im Dezember abgestraft wurde.(...) Dringend nötige Investitionen seien ausgeblieben, um die veralteten Ölförderanlagen zu erneuern, erklärt Achim

DIE FES-STUDIE „POLITISCHE MILIEUS IN DEUTSCHLAND“ UND IHRE WEITREICHENDEN FOLGEN

falsch ist. Das Buch plädiert für eine Wirtschaftspolitik, die effektive politische Maßnahmen nicht vernachlässigt, um unnötige Einschränkungen zu überwinden und den Wohlstand in Deutschland zu erhöhen.

Die Beschäftigungspolitik spielt trotz der leichten Entspannung auf dem Arbeitsmarkt im Zuge des Aufschwungs immer noch eine große Rolle in der deutschen wirtschaftspolitischen Debatte, vor allem die Lohnpolitik. Der Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik widmete sich dem Thema „Mindestlohn – Kombilohn“. Die Ergebnisse fasste Michael Dauderstädt in einer Kurzstudie „Die Neuordnung des Niedriglohnsektors in Deutschland“ zusammen. Die Bedeutung der Lohnpolitik in wirtschaftlichen Wachstumsphasen analysierte er in der Studie „Aufschwung 2007: Die Verantwortung der Lohnpolitik“

Die Zukunft Deutschlands hängt aber in ganz großem Maße ab von einem Bildungssystem, das gleiche Chancen für alle gewährleistet, die für Deutschland typische starke Kopplung von (sozialer) Herkunft und Bildungserfolg auflöst und das so leistungsfähig ist, dass es die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes

notwendigen Qualifikationen sichert und stimulierte. Der Weg dahin führt über eine nachhaltige Bildungs- und Qualifizierungsoffensive.

Das Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert seit 2004 bildungspolitische Diskussions- und Abstimmungsprozesse mit Vertretern von Bund, Ländern, Wissenschaft und gesellschaftlichen Organisationen. Lehr- und Lernkultur zu verbessern, ist Teil einer vorausschauenden Bildungspolitik, die hierzu nötigen Veränderungen und Investitionen im Bildungssystem werden über Veranstaltungen und Publikationen diskutiert und verbreitet (Studie „Bildungsbegriff im Wandel“). Dazu gehören z.B. die Anforderungen an das Bildungssystem in einer Einwanderungsgesellschaft oder Fragen der beruflichen Bildung (40% der Schulabgänger, die eine Lehrstelle suchen, landen im Übergangssystem) und lebenslangen Qualifizierung. Die Studie „Lebenslanges Lernen in einer alternierenden Gesellschaft“ untersuchte formales und informelles Lernen und die Möglichkeiten zur Einbindung älterer Menschen.

Seit Jahren gehören daher die Themen Bildung und Ausbildung zu den von der Stiftung intensiv bearbeiteten Politikfeldern. Hier liegen entscheidende Schnittstellen zu wichtigen Politikbereichen und grundsätzlichen Werten und Zielen: Es geht hier um soziale Gerechtigkeit und Teilhabe, um technische und kulturelle Innovation, um wirtschaftliche Entwicklung und globalen Wettbewerb; kurz, um die Fähigkeit unserer Gesellschaft, heute die Grundlagen für eine erfolgreiche Zukunft zu legen.

Vogt, Iran-Experte der Friedrich-Ebert-Stiftung. Deshalb könne der Iran seine Förderkapazitäten nicht mehr ausschöpfen. „Das bedeutet Verluste zwischen fünf und zehn Milliarden Dollar im Jahr“, sagt Vogt.

Lübecker Nachrichten, 09.03.07

Pünktlich zum Weltfrauentag dachte Barbara Stiegler gestern Abend bei einem Vortrag im Rathaus darüber nach, ob es nicht vielleicht auch

andere Gründe für die Kinderlosigkeit gebe. Die Frauenforscherin von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung wurde ihrem Ruf als eine Art Anti-Eva-Hermann gerecht. Sie startete mit einer Schreckensmeldung: 1,34 Kinder bringt eine Frau in Deutschland im Durchschnitt zur Welt. „Eine demographische Katastrophe.“

die tageszeitung, 09.03.07

Zugleich forderte in Köln eine international besetzte Experten-Konferenz zum Thema „Frauen im Islam“ die Gleichbehandlung der Frauen in muslimisch geprägten Ländern. Der Islam werde oft missbraucht, um Frauen zu unterdrücken, kritisierte die Islambeauftragte der SPD-Fraktion im Bundestag, Lale Akgün, eine der InitiatorInnen der Tagung. Thomas Meyer von der Friedrich-Ebert-Stiftung, die die Tagung ausrichtete, merkte an,

POLITISCHE AKADEMIE

Orientiert an dem Leitziel, die soziale Demokratie zu fördern und zu stärken sowie die politische Kultur der Demokratie in Deutschland weiter zu entwickeln, haben die Projekte der Politischen Akademie auch im Berichtsjahr 2007 zur persönlichen Urteils- und Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger beigetragen und darüber hinaus zum Engagement im politischen Ehrenamt motiviert und befähigt sowie einen Beitrag zur Politikberatung für Personen in politischen Führungspositionen und Mandaten geleistet.

Entlang von vierzehn themen- bzw. zielgruppenbezogenen abteilungsweiten Arbeitslinien wurden im Rahmen einer zielorientierten Projektplanung 1.100 Veranstaltungen mit 39.000



Zu den modernen Veranstaltungsformen der politischen Bildung zählen auch Talk-Shows. Hier zur „Metropolitenpolitik“ mit v.l. Klaus Wowereit, Anke Fuchs, Moderatorin Bascha Mika (taz), Michael Nauman, Jens Böhrnsen (Foto: Ole Stichling)



Franz Müntefering sprach auf Einladung des Arbeitskreises „Zukunft und Gerechtigkeit“ des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg zum Thema Globalisierung

Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Dies entspricht einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um 25%. Mit verschiedenen Ausstellungsprojekten wurden weitere 50.000 Menschen erreicht. Dies stellt eine deutliche Steigerung des Aktivitätsniveaus gegenüber dem Vorjahr dar und zeugt von einer guten Resonanz der Angebote. Gleichzeitig konnte sowohl die Quote der bis 25jährigen als auch der Frauenanteil deutlich verbessert werden.

Von den verschiedenen Arbeitseinheiten wurden insgesamt 65 Projekte zu den nachfolgenden Arbeitslinien durchgeführt:

- Reformpolitik, gerechte Gesellschaft und sozialer Zusammenhalt
- Forum Soziale Demokratie und Programmdiskussion
- Zukunftsgestaltung / Innovation
- Zeitgeschichte / Antidemokratische Strömungen

► dass in allen Religionen eine Zunahme der politischen Instrumentalisierung des Bekenntnisses zu beobachten sei.

Handelsblatt, 13.03.07

Trotz der nach wie vor ungebrochenen Zustimmung zur Person Putins zeigen die Wahlen aber auch, dass das „System“ noch nicht bei den Menschen angekommen ist, sagt Matthes Buhbe von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau. Die Wahl-

beteiligung dürfte zwischen 30 und 40 Prozent gelegen haben. „Die meisten Russen stehen den Staatsorganen und damit auch den Parteien mit großer Skepsis gegenüber.“

Sächsische Zeitung, 13.03.07

„Pimp my Town“ ist das Motto der Projektwoche der Klasse 10a der Mittelschule Merzdorfer Park in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung aus Dresden. Die Jugendlichen erstellen mit Hilfe

von den Mitarbeitern der Stiftung ein Gutachten für die Jugendbeteiligung in Riesa.

Tagesschau, 14.03.07

„Ich glaube, unser Sozialstaat ist auch weiterhin finanzierbar“, meint hingegen Michael Dauderstädt von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Allerdings müsse dafür „an zwei Stellschrauben gedreht werden“: Zum einen brauche man mehr sozialversicherungs- oder steuerpflichtige Beschäftigung,



Die Hauptarbeitsformen der Politischen Akademie sind:

Politikvermittlung durch öffentliche Dialoge

- Öffentliche Akademiegespräche, Grundwerte- und Regionalforen sowie Gesprächskreise zur Vermittlung von Informationen und Gesprächsangeboten für Teilnehmer mit genauen Erwartungen und geringem Zeitbudget.

Politikberatung

- Vermittlung von Informationen und Analysen im Rahmen von Wissenschaftsdialogen, Policy-Papers, Expertenhearings und Workshops für Personen in politischen Führungspositionen und Mandaten.

Kompetenztraining

- Qualifizierung persönlicher Handlungskompetenzen durch Trainingsseminare, insbesondere für Menschen im politischen Ehrenamt, Mandatsträger, das bürgerschaftliche Engagement in der Zivilgesellschaft sowie den journalistischen Nachwuchs.

Politische Seminararbeit und innovative Lernprojekte

- Didaktisch strukturierte Erarbeitung von Themen mit der Chance zu gründlichen, verständigungsorientierten Gesprächen für politische, kulturelle und soziale Multiplikatoren, Jugendliche und Arbeitnehmergruppen.

Alle vier Hauptarbeitsformen werden mit Online-Angeboten vorbereitet, begleitet und nachbereitet. Mit der Entwicklung eines von Tutoren begleiteten E-Learningangebots für angehende Kommunalpolitiker wurde begonnen.

Die Schriftenreihe „Policy Politische Akademie“ wurde auf über zwanzig Papiere, mit denen die Ergebnisse herausragender Tagungsprojekte an politische Multiplikatoren weitergegeben werden, ausgebaut.

- Aktive Demokratie – Engagement in Politik und Zivilgesellschaft
- Globalisierung / Internationale Politik
- Europa
- Migration und Integration / Interkultureller Dialog
- Kommunalpolitik
- Medien
- Kulturpolitik und kulturelle Angebote
- Jugend und Politik

zum anderen müssten Produktivität und Einkommen stärker wachsen, damit ein größerer Teil davon für Gesundheits- und Altersvorsorge ausgegeben werden könne.

Sächsische Zeitung, 19.03.07

Der Titel sollte bewusst provokant klingen: „Prima Klima“ hieß die Veranstaltung im Schloss, zu der die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung und Hoyerswerdas Volkshochschule eingeladen hatten. Pro-

vakant, weil die Prognosen für die Klimaentwicklung so prima nicht klingen: Es wird wärmer auf dem Planeten, die Polkappen schmelzen, die Meeresspiegel steigen. Immer häufiger gibt es Stürme, Dürren und Überflutungen.

FAZ, 20.03.07

Der SPD-Vorsitzende Beck sagte auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am Montag in Berlin: „Wir brauchen nicht mehr Raketen, son-

dern wir brauchen noch mehr Anstrengungen, um Vertrauen zu schaffen und Misstrauen abzubauen.“

Deutschlandfunk, 20.03.07

Der Umgang mit embryonalen Stammzellen ist ein Reizthema in Deutschland. Pünktlich zur Bilanz, die der Bundestag im Mai nach fünf Jahren Erfahrungen mit der hiesigen Regelung ziehen will, lud die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung zu einer Tagung zum Thema ein. Der renommierte Biologe ▶

Bald 400 Veranstaltungen allein in Deutschland behandelten in 2007 Themen für und mit Jugendliche(n). Mit beteiligungsorientierten und jugendgerechten Veranstaltungsformaten sollen Jugendliche für Politik interessiert, ihre Bereitschaft zur Teilhabe gestärkt und Nachwuchs für das politische Ehrenamt qualifiziert werden.

Das Spektrum erstreckt sich dabei von Langzeitprojekten wie Netzwerkbildung und Kompetenzlehrgänge bis zur nachhaltigen Kurzzeitpädagogik, wie Workshops und Planspiele, mit denen Jugendliche an politische Themen herangeführt werden. Aber auch beteiligungsorientierte Methoden wie open space, world café, fish-bowl oder die Arbeit mit theaterpädagogischen Elementen sind mittlerweile integrierter Bestandteil der politischen Jugendbildungsarbeit der FES. Diese unterstützen Jugendliche, gesellschaftspolitische Probleme wie z.B. die Gestaltung des Zusammenlebens in einer multikulturellen Gesellschaft oder die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit zielgruppengerecht zu behandeln und Stellung zu gesellschaftspolitischen Themen zu beziehen. Darüber hinaus werden in Konferenzen und Tagungen der FES Entscheidungsträger, Multiplikatoren, Fachpublikum und die interessierte Öffentlichkeit eingeladen, über aktuelle jugendpolitische Themen in einen Dialog zu treten.

In der internationalen Arbeit der FES spielt die politische Jugendbildung eine besondere Rolle. In vielen Entwicklungs- und Transformationsländern ist der Anteil junger Menschen an der Gesellschaft sehr hoch. Daher gilt es, gerade diese jungen Menschen zu gewinnen, die Zukunft ihres Landes nicht nur als Wähler sondern auch als aktive Bürger und spätere Entscheidungsträger mitzugestalten.



Ermutigte die Jugendlichen, sich Gehör zu verschaffen: die ehemalige Familienministerin Christine Bergmann (Foto: Liebe)

So bereiten Youth Leadership Programs junge Menschen insbesondere in Asien, Afrika und Lateinamerika, die sich in Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und politischen Parteien engagieren, innerhalb eines Jahres auf Führungspositionen in der Gesellschaft vor. In Afghanistan haben 2007 bereits zum vierten Mal 30 junge Frauen und Männer das „Young Leaders Forum“ durchlaufen. Oft entstehen daraus von der FES geförderte Netzwerke, in denen sich junge Menschen über politische Entwicklungen in ihren Ländern sowie gemeinsame Strategien und Kampagnen auf nationaler und regionaler Ebene austauschen.

Ein Beispiel dafür ist das regionale Jugendnetzwerk „Young Progressives South East Asia“, das sich aus 12 Organisationen – Jugendverbände von politischen Parteien, Studentenvereinigungen und NGOs – aus Kambodscha, Indonesien, den Philippinen und Thailand zusammensetzt. Als ein weiteres Beispiel

► und Direktor des Max-Planck-Instituts für molekulare Biomedizin in Münster Professor Hans R. Schöler bezog dort eindeutige Stellung.

Handelsblatt, 23.03.07

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über Einstellung und Selbstbild der städtischen russischen Mittelschicht zeigt deutlich: Der Begriff Europa ruft bei der überwiegenden Mehrheit ein positives Gefühl hervor – anders als die USA.

Donaupost, 02.04.07

Klimawandel und Klimaschutz standen im Mittelpunkt des 31. Regensburger Gesprächs der Friedrich-Ebert-Stiftung. Unter dem Titel „Ist das Klima noch zu retten?“ referierten Experten im Regensburger Kulturspeicher über den aktuellen Stand der Klimaforschung, die Chancen erneuerbarer Energien und die Perspektiven der Energieversorgung.

FAZ, 05.04.07

Vier Jahre nach dem Ende des Baath-Regimes belegt der Irak einen Spitzenplatz auf dem Korruptionsindex von Transparency International (...). Das Problem ist in Bagdad bekannt, schon vor mehreren Monaten hat Ministerpräsident Maliki angekündigt, korrupte und unfähige Kabinettsmitglieder in einer großen Regierungsumbildung zu entlassen. Bis heute schritt er aber nicht zur Tat. „Die politische Führung ist zu sehr zersplittert“,

für die internationale vernetzte Zusammenarbeit sei die von 30 jungen Multiplikatoren aus ganz Europa in Berlin erarbeitete Deklaration für die Fortentwicklung und soziale Gestaltung der Europäischen Union genannt, die im Rahmen des FES-Young European Leaders Workshop „50 Years Treaty of Rome – For a Social Europe“ erarbeitet wurde.

Auch in Deutschland hat mittlerweile jedes Stiftungsbüro eine Auswahl an jugendpolitischen Angeboten im Programm. Darüber hinaus gibt es in Bonn und Berlin Arbeitslinien, die sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Jugend und Politik befassen. Das thematische Spektrum ist dabei überaus vielseitig. Neben Veranstaltungen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen, werden in interkulturellen Trainings und in Trainings zur Gewaltprävention Kompetenzen im respektvollen und friedlichen Umgang miteinander vermittelt.

Aufklärungs- und Präventionsarbeit gegenüber rechtsextremistischen Tendenzen ist eine der Hauptaufgaben des jugendpolitischen Engagements der FES und wird insbesondere vom Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ des Forum Berlins unterstützt. Bundesweit informiert die FES über Rechtsextremismus und seine Erscheinungsformen. Neben der erfolgreichen Wanderausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern“ wurde die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ für Schleswig-Holstein entwickelt, die sich vor allem bei Schulen großer Nachfrage erfreut. Ergänzt werden diese Informationsangebote durch Workshops und Schulprojektstage, die Jugendlichen aufzeigen, wie jeder Einzelne Diskriminierung und Rassismus erkennen, hinterfragen und couragiert handeln kann.

Im Jahr der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stand zudem das Thema Europa im Fokus vieler jugendpolitischer FES-Veranstaltungen. So hatten Jugendliche bei mehreren Veranstaltungen

gen die Möglichkeit, mit Kreativmethoden ihre Wünsche, Ideen und Forderungen für ein bürgernahes, soziales und gerechtes Europas der Zukunft zu äußern und diese mit Politikern und Wissenschaftlern zu diskutieren. Im internetbasierten Planspiel meet europe sowie in weiteren Planspielen in Bonn und Berlin setzen sich die Teilnehmenden in den Rollen europäischer Akteure aus Kommission, Parlament oder Ministerrat mit europapolitischen Themen auseinander und lernten, den EU-Entscheidungsfindungsprozess realitätsnah nachzuvollziehen.

Die Planspielmethode bietet sehr gute Möglichkeiten Jugendliche an komplexe Themen heranzuführen. So werden sie im Planspiel Kommunalpolitik in den Rollen von Kommunalpolitikern zu aktiven Gestaltern von Politik vor ihrer eigenen Haustür. Sie bereiten in Fraktionen und mit Unterstützung echter Kommunalpolitiker eine Ratssitzung vor, erstellen Anfragen und Anträge zu ihnen nahe liegenden Themen und stimmen diese am Ende in einer „Ratssitzung“ ab. Das im Dresdner Büro entwickelte Planspiel wurde erfolgreich in Ostdeutschland und seit 2006 auch regelmäßig in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg durchgeführt seit 2007 nun auch in Niedersachsen, Hamburg und Bayern.

Die JugendMedienAkademie, mit jährlich über 50 bundesweiten Seminaren von Schülerzeitungsworkshops bis zum Europäischen Jugendmedienkongress in Berlin, bietet vielfältige Qualifikationsmöglichkeiten für Nachwuchsjournalisten.

www.fes.de/themen/jugend

www.jugendmedienakademie.de

stellt Annie Demirjan auf einer Irak-Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin fest; sie ist beim UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) unter anderem für die Unterstützung der Zivilgesellschaft zuständig.

General-Anzeiger Bonn, 07.04.07

Nein, also von seiner Begeisterung für Europa wollte sich Günter Verheugen partout nicht abbringen lassen. Auch nicht von den zuweilen et-

was kritischen Fragen aus dem Publikum, das sich am Mittwochabend in der Friedrich-Ebert-Stiftung beim so genannten Bonner Dialog – mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission als prominentem Gast – einfand.

die tageszeitung, 18.04.07

Mit dem Mobiltelefon werden Prügeleien aufgenommen – teilweise Inszenierungen, teilweise aber auch schmerzhaft Realität. Auch „E-Bully-

ing“, elektronisches Mobbing, bei dem andere etwa beim Duschen oder Umziehen gezeigt werden, ist weit verbreitet. Mehr als 40 Prozent der Jugendlichen haben ein solches Video schon mal gesehen, wie die Stuttgarter Medienwissenschaftlerin Petra Grimm auf einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin bestätigte.



Vorrangige Adressaten, Zielgruppen und Projektpartner sind:

- Bürger/innen, die politische Information und Orientierung suchen;
- Aktive in den Handlungsfeldern der Zivilgesellschaft;
- Multiplikator/innen mit Einfluss auf das gesellschaftliche Reformklima;
- Jugend und politischer Nachwuchs;
- Multiplikator/innen in Parteien und Parlamenten;
- Multiplikator/innen aus dem Bereich Medien und Kultur.

Politische Akademie	
Veranstaltungen	905
Teilnehmer/-innen	39.000
davon	
in Baden-Württemberg	6.100
in Bayern	17.000
in Berlin	2.400
in Bremen	650
in Hamburg	3.450
in Nordrhein-Westfalen	7.100
in Schleswig-Holstein	2.300
männlich	52%
weiblich	48%
bis 25 Jahre	24%
bis 25-60 Jahre	40%
über 60 Jahre	36%

Die Arbeit der Politischen Akademie basiert heute auf dem organisatorischen Verbund von:

- Akademiegesprächen und Gesprächskreisen in Berlin und Bonn;
- den regionalen Bildungsbüros in Hamburg, Stuttgart, München und Regensburg;
- der Akademie Management und Politik;
- der JournalistenAkademie;



Über die Perspektiven der Menschen in der Automobilindustrie sprach die hessische SPD-Vorsitzende Andrea Ypsilanti auf einer Konferenz des neuen FES-Landesbüros Hessen (Foto: P. Thomas)

- dem ForumNRW / KommunalAkademie, Bonn;
- dem Forum Jugend und Politik, Bonn;
- der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel;
- der FES-OnlineAkademie;
- der Akademie für Soziale Demokratie.

Im Berichtsjahr wurde die Förderung der politischen Seminararbeit der Gesellschaft für politische Bildung e.V., Akademie Frankenwarte in Würzburg sowie der Georg-von-Vollmar-Akademie e.V., München/Kochel, fortgesetzt.

Die Politische Akademie moderiert weiterhin das trägerübergreifende „Netzwerk Politische Bildung“.

www.netzwerk-politische-bildung.de

www.fes.de/pa

► Handelsblatt, 20.04.07

Auslöser der Krise ist der immense Reichtum der Ölfelder von Kirkuk und die anhaltende Unklarheit, wie die Ölgewinne verteilt werden. Maliki werde von den USA bedrängt, das Ölgesetz durch das Parlament zu peitschen, sagten mehrere irakische Abgeordnete am Rande einer Irak-Tagung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Auch die „New York Times“ berichtete aus US-Regierungsquellen, Maliki drohe der Rücktritt, wenn er

mit dem Ölgesetz scheitere.

Sächsische Zeitung, 23.04.07

Rednerin Juli Zeh, Jahrgang 1974, begrüßt am sonnigen Sonntagvormittag als erstes Sibylle, irgendwo unter den über 200 Leuten im Saal. Sibylle, ob sie nun da ist oder nicht, sei 41 oder auch 39, wie sie gern behauptete. Bis vierzig ist man jung, darüber mindestens jung geblieben – für alle anderen sei eigentlich kein Platz in der Gesell-

schaft. Die Schriftstellerin ist aus Leipzig angereist, um ihren Beitrag zu den „Beschimpfungen“ vom Stapel zu lassen, einer Reihe der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Staatsschauspiels Dresden. Juli Zehs Adressaten sind die „Junggebliebenen“.

Süddeutsche Zeitung, 24.04.2007

Einer neuen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge steht es besser als gedacht um das öffentlich-rechtliche Fernsehen in Deutschland. „Es gibt

ABTEILUNG GESELLSCHAFTSPOLITISCHE INFORMATION – GPI

Die Zielgruppen der Abteilung GPI haben sich weiter differenziert. Von den 310 Bildungsseminaren des Jahres 2007 richteten sich 47 auch an Jugendliche unter 20 Jahren. Wieder stärker vertreten ist die Zielgruppe aus dem Bereich der Gewerkschaften mit immerhin 27 Seminaren. Neu hinzugekommen mit einem wirklich eigenen Gewicht ist die Zielgruppe der Migranten für die 25 Seminare veranstaltet wurden.

Die Veränderung in den Zielgruppen hat auch eine Veränderung bei den inhaltlichen Schwerpunkten mit sich gebracht. Klar an der Spitze der Themen liegt die Sozialpolitik, gefolgt von Seminaren, die sich mit der Demokratie auseinandersetzen und in demokratische Spielregeln einführen. Schließlich wurden an dritter Stelle kommunalpolitische Themen behandelt. Damit ist der bisherige Spitzenreiter „Kompetenztraining“ auf die vierte Stelle zurückgefallen. Damit deutet sich an, dass sich das Interesse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wieder stärker als in den zurückliegenden Jahren politischen anstelle von methodischen Fragen zuwendet.

Die Abteilung organisierte insgesamt 577 Veranstaltungen, von Seminaren über Workshops bis zu großen Dialogveranstaltungen und Konferenzen mit annähernd 20.000 Teilnehmern. Diese Arbeit wurde geleistet von den Büros der Abteilung in Bonn, Mainz und Hannover. Mainz betreut die Länder Rheinland-Pfalz, Saarland und bis zum 31. August 2007 Hessen Süd. Seit dem 01. September 2007 gibt es ein eigenständiges hessisches Büro. Bonn ist zuständig für Nordrhein-Westfalen und sporadisch auch für bundesweite Veranstaltungen, während das hannoversche Büro Niedersachsen betreut.

Vor dem Hintergrund der Programmdiskussion der sozialdemokratischen Partei wurde während der Sommeruniversität in Potsdam eine Woche lang über „Der Weg der sozialen

Demokratie“ diskutiert. Gesprächspartner waren unter anderem Professor Elmar Altvater, die Präsidentin des WZB Prof. Jutta Allmendinger, der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn, Dr. René Cuperus von der Wiardi Stichting Amsterdam, Dr. Caspar Einem, Bundesminister a. D. aus Wien, Bundesminister a. D. Erhard Eppler, und SPD-Generalsekretär Hubertus Heil..

Als Erfolg kann die Ausstellung „Uneins – aber einig? Zur Geschichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften“ gewertet werden. Diese Wanderausstellung aus Anlass des 100. Jahrestages des Mannheimer Abkommens wurde vom Historischen Forschungszentrum der Stiftung erarbeitet und wird von der Abteilung Gesellschaftspolitische Information betreut.

2007 war von der Europäischen Union als das Jahr der Chancengleichheit ausgerufen worden. In diesem Zusammenhang wurde mit dem Dritte Welt JournalistInnen Netzwerk eine Tagung zum Thema „Wie kommen MigrantInnen in die Medien?“ organisiert, an der rund 100 Journalistinnen und Journalisten, einschließlich namhafter Chefredakteure teilnahmen. Im Juni gab es eine Fachtagung zum Thema „Die Schul- und Bildungssituation von Jugendlichen mit afrikanischem Migrationshintergrund in Deutschland“. Und schließlich kamen in Zusammenarbeit mit der Melanchthon-Akademie in Köln Expertinnen und Experten der Entwicklungszusammenarbeit zusammen, um über Erfahrungen der Arbeit in muslimischen Ländern zu reden.

www.fes.de/GPI-NRW

Produzenten, Autoren, Darsteller, Regisseure (...), welche höchsten Ansprüchen genügen“, haben die Autoren um Grimme-Institutschef Uwe Kammann herausgearbeitet.

Die Zeit, 26.04.07

Ist das Bescheidenheit oder Unterwürfigkeit? August Bebel, der große alte Mann der Sozialdemokratie, lässt einem gewissen Bömelburg, Theodor, den Vortritt, einem längst vergessenen

Gewerkschaftsführer aus dem Kaiserreich. So geht es zu, wenn Sozialdemokraten heute versuchen, ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften zu bestimmen. Die Bilder von Bömelburg und Bebel sind Teil einer Ausstellung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

Magdeburger Volksstimme, 27.04.07

Es ist sehr verdienstvoll von der Friedrich-Ebert-Stiftung, sogleich nach einer Kommunalwahl mit

peinlich niedriger Wahlbeteiligung in einer öffentlichen Veranstaltung die Chefs von SPD und CDU in Sachsen-Anhalt darüber zu befragen, ob denn die Volksparteien ihrer Rolle gerecht werden.

Dresdner Neueste Nachrichten, 27.04.07

„Kuba erlebt das unerwartete Szenario einer Nachfolge zu Lebzeiten“, schreibt der Politikwissenschaftler Bert Hoffmann in einer jüngst von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichten Analyse. ▶

DIALOG OSTDEUTSCHLAND

Politische Bildung in breiter Vielfalt boten die sieben ostdeutschen Landes- und Regionalbüros auch im Jahr 2007 wieder an. Daneben befassten sich zwei Berliner Foren mit den Themenfeldern Jugend und Politik, Familienpolitik, Frauenpolitik/Gender, Staatsmodernisierung, Rechtspolitik und Innere Sicherheit, Rechtsextremismus, Gesellschaftliche Integration, Kulturpolitik und berlinbezogenen Fragestellungen.

Geprägt wird die politische Bildung in Ostdeutschland nach wie vor durch die spezifische Situation der neuen Länder und die daraus folgenden Lebenslagen, Interessen und Einstellun-



Rückblick auf einen Dialog mit Risiken: Erhard Eppler erinnerte sich an die Wirkungen des SPD-SED-Dialogpapiers von 1987 (Foto: Waldeck)

gen der Bürger/innen. Im Rahmen der Schwerpunktplanung werden vorrangig die Aufgaben und Probleme aufgegriffen, die in der öffentlichen Debatte über die Zukunftsgestaltung eine aktuelle Rolle spielen. Hierzu gehören Fragen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, der Modernisierung sozialer Sicherungssysteme, der Bildungs-, Gesundheits- und Familienpolitik.

Politische Bildung ist Bildung für Demokratie. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wirbt und qualifiziert für ein politisches und bürgerschaftliches Engagement und stärkt damit die Bereitschaft und Fähigkeit, in der Demokratie Verantwortung zu übernehmen. Mit Foren des öffentlichen Dialogs zu den Aufgaben und Problemen der Gesellschaft wird zur Entwicklung der politischen Kultur der Demokratie und zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels beigetragen. Fachtagungen und Studien bieten handlungs- und entscheidungsorientierte Beratung und Qualifizierung für die politische und gesellschaftliche Arbeit.

Exemplarisch verbunden werden diese drei Säulen politischer Bildung in der Kommunalakademie Ost - dem Qualifizierungs-, Beratungs- und Dialogangebot für die kommunalpolitische Arbeit und das bürgerschaftliche Engagement in der Kommune. Im Rahmen des Qualifizierungsprogramms „Kompetenz-Training für politisches und bürgerschaftliches Engagement“ werden Schlüsselqualifikationen für die ehrenamtliche Arbeit in Politik und Gesellschaft vermittelt. Zusätzlich wurde in Berlin mit dem Aufbau eines Sonderprojektes begonnen, das sich speziell der Qualifizierung älterer Menschen für politisches und bürgerschaftliches Engagement widmet. Dazu wird derzeit ein praxisnahes funktionsvorbereitendes bzw. funktionsbegleitendes Qualifizierungsprogramm entwickelt, mit dessen Umsetzung Anfang 2008 begonnen wird.

Politische Bildung für und mit jungen Menschen ist ein zentrales Anliegen und ein Schwerpunkt der Arbeit des Arbeitsbereichs. In Berlin steht dafür das Forum Jugend und Politik mit einer Vielzahl vor allem auch beteiligungsorientierter Angebote zur Verfügung. Jugendbeteiligungsangebote stehen auch im Mittelpunkt des Zentralen Projekts „Politische Jugendbildung“, das, mit Sitz im Büro Dresden, seine Expertise auch anderen Arbeitseinheiten der FES anbieten kann. Insbesondere

► **Der Spiegel, 30.04.07**

Der Aufschwung in Fernost könnte Afrika beflügeln. China werde von Afrikanern „als Modell und möglicher Motor der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung gesehen“, behauptet die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung. Das eröffnet die Aussicht darauf, dass eine moderne Marktwirtschaft die Entwicklungshilfe-Planwirtschaft, die Afrika derzeit noch lähmt, ablöst.

Financial Times Deutschland, 02.05.07

Dabei gehört die segensreiche Wirkung frühkindlicher Bildung seit dem Pisa-Schock zu den Standardrezepten, um Deutschlands Bildungssystem einen Schub zu geben. Sprachförderung etwa sollte so früh wie möglich beginnen. Dafür braucht man allerdings kleine Gruppen. Und die kosten Geld: In einem Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung errechnete der Bildungsforscher Klaus Klemm, dass allein bei den Drei- bis Sechsjährigen

1,9 Mrd. Euro nötig wären, um die Betreuungsrelation von 12,6 auf 10 Kinder je Erzieher zu verbessern.

Dachauer Nachrichten, 05.05.07

Schwieriger ist es dagegen geworden, Rechtsradikale an Äußerlichkeiten zu erkennen. Denn nicht alle Neonazis tragen Glatze und Springerstiefel. Laut Horst Schmidt von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der durch die Ausstellung führte, hat sich

mit dem Planspiel Kommunalpolitik für Jugendliche werden Impulse für die politische und bürgerschaftliche Beteiligung junger Menschen gegeben, die als ebenso wichtig erachtet werden wie die Qualifizierung von Schülervertreter/innen und Schülerzeitungsredakteur/innen.



Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, hob in einer Konferenz des Arbeitsbereiches BerlinPolitik die Bedeutung der integrierten Stadtentwicklungspolitik hervor

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bleibt unverzichtbarer Bestandteil der politischen Bildung für Demokratie. Dazu bieten die Arbeitseinheiten der Abteilung ein in den Themen, Zielgruppen und Methoden differenziertes Bildungsprogramm an. Im Sonderprojekt Rechtsextremismus wird konzentriert an der Auseinandersetzung mit dem rechts-extremistischen Einstellungs- und Politikpotenzial gearbeitet und mit der Bereitstellung vorhandener Expertise eine Dienstleistungsfunktion für die gesamte Friedrich-Ebert-Stiftung übernommen.



Wegweisendes vom SPD-Generalsekretär: Hubertus Heil nahm bei der siebten Sommerakademie der FES auf der idyllischen Insel Hermannswerder bei Potsdam Bezug auf die Geschichte der Arbeiterbewegung

Eine thematisch konzentrierte Arbeit leistet auch das Sonderprojekt Gesellschaftliche Integration. In dessen Rahmen werden Probleme von Desintegration und in der Folge sozialer und politischer Ausgrenzung zur Diskussion gestellt und nach Wegen zu stärkerem gesellschaftlichem Zusammenhalt gesucht.

Mit regionalen Veranstaltungen wurde die Arbeit an dem neuen Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie begleitet. Von besonderer Bedeutung sind die Foren des Dialogs zwischen Politik und Gewerkschaften.

www.fes.de/dialogostdeutschland

Dialog Ostdeutschland

Veranstaltungen	1.080
Teilnehmer/-innen	59.700

auch die Strategie der Rechten geändert: „Die gehen ganz normal auf Veranstaltungen, melden sich zu Wort und warten bis sie aufgerufen werden.“

Kieler Nachrichten, 07.05.07

„Uneins – aber einig?“ heißt die Ausstellung zur Geschichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften, die heute im Kieler Gewerkschaftshaus beginnt. Aus Anlass des 100. Jahrestages des

„Mannheimer Abkommens“, mit dem formal die Gleichberechtigung von SPD und Gewerkschaften besiegelt wurde, präsentiert die Friedrich-Ebert-Stiftung die Wanderausstellung, die in Wort und Bild auch die immer wiederkehrenden Spannungen zwischen Partei und Arbeitnehmer-Vertretungen nachzeichnet.

Neue Zürcher Zeitung, 07.05.07

Die vielfältigen Medienszenen, die nach dem Sturz

der Regime in Afghanistan und im Irak entstanden, sind zunehmend bedroht. Dies berichteten jüngst Teilnehmer an einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). In Afghanistan sei ein langsamer, aber stetiger Rückzug westlicher Hilfsgelder im Bereich der Medienförderung festzustellen, sagte der Journalist (und FES-Vertreter) Rolf Paasch. So sei bei der EU der Schwerpunkt Medien gestrichen worden. „Dabei wäre nun genau das Gegenteil nötig“, so Paasch.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO) berät und informiert Politik und Gesellschaft in Deutschland zu wichtigen Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und ihrer politischen Gestaltung. Zu diesem Zweck organisiert sie Veranstaltungen, auf denen Vertreter von Politik und Gesellschaft mit Experten aktuelle Probleme und Grundsatzfragen diskutieren, und sie publiziert Analysen und Expertisen (z.B.



Auf einer Veranstaltung des FES-Arbeitskreises Arbeit-Betrieb-Politik skizzierte SPD-Präsidiumsmitglied Andreas Nahles das arbeitspolitische Konzept „Gute Arbeit“

zur Geschlechterpolitik, europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und Globalisierung), die einerseits auf diesen Veranstaltungen vorgestellt werden und die andererseits handlungsorientierte Diskursergebnisse einem Fachpublikum in Wirtschaft und Gesellschaft zugänglich machen. Die Abteilung verfügt über eine Reihe von Arbeits- und Gesprächskreisen, in denen sie einen kontinuierlichen Meinungsaustausch und Beratungsprozess zu aktuellen Fragen organisiert, aus denen häufig einschlägige Veröffentlichungen hervorgehen.

Dazu zählen:

- Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik
- Arbeitskreis Mittelstand
- Arbeitskreis Dienstleistungen
- Arbeitskreis Verbraucherpolitik
- Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik
- Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik
- Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung
- Gesprächskreis Sozialpolitik
- Gesprächskreis Migration und Integration

Seit 2007 sind die Publikationen der Abteilung in den Reihen „WISO-Diskurs“ (längere Dokumentationen und Expertisen) und „WISO-direkt“ (kürzere Analysen und Konzepte) neu geordnet, und werden auch über den elektronischen Newsletter „WISO-digital“ verteilt. 37 Titel sind 2007 in diesen beiden Reihen erschienen.



Diskutierte mit Experten für Urheberrechtsschutzfragen: Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (Foto: Zensen)

► Darmstädter Echo, 08.05.07

Der deutliche Sieg Nicolas Sarkozys habe erneut gezeigt, dass in Frankreich mit einem linken Programm keine Wahl mehr zu gewinnen sei, sagt der Direktor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris, Winfried Veit. Schon 1995 und 2002 scheiterte der damalige Kandidat Lionel Jospin – doch selbst die historische Schlappe gegen den Rechtsextremisten Jean-Marie Le Pen vor fünf Jahren schweißte die Partei nicht zusammen. Im Gegenteil, sie rieb

sich in endlosen Flügelkämpfen auf.

Tagesschau, 16.05.07

In Afghanistan wächst nach den vielen zivilen Opfern bei Militäreinsätzen die Wut. (...) Dabei dürfe es nicht allein um die Zivilopfer gehen, meint Ursula Koch-Laugwitz. So kämen auch etwa 300 afghanische Polizisten pro Monat bei den Kämpfen gegen militante Regierungsgegner ums Leben, sagt die Afghanistan-Chefin der Friedrich-Ebert-

Stiftung in Kabul: „Jeder Tag mit zweistelligen Todesmeldungen reduziert das Verständnis für diesen Krieg, aber auch drastisch die Akzeptanz für internationales Engagement.“

Kölner Stadt-Anzeiger, 25.05.07

Der „islamisierte“ Antisemitismus habe in den vergangenen zehn Jahren stark zugenommen, berichten die Forscher und Praktiker bei einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Nicht nur in



Brandenburgs ehemaliger Ministerpräsident Manfred Stolpe, sein früherer baden-württembergischer Amtskollege und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG sowie Edgar Most, ehemaliger Staatsbanker der DDR und später Direktor der Deutschen Bank zogen Bilanz anlässlich der „Halbzeit Aufbau Ost“ (Foto: Liebe)

Die Abteilung widmete sich 2007 den viel diskutierten Themen wie Aufschwung, Lohnpolitik, Kinderbetreuung und Integration. Der wirtschaftliche Aufschwung brachte neues Leben in die makroökonomische Debatte um die Rolle von Angebot und Nachfrage, um Haushalt und Staatsverschuldung. Die FES brachte dazu ein Buch mit Beiträgen von acht prominenten Volkswirten (darunter Wirtschaftsnobelpreisträger Robert Solow) heraus, die der deutschen Wirtschaftspolitik dort und bei der Buchvorstellung in Berlin prozyklische Einseitigkeit bescheinigten. Deutlich wurde bei dieser und mehreren anderen Veranstaltungen, dass die Arbeitsmarktpolitik mit der laufenden Neuordnung des Niedriglohnssektors keine Vollbeschäftigung schaffen kann, sondern bestenfalls mehr soziale Teilhabe ermöglicht. Ihr dient auch eine Mindestlohnpolitik und

eine bessere finanzielle Beteiligung der Mitarbeiter/innen am Unternehmenserfolg, wozu Wiso verschiedenen Studien vorlegte, u.a. zur Situation bei den privatisierten Postdienstleistungen. Um das Arbeitsangebot im Aufschwung zu steigern, wäre eine bessere Kinderbetreuung sowohl kurzfristig, um den Eltern Zeit zu verschaffen, als auch langfristig, um die Voraussetzung für erfolgreiche Bildungskarrieren zu schaffen, wichtig. Leider verschärfen die gegenwärtigen Regelungen soziale Schieflagen, wie eine Analyse von WISO „Kapital und Kinderkrippen“ nachweist. Erfolgreiche Integration würde allgemein die Aussichten für Wachstum und Beschäftigung verbessern. Verglichen wurden die unterschiedlichen Ansätze zur Integrationspolitik und insbesondere zur Rolle der Schule.

Angesichts der weit verbreiteten Zukunftsangst in Deutschland wurde 2007 ein Projekt zur Zukunft des sozialen Deutschland ins Leben gerufen. Ausgehend von Ländern, die mehr Erfolg bei Wachstum, Beschäftigung und Verteilung hatten, will das Vorhaben Szenarien, Strategien und Politiken entwickeln, um auch in Deutschland diese Ziele besser zu erreichen. In dieses große Projekt mündet auch ein Vorhaben zur Zukunft des Sozialstaates, das die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik 2006 begann und 2007 fortsetzte. Die Ergebnisse wurden in mehreren Ausgaben der Reihe WISO-Diskurs publiziert. Der Sozialstaat wird dabei als integraler Teil von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft begriffen, der nicht nur Geld kostet, sondern Funktionsleistungen erbringt, ohne die weder Wohlstand noch soziale Gerechtigkeit zu erzielen sind. Das Projekt setzt sich auch kritisch mit dem Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens auseinander.

www.fes.de/wiso

Deutschland, auch in Frankreich, Schweden und den Niederlanden.

Deutsche Welle, 29.05.07

Trotz der beispiellosen Zuspitzung der Krise Mitte Mai ist es zu früh, von einem Scheitern der ukrainischen Demokratie zu sprechen, sagt der Experte der Friedrich-Ebert-Stiftung. „Das sind Kinderkrankheiten der Demokratie, aber der Patient wird sich erholen“, so Chrobot.

Badische Zeitung, 29.05.07

Das Lied vom „neuen Mann“ wird jüngst in den Medien wieder viel gesungen, vor allem von Frauen. Deshalb war es wohl auch kein Zufall, dass es eine Frau war, die sich bei der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Veranstaltungsreihe über Männer und Väter einfallen ließ – und dabei einen Perspektivwechsel vorschlug: „Geschlechtergerechtigkeit aus Männersicht“(...).

Der Tagesspiegel, 01.06.07

Das ist ungewöhnlich: Einer der führenden deutschen Unternehmer, Arendt Oetker, kritisierte seine Kollegen. Und das auf einem Forum der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Oetker, der auch Präsident des Stifterverbandes ist, macht sich Sorgen um den Mangel an Fachkräften, der ab 2020 drohe. In den kommenden Jahren habe Deutschland die letzte Chance, aufgrund des Studentenberges geeignete Fachkräfte selbst heranzubilden.

„Geschlechtergerechtigkeit ist mehr als „Frauenförderung“, die gleichwohl unverzichtbar bleibt. In den Bildungs-, Dialog- und Beratungsangeboten bringt die FES die Perspektive der Geschlechterverhältnisse in allen Politikbereichen und Themenfeldern zur Geltung, um Frauen und Männern, Mädchen und Jungen gleichermaßen Teilhabechancen und Gestaltungsmöglichkeiten zu garantieren.“ Mit diesen Worten führte die Vorsitzende der FES, Anke Fuchs, den „Focus Frauen – Männer – Gender“ ein – ein online-Angebot, das im zweiten Halbjahr 2007 im je dreiwöchigen Wechsel im Internet insgesamt bald 200 Projekte und Maßnahmen der Stiftung im In- und Ausland vorstellte. „Arbeit und Soziales“, „Politik und Beteiligung“, „Gewalt und Konflikt“, „Integration und Zusammenarbeit“ sowie „Bildung und Qualifizierung“ sind fünf umfassende Themenfelder, auf denen durch den „Gender-Focus“ die FES Programme gegliedert wurden.

Gender Mainstreaming wird oft mit Frauenförderung gleichgesetzt, ist es aber nicht. Gender bezeichnet laut Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechterrollen von Frauen und Männern. Bei den EU-Behörden wird von „gleichstellungsorientierter Politik“ oder „Gleichstellungspolitik“ gesprochen. Mit Gender Mainstreaming wird also eine Strategie bezeichnet, um unterschiedliche Ausgangslagen und möglicherweise unterschiedliche Wirkungen von Entscheidungen auf Männer und Frauen systematisch zu berücksichtigen.

Dahinter verbirgt sich die Forderung, die Perspektive der Geschlechter, ihre spezifische Betroffenheit und Sichtweise in allen Entscheidungsprozessen zur Geltung zu bringen, sei es in Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- oder Rentenpolitik. Die Methode des Gender Mainstreaming wendet sich daher auch an Männer als Betroffene, Gesprächspartner und Multiplikatoren.



Bundesministerin a.D. Dr. Christine Bergmann eröffnete die Tagung „Business gegen Häusliche Gewalt“ des Forum Politik und Gesellschaft (Foto: U. Kelm)

In Deutschland zählen in der politischen Bildung gleichstellungspolitische Themen, die Fortbildung von politisch engagierten Frauen und Fragen der Geschlechterdemokratie zu festen Bestandteilen der Arbeit. Das Forum Politik und Gesellschaft in Berlin greift aktuelle bundespolitische Themen der Gender- und Frauenpolitik auf, u.a. die Umsetzung des Gender Mainstreaming in verschiedene Politikbereiche, Gewalt gegen Frauen, die Lebenssituation von Migrantinnen und die europäische Gleichstellungspolitik. Auch die Politische Akademie und die Abteilung GPI bieten Seminare, öffentliche Dialogveranstaltungen, Lernprojekte, Kompetenztrainings, Expertengespräche, Policy-Papers oder Studien zum Thema.

Die Verbindung einer Politik für die Familie mit einer Politik für Geschlechtergerechtigkeit untersucht z.B. die international angelegte Studie „Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich“. Der Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterpolitik der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik konzentriert sich auf Politikberatung und Bildung mit den Themenschwerpunkten bezahlte und unbezahlte Arbeit im Geschlechterverhältnis, Pflegearbeit, Sozialstaat und

► Giessener Anzeiger, 04.06.07

Das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften wird immer wieder als ein sehr enges beschrieben. Doch beim genaueren Blick zeigt sich, dass es in den vergangenen 100 Jahren nie ganz frei von Spannungen war. Zeugnis hierüber legt die von der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammengestellte Wanderausstellung mit dem treffenden Titel „Uneins – aber einig?“ ab.

Westfälische Rundschau, 06.06.07

Die Standortkonkurrenz der EU-Staaten gefährdet die nationalen Steuereinnahmen und setzt falsche Anreize. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, das die aktuelle Diskussion über die angemessene Besteuerung von Unternehmen anheizt.

The Economist, 09.06.07

The German models for the new bodies, such as the Konrad Adenauer or Friedrich Ebert Foundations, are too stately to stir up arguments of the sort needed in Brussels, although the big German foundations have a good record of promoting democracy in other countries. Javier Solana, the EU's foreign-policy boss, remembers the lifeline offered by the Friedrich Ebert Foundation when he was an underground Socialist in Franco's Spain.

Geschlechtergerechtigkeit, Lohndiskriminierung sowie demographischer Wandel. Vorträge, Beratungsgespräche, zahlreiche Veröffentlichungen in den verschiedensten Publikationen und Mitarbeit in nationalen und internationalen Netzwerken fördern Argumentationen, Konzepte und Strategien für mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern bei der Gestaltung demokratischer und gerechter Strukturen ist auch ein Leitbild der Auslandsarbeit der FES. In den meisten Projektländern der Entwicklungszusammenarbeit trägt nach wie vor gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen dazu bei, dass der Zugang zu Ressourcen und politischer Teilhabe zwischen Frauen und Männern extrem ungleich verteilt ist. So arbeiten Frauen erheblich länger, verdienen und besitzen aber deutlich weniger als Männer. An politischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen sind sie oft so gut wie nicht beteiligt. Führungspositionen sind fast ausschließlich in Männerhand.

Traditionelle Vorstellungen verhindern in vielen Fällen die Teilhabe von Frauen am politischen und öffentlichen Leben. Zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung werden das Wissen und die Erfahrungen von Frauen und Männern gleichermaßen benötigt. Ebenso müssen die Interessen und Bedürfnisse beider Geschlechter berücksichtigt werden, wenn Politik langfristig erfolgreich sein soll. Deshalb unterstützen zahlreiche Projektaktivitäten Frauen auf ihrem Weg in die Politik oder in die Führungsebenen von Organisationen und Verbänden. Ein spezielles Genderteam begleitet in der Abteilung IEZ weltweit beobachtend diesen Prozess und leistet eine konzeptionelle Weiterentwicklung und Beratung der Projekte.

In den meisten Industrieländern stehen Frauen trotz national geprägter Unterschiede vor grundsätzlich ähnlichen Problemen: ein relativ geringer Anteil von Frauen ist in Führungs-



Beklagte die geringeren Einkommen von Frauen: die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Elke Ferner (Foto: Liebe)

positionen in Politik und Wirtschaft zu finden, es gibt eine geschlechtsspezifische Aufteilung des Arbeitsmarktes inklusive einer schlechteren Bezahlung der Frauen und eine unzureichende Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In der Abteilung Internationaler Dialog sind Frauenförderung und Gender Mainstreaming vor allem Themen des bilateralen Dialogs mit gesellschaftspolitischen Führungskräften in Mittel und Osteuropa. Mit Partnern vor Ort und mit der Unterstützung von Expertinnen aus Deutschland leistet die FES einen Beitrag dazu, dort das Konzept zu diskutieren und bekannter zu machen. Ferner wird Fachkräften aus der Region durch Studienreisen nach Brüssel ermöglicht, Anschluss an die Debatte auf europäischer Ebene zu finden. Darüber hinaus nutzt die FES ihr Büronetzwerk, um frauenpolitische Themen auf regionaler Ebene zu diskutieren, eine Vernetzung der Akteurinnen zu fördern und einen länderübergreifenden Lernprozess zu initiieren.

www.fes.de/gender

www.fes.de/aktuell/focus/index.htm

Volksstimme Magdeburg, 11.06.07

Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung: Antijüdische Vorurteile in neuen Gewändern. Haben sich die uralten antijüdischen Stereotypen und Vorbehalte ein neues Gewand zugelegt? Experten sprechen von einem „neuen“ und globalisierten Antisemitismus.

Behörden Spiegel, 13.06.07

Die deutsche föderale Verwaltung wird immer

wieder gerne gescholten. Eine neue Studie belegt aber, dass Deutschland im internationalen Vergleich nicht so schlecht dasteht. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung untersuchten der Potsdamer Professor Dr. Werner Jann, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation, mit seinen Mitarbeitern Kai Wegrich und Jan Tiessen die Fragestellung „Bürokratisierung und Bürokratieabbau – wo steht Deutschland im internationalen Vergleich?“

Frankfurter Allgemeine Hochschul-Anzeiger, 18.06.07

Besonders viele Bewerbungen gehen erfahrungsgemäß bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung ein, die durch ihre Dependancen auch viele Studenten aus dem Ausland anzieht.

Neues Deutschland, 18.06.07

Im Sommer 2008 läuft in Berlin ein einmaliges Experiment an: Ausgewählte Schulen werden für

ZENTRALE AUFGABEN

In der Abteilung Zentrale Aufgaben liegt der Fokus der Arbeit auf aktuellen politischen Entwicklungen. Die wesentlichen Ziele sind die Anregung gesellschaftlicher Diskurse, die Gestaltung von Dialogprozessen und das Erarbeiten aktueller Analysen zu ausgewählten Fragestellungen. Diesen Zielen wird in Konferenzen, Podiumsdiskussionen, Fachgesprächen, Expertenrunden, Hintergrundgesprächen und Arbeitsgruppen nachgegangen.

In den Arbeitsbereichen der Stabsabteilung wurden im Jahr 2007 135 Veranstaltungen, darunter 44 Konferenzen und Podiumsveranstaltungen, 17 Fachgespräche, 48 Arbeitsgruppensitzungen, 4 Pressegespräche und 23 Hintergrundgespräche mit namhaften Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften organisiert. Es wurden 26 Publikationen erstellt.



Eine Analyse der globalen, europäischen und nationalen Wirtschaftslage präsentierte Bundesbankpräsident Prof. Dr. Axel Weber auf Einladung des Managerkreises Bayern und des Bayernforums der FES (r. Klaudia Martini, Sprecherin des Managerkreises Bayern)

Der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung konnte seine erfolgreiche Arbeit auf verschiedenen Feldern von Wirtschaft und Politik fortsetzen. Im Zentrum standen hierbei Hintergrundgespräche, u.a. mit Günter Verheugen, Vizepräsident der Europäischen Kommission, Unternehmen und Industrie, Bundespräsident Horst Köhler und Vizekanzler Franz Müntefering. Die strategische Ausrichtung der „Zukunft des Managerkreises“ war ebenfalls Thema einer hochkarätig besetzten Veranstaltung.

Die Arbeit der acht Regionalkreise des Managerkreises konzentrierte sich auf kleinere Veranstaltungen mit Clubcharakter, um den Austausch von Vertretern der Politik mit der regionalen Wirtschaft zu stärken. Die Themenfelder reichten von Verkehrspolitik, Wissenschaftsmanagement und Gesundheitswirtschaft bis zu demographischem Wandel.

Der Arbeitsbereich Moderne Industriepolitik konzentrierte sich in viel beachteten Konferenzen auf den effektiven Schutz geistigen Eigentums, die Liberalisierung des Welthandels, innovative Energietechnologien und die Klimaschutzpolitik.

Im Arbeitsbereich Bildung und Forschung stand die Fortführung des Netzwerkes Bildung, das bildungspolitische Diskussions- und Abstimmungsprozesse mit Vertretern von Bund, Ländern, Wissenschaft und gesellschaftlichen Organisationen vorantreibt, im Mittelpunkt. Der Arbeitskreis Forschung und Innovation bezog seine Arbeit vor allem auf Hochschulthemen und den Fachkräftemangel. Das neu gegründete Netzwerk Exzellenz an deutschen Hochschulen begleitet die Exzellenzinitiative des Bundes.

Der Arbeitsbereich Lebenswissenschaften widmete sich in diesem Jahr, u.a. begleitend zu Gesetzgebungsprozessen bzw. deren avisiertem Überarbeitung, Themen wie der Präimplanta-

► vier Jahre in Gemeinschaftsschulen umgewandelt. Pädagogen und Politiker diskutierten am Freitag auf der Konferenz „Impulse über den Umgang mit Heterogenität in der Praxis“ der Friedrich-Ebert-Stiftung über Chancen und Schwierigkeiten des Projekts.

Leipziger Volkszeitung, 19.06.07

Botschafter Stein über die Palästinenser, den Holocaust und Rechtsradikalismus in Deutschland:

Nach fast sieben Jahren verlässt Israels Botschafter Shimon Stein Deutschland. Gestern Abend nahm er an einem Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Leipzig teil und stellte sich Fragen des Bundestagsabgeordneten Rainer Fornahl (SPD).

Süddeutsche Zeitung, 21.06.07

„Man kann mit Sicherheit konstatieren, dass die Staatsbediensteten, die vor kurzem noch als der sozial am schlechtesten abgesicherte Teil der Be-

völkerung galten, einen großen Sprung nach vorne gemacht haben“, bemerkt die Iswestija. Das zeigt Wirkung bei der Jugend, wie eine neue, von der Friedrich-Ebert-Stiftung beim Moskauer Institut für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften in Auftrag gegebene Studie belegt. 20 Prozent der jungen Russen streben demnach heute eine Laufbahn im Staatsdienst oder bei den Sicherheitskräften an. 1997 waren es noch 13 Prozent.

tionsdiagnostik, der Stammzellforschung, dem geplanten Gendiagnostik-Gesetz und der Nanotechnologie. Die Miteinbeziehung der Perspektiven anderer europäischer Staaten stellte ein wesentliches Element der Arbeit in diesem Bereich dar.

Die herausragenden Themenfelder, die im Arbeitsbereich Medien und Gesellschaft bearbeitet wurden, waren Konferenzen zur bevorstehenden Einführung einer europäischen Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste, dem Verhältnis von Qualität



Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck diskutierte beim FES Managerkreis mit Dr. Thomas Middelhoff, Vorstandsvorsitzender der Karstadt Quelle AG, Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Direktorin des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und dem Staatsminister a.D. Florian Gerster

und Quote im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der Modernisierung des Datenschutzrechts und der Konvergenz von Rundfunk und Telekommunikation. Die Veranstaltungen waren zum Großteil direkt mit laufenden legislativen Prozessen auf europäischer und nationaler Ebene verzahnt.

Der Arbeitskreis Stadtentwicklung und Wohnen konzentrierte sich auf die Rolle kommunaler Wohnungsunternehmen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.

Im Arbeitsbereich Mobilität und Verkehr spielten Themen wie die Zukunft des Verkehrs, Infrastrukturfinanzierung, die Globalisierung des Verkehrs und die Zukunft der Mobilität in Großstädten eine herausragende Rolle. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee gehörte zu den bedeutenden Referenten der Veranstaltungen des Arbeitsbereichs.

www.fes.de/stabsabteilung



Jugendliche erarbeiteten einen Katalog der Aufgaben, die sie in und von Europa gelöst sehen wollen (Foto: Liebe)

Rhein-Neckar-Zeitung, 23.06.07

Mit der Wanderausstellung „Friedrich Ebert 1871-1925. Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten“ würdigt die Friedrich-Ebert-Stiftung das Leben und das politische Wirken des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten.

Märkische Allgemeine, 23.06.07

Netzwerk für gesunde Kinder: „Das Ziel ist die Verbesserung der Gesundheit von Kindern,“ erläuterte

terte Chefarztin Wocko auf dem von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Forum zur Gesundheitsprävention bei Kindern und Jugendlichen.

Der Spiegel, 25.06.07

Mit einem ehrgeizigen Plan will Finanzminister Steinbrück die öffentlichen Kassen sanieren und Bund und Länder auf dauerhaft ausgeglichene Haushalte einschwören. (...) Die Pläne liegen fertig in den Schubladen der Ministeriumsspitze. Am

Freitag will der Minister bei einer Veranstaltung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung einen ersten Werkstattbericht abliefern.

Stuttgarter Zeitung, 25.06.07

Pöbeleien, Beleidigungen und Provokationen gehören zum Alltag vieler Schüler. Doch sie müssen nicht immer in Schlägereien enden (...) Die Situation ist unangenehm, doch zum Glück nur gestellt: Es ist spät abends, niemand ist mehr auf der Stra-

STUDIENFÖRDERUNG

Der Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung wurden im Zuge der verstärkten Förderung von Bildung und Forschung durch die Bundesregierung im Jahr 2007 deutlich mehr Mittel (11%) für die Begabtenförderung zur Verfügung gestellt. Bis Ende der Legislaturperiode sollen 1% aller Studierenden in Deutschland ein Stipendium aus Mitteln der Begabtenförderung erhalten.



Informationsflyer der Studienförderung

So sah sich die Friedrich-Ebert-Stiftung veranlasst, in stärkerem Maße als bislang auf ihre Stipendienangebote hinzuweisen. Neben der gezielten Information von Multiplikatoren und politischem Umfeld wurde in den Medien und an Hochschulen geworben. Um den Anteil von Stipendiaten aus einkommensschwachen Schichten und/oder mit Migrationshintergrund zu erhöhen, wurde mit dem „Stipendium auf Probe“ ein neues Förderprogramm aufgelegt, das bereits ab dem ersten Hochschulsesemester eine finanzielle Unterstützung bietet.

In die Förderung aufgenommen wurden 725 (2006: 353) Studierende und Promovierende. Damit stieg die Zahl der Neuaufnahmen gegenüber dem Vorjahr um über 100%. In der Konsequenz wuchs die Gesamtzahl der Geförderten auf knapp 2.000 und schloss damit an das Rekordniveau der Jahre 1990/1991 an. Der Anteil der Migrantinnen beträgt über 10%; der der Frauen stagniert bei 48%. In einem mehrstufigen Verfahren

werden die besten Bewerber und Bewerberinnen ausgewählt. Hierbei wird die Studienförderung der FES von über 400 Vertrauensdozenten und Vertrauensdozentinnen sowie einem unabhängigen Auswahlausschuss unterstützt.

Zu den Förderzielen zählen ein überdurchschnittlicher Studienabschluss sowie die Intensivierung des gesellschaftspolitischen Engagements der Stipendiaten und Stipendiatinnen. Neben der materiellen Unterstützung bildet die ideelle Förderung das Herzstück unserer Arbeit. Zahlreiche Instrumente

unterstützen die Studierenden und Graduierenden, ihre Ausbildung mit einem überdurchschnittlichen Examen abzuschließen, insbesondere persönliche Ansprechpartner in der Studienförderung, halbjährliche Studienverlaufskontrollen, Fachberatungen durch Vertrauensdozentinnen und -dozenten sowie Förderung und Beratung bei Auslandsaufenthalten. Um den Einstieg der Geförderten in den Beruf zu erleichtern, werden Seminare zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen, berufsorientierende Seminare und eine Praktikumbörse angeboten. Unter dem Motto „Erfahrung vernetzen – Vernetzung erfahren“ wurde bundesweit darüber hinaus ein Mentorenprogramm ins Leben gerufen, an dem mittlerweile über 700

► *Be unterwegs, der Nachhauseweg führt durch eine Unterführung. Und gerade dort baut sich ein Jugendlicher vor einer Schülerin auf und will „Stress“. Diese und andere Konflikte spielen die Siebtklässler beim Gewaltpräventionstraining der Friedrich-Ebert-Stiftung an diesem Morgen durch.*

Märkische Allgemeine, 27.06.07

Für eine „gezielte Zuwanderung“ ausländischer Fachkräfte hat sich René Kohl, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Potsdam, ausgesprochen. „Um den drohenden Fachkräftemangel in der Wirtschaft auszugleichen, sei man auf „hochqualifizierte Zuwanderer“ angewiesen, sagte Kohl am Montagabend bei einer Diskussionsrunde des Managerkreises Berlin-Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung in Potsdam.

Mittelbayerische Zeitung, 28.06.07

Nimmt die Kriminalität bzw. die Gewaltkriminalität wie Mord, Raub, Einbrüche und Sexualdelikte zu? Oder übertreiben die Medien maßlos, denn die offiziellen Deliktzahlen gehen zurück? Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte am Dienstag eine prominente Runde zum 32. Regensburger Gespräch in die Uni geladen – 130 interessierte Zuhörer kamen.

Mentoren-Mentee-Paare teilnehmen. Zur Förderung des gesellschaftspolitischen Engagements gibt es ein umfangreiches studienbegleitendes Seminarangebot zur politischen Bildung.

Einen wesentlichen Beitrag zum Ausbau der Kommunikation und Vernetzung stellen die drei Intranet-Plattformen

www.fes-stip.de

www.fes-ehemalige.de und

www.fes-studienfoerderung.de

dar. Mittels dieser drei Plattformen können Stipendiaten und Stipendiatinnen, Ehemalige, Vertrauensdozenten und -dozentinnen sowie die Mitarbeiterschaft der Stiftung komfortabel miteinander in Kontakt treten.

Um die Erfahrungen und Kompetenzen der zahlreichen ehemaligen Stipendiaten und Stipendiatinnen für die Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung zu nutzen, werden auch die Kontakte zu den Ehemaligen gepflegt. Die Palette der Ehemaligen-

arbeit umfasst eine Reihe hochkarätig besetzter Treffen mit ehemaligen Stipendiaten im Rahmen der politischen Bildungsarbeit, das Mentorenprogramm sowie die Herausgabe des mehrbändigen Nachschlagewerks „Who's Who der Ehemaligen“ in gedruckter und on-

Veranstaltungen der Studienförderung 2007

Veranstaltungstyp	Anzahl	Teiln.
Auswahltagungen	8	120
Studienreise für AWA/VD	1	20
Studienbegleitendes Seminarprogramm gesamt	69	1.560
- davon gesellschaftspolitische Themen	22	485
- davon berufsorientierende Seminare	7	150
- davon Kompetenztrainingsangebote	6	135
- davon Journalistenförderung	7	140
- davon Informationsseminare für Stipendiaten	19	420
- davon stipendiatische Konferenzen	3	135
- davon Studienreisen	3	60
- davon Fachtagungen für Doktoranden	2	35
Ehemaligentreffen	14	1.200
Sitzungen des Beirats ehemaliger Stipendiaten	2	40
Summe	94	2.940

line-Version. Für die Planung, Gestaltung und Organisation der gesamten Nachkontaktarbeit steht uns ein Beirat der Ehemaligen zur Seite.

Publikationen

In der „Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung“ beim LIT-Verlag ist inzwischen der 33. Band erschienen. In der Reihe, die von den ehemaligen Stipendiaten herausgegeben wird, können mit „Magna cum laude“ oder „Summa cum laude“ bewertete Dissertationen von Promotionsstipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung publiziert werden. Nähere Infos unter: www.lit-verlag.de/reihe/fes.

www.fes.de/studienfoerderung

Studienförderung 2007

Stipendiaten	1.959
Neuaufnahmen 2007	725
Frauenanteil	48%
Migranten bzw. mit Migrationshintergrund	10%
Herkunftsregionen der ausländischen Stipendiaten	
Asien	52%
Europa	31%
Afrika	11%
Amerika	6%
Abschluss mit Prädikatsexamen	
Deutsche Stipendiaten	96%
Ausländische Stipendiaten	85%

Märkische Allgemeine, 29.06.07

„Rechtsextremismus ist kein Ostproblem“, fasste Dietmar Molthagen zusammen, „und er ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.“ In der Domaula stellte Molthagen am Mittwochabend die Studie „Vom Rand zur Mitte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung vor.

Lausitzer Rundschau, 29.06.07

Würde man die verschiedenen Bevölkerungsprognosen der vergangenen zehn Jahre miteinander vergleichen, die Wissenschaftler bekämen für ihre Arbeit keine guten Noten: Von Jahr zu Jahr mussten sie ihre Angaben für den Süden Brandenburgs und für den Freistaat Sachsen nach unten korrigieren. Der demografische Wandel vollzieht sich rasanter als bisher angenommen. Und da seine Auswirkungen Länder und Kommunen schon

heute schwer belasten, war es kein Wunder, dass die gestrige Demografietagung der Friedrich-Ebert-Stiftung von Politikern, Verwaltungsfachleuten und Wirtschaftsvertretern gut besucht wurde.

die tageszeitung, 02.07.07

„Hier tickt eine soziale Zeitbombe“, sagt Erwin Schweishelm, Leiter des Indonesien-Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, zur taz. Immer mehr Menschen fragten sich inzwischen, was die Demo- ▶

Solidaritätsfonds

1971 wurde der Solidaritätsfonds auf Anregung von deutschen und ausländischen Stipendiaten und Ehemaligen gegründet. Seitdem dient er als wichtiges Instrument, in Not und Verfolgung geratene ausländische Studierende rasch und unbürokratisch zu unterstützen.

Für das Jahr 2007 ist das Spendenaufkommen mit ca. 235.000 Euro gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Insgesamt konnten damit 33 ausländische Stipendiaten gefördert werden.

Der Jahresbericht für den Solidaritätsfonds, der u.a. auch Stipendiaten porträtiert, kann bei der Abteilung Studienförderung bestellt werden.

Spenden für den Fonds werden dankbar entgegen genommen unter dem Stichwort: „Solidaritätsfonds der Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung“, Konto 10 10 60 62 08 bei der SEB AG Bonn (BLZ 380 101 11).

Herbert-Wehner-Stipendium

Aus diesem Sonderfonds werden wissenschaftliche Arbeiten gefördert, die im Bezug zu Herbert Wehners wichtigsten Arbeits- und Interessenschwerpunkten stehen. 2007 sind eine Reihe von wissenschaftlichen Publikationen durch die Gewährung von Druckkostenzuschüssen unterstützt worden:

- Magisterarbeit „Holocaust und die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Eine qualitative Inhaltsanalyse der Zuschauerpost an den WDR“ von Raul Jordan;
- Dissertation „Menschenrechte, Sozialpolitik und Dekolonisation. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) 1940-1970“ von Daniel Maul;
- Dissertation „Zwischen Markt und Parteiräson. Die Unternehmensgeschichte des Vorwärts 1948-1989“ von Jens Scholten und
- Dissertation „Die Freiheit des Volksstaats. Eine Untersuchung über die Bedeutung von Grund- und Menschenrechten in der Weimarer Republik aus der Perspektive der Sozialdemokratie“ von Alexander Schwitanski.

Darüber hinaus sind zwei Reisetipendien gewährt worden: Für Frau Dr. Marlgorzata Swider zur Erstellung der Habilitationsschrift „Die SPD und die Solidarnosc (1980-82)“, zum anderen für Frau Dr. Alexandra Eileen Wenck zwecks Erarbeitung der Monographie „Die Deutsche Friedens-Union während des Kalten Krieges – die Geschichte einer bundesdeutschen Partei zwischen Friedensbewegung und SED (1960-89)“.

Spenden für das „Herbert-Wehner-Stipendium“ können auf das Sonderkonto der Friedrich-Ebert-Stiftung Nr. 1010606210 bei der SEB AG Bonn (BLZ 38010111) eingezahlt werden.

► kratie ihnen gebracht habe. Über die Hälfte der Jugendlichen wollen bei den nächsten Wahlen 2009 keine der etablierten Parteien wählen.

Märkische Allgemeine, 04.07.07

Wenn es so etwas wie Experten für den Aufbau Ost gibt, dann gehören diese drei ohne Zweifel dazu. Brandenburgs ehemaliger Ministerpräsident Manfred Stolpe, sein früherer baden-württembergischer Amtskollege Lothar Späth, der danach

langjähriger Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG war, sowie Edgar Most, ehemaliger Direktor der Deutschen Bank, der die Währungsunion maßgeblich begleitete. Dieses Triumvirat zog am Montagabend bei den Brandenburger Gesprächen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Potsdam eine Bilanz zur „Halbzeit Aufbau Ost“.

Die Zeit, 05.07.07

(...) muss die SPD all ihre intellektuellen Ressourcen und Thinktanks wie die Ebert-Stiftung einsetzen, um der „Linken“, aber auch allgemein dem Wähler eine zeitgemäß durchdachte, glaubwürdige Programmatik entgegenzusetzen. Der Sozialstaat zum Beispiel ist vermutlich die größte Errungenschaft der europäischen politischen Kultur des 20. Jahrhunderts. Aber er muss offensichtlich umgebaut werden.

HISTORISCHES FORSCHUNGSZENTRUM

Frei und links

Sozialdemokratische Programmatik
und Politik seit der
Mitte des 19. Jahrhunderts

Eine Ausstellung
der Friedrich-Ebert-Stiftung

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben der Friedrich-Ebert-Stiftung ihr ungedrucktes und gedrucktes Gedächtnis anvertraut, das in Archiv und Bibliothek gesichert, bewahrt und gepflegt wird. Diese Materialien werden nicht nur der Allgemeinheit verfügbar gemacht, sondern stellen in der Forschungsabteilung und im Karl-Marx-Haus durch Buch, Veranstaltungen und museale Vermittlung bzw. Ausstellungen sinnstiftend die Verbindung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft her. Zudem wird eine Fülle von Publikationsmöglichkeiten für Wissenschaft und Politik bereitgestellt. Seit der deutschen Vereinigung wurden im Jahrbuch „Archiv für Sozialgeschichte“ und in diversen Schriftenreihen 330 Bände mit 98.000 Druckseiten veröffentlicht. Dazu kommen noch zahlreiche ausschließlich digitale Publikationen.

Nur drei von 26 Veröffentlichungen des Jahres 2007 seien hier beispielhaft erwähnt:

- Das voluminöse „Archiv für Sozialgeschichte“ mit dem Rahmenthema „Krisen des Sozialstaats im 20. Jahrhundert“, das Deutschland im internationalen Vergleich präsentiert.
- Ein weiterer Band der 16-bändigen Reihe zur Geschichte von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, der den „Arbeitern im ‚Arbeiterstaat‘ DDR“ in der Ära Ulbricht gewidmet ist.
- Der erste Band der neuen Reihe „Geschichte der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung“, die auf 6-8 Bände angelegt ist.

General-Anzeiger Bonn, 05.07.07

Bundeskanzlerin ist sie nicht geworden, was der Tochter des früheren Hamburger Bürgermeisters Paul Nevermann ihr hanseatischer Landsmann Helmut Schmidt zugetraut hatte. Aber als Vorsitzende der national und international einflussreichen Friedrich-Ebert-Stiftung ist Anke Fuchs in der ersten Reihe geblieben.

Der märkische Bote, 07.07.07

52 Stadtverordnete anwesend, ordnungsgemäße Ladung festgestellt – der Beginn der Stadtverordnetenversammlung der Schüler am Mittwoch war für Stadtverordnetenvorsteher Michael Wonneberger wie sonst auch. Das ist auch das Ziel der Planspiels „Kommunalpolitik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung an dem 9. Klassen (...) teilnahmen.

Financial Times Deutschland, 09.07.07

In Deutschland wird genauso viel gearbeitet wie in den USA. Aber häusliche Tätigkeiten und heimische Kinderbetreuung verschlingen zu viel Zeit. Eine bessere Arbeitsteilung ist nötig(...) Um die Erwerbstätigkeit und die Arbeitszeiten von Frauen in Deutschland auszudehnen und um es ihnen zu ermöglichen, Beruf und Familie zu vereinbaren, ohne die Karriere zu gefährden, muss Familienpolitik aus ihrer Randständigkeit herausgeholt und

„Kampf dem Hakenkreuz“

Politische Graphik des Verlags J.H.W. Dietz Nachf. im antifaschistischen Abwehrkampf

EINE AUSSTELLUNG DER
BIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG



BIBLIOTHEK
FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Historische Ausstellungen:

- Die Ausstellung „Willy Brandt und Europa“ wurde als Beitrag zum Kulturprogramm anlässlich der deutschen EU-Präsidentschaft zunächst in Brüssel gezeigt.
- Erweitert um ein Modul „Willy Brandt und Skandinavien“ war sie anschließend in Stockholm zu sehen.
- Beim Hamburger Parteitag wurde inoffiziell und in Berlin offiziell unter dem Titel „Frei und links“ eine Wanderausstellung über die sozialdemokratische Programmentwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts eröffnet.
- Fotoausstellung über Johannes Rau an diversen Orten in Deutschland.

Das Archiv der sozialen Demokratie konnte 2007 das über 1,5 Millionen Aufnahmen umfassenden „Fotoarchiv Jupp Darchinger“ übernehmen, das eine herausragende Bedeutung für die Geschichte der „Bonner Republik“ und die der Nachkriegssozialdemokratie aufweist.

Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, eine der größten sozialwissenschaftlich-historisch orientierten Spezialbibliotheken und die größte Gewerkschaftsbibliothek der Welt, hat neben ihrem Buchangebot die Zahl ihrer digitalen Dienstleistungsangebote erneut erheblich vergrößert. Sie stellt nicht nur

► in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit gestellt werden. (Prof. Richard B. Freeman, Harvard University und London School of Economics, in seinem Beitrag zu der Aufsatzsammlung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Aufschwung für Deutschland“).

Neue Presse, 10.07.07

Sigmar Gabriel erklärt den gestandenen Managern im Restaurant Leineschloss den Klimawandel

so verblüffend einfach, dass dies auch ein weniger kluger Mensch hätte verstehen können. Aber es sind interessierte „Schüler“ vom Managerkreis der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, die sich da eingefunden haben.

Welt, 11.07.07

„Finis Poloniae, 1831“ betitelt der Historienmaler Dietrich Monten (1799–1843) sein Gemälde, das polnische Soldaten nach dem Scheitern des Auf-

standes auf ihrem Weg in die Emigration zeigt. Das Bild, eine Ikone der damaligen Polenbegeisterung, bildet den Ausgangspunkt einer Wanderausstellung, die bis zum 28. Juli in der Bonner Friedrich-Ebert-Stiftung zu sehen ist. Es spiegelt jene überschwängliche Sympathie für die Polen, die es gewagt hatten, gegen den Zaren und seinen Herrschaftsanspruch aufzumucken.

eine Vielzahl sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Zeitungen, Zeitschriften und Protokolle im Volltext im Internet zur Verfügung, sondern trägt mit der Virtuellen Bibliothek erheblich zur weltweiten Verbreitung der FES-Publikationen bei.

Mit dem „Portal Arbeiterbewegung“ sollen Textdokumente, Online-Zeitschriften, Datenbanken, Bildsammlungen, gedruckte und archivarische Kollektionen im freien Zugriff für politische Bildung und Forschung nutzbar gemacht werden. Für das „Global Union Research Network“ (GURN) baut die Bibliothek eine eigene Datenbank auf.

Archiv und Bibliothek haben erhebliche Zuwächse bei digitalen Nutzungen zu verzeichnen: Im Onlineangebot des Archivs wurden mehr als 2,5 Mio. Dokumente abgerufen, in der Bibliothek sogar rund 28 Millionen.

Auch das Karl-Marx-Haus in Trier erfreut sich mit seiner neuen, politisch akzentuierten Ausstellung weiterhin großen Zuspruchs. Diese Dauerausstellung und ein breites, zielgruppenorientiertes Veranstaltungsprogramm sowie Sonderausstellungen erreichten etwa 40.000 Besucher. Wachsenden Zuspruch erfahren auch die Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer.

www.fes.de/history



Für mehr Gemeinsamkeit in Europa plädierte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck anlässlich der Eröffnung der Willy Brandt-Ausstellung in Brüssel

Stuttgarter Nachrichten, 11.07.07

„Schleichwerbung war verboten, ist verboten und bleibt verboten.“ Ob das freilich mit der neuen EU-Fernsehrichtlinie so einfach einzuhalten ist, ist fraglich. Denn Product Placement wird von der EU nunmehr offiziell erlaubt und dürfte dafür sorgen, „dass sich Werbung und redaktionelle Inhalte leicht vermischen können“, warnte Hermann Eicher, Justiziar des Südwestrundfunks (SWR), bei einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stif-

tung in Baden-Baden.

Westdeutsche Allgemeine WAZ, 18.07.07

„Wir könnten mehr Studierende fördern“, sagt Katrin Dapp von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. „Wir machen massiv Werbung – an den Unis, in Schulen – dennoch gibt es gute Leute, die melden sich nicht. Viele glauben, sie müssten ein Einser-Abitur haben oder in der Partei sein. Das stimmt nicht.“

Saarbrücker Zeitung, 21.07.07

Dass es beim Einstieg in das Berufsleben für viele Jugendliche hakt, belegt auch die im Februar vorgestellte Studie „Berufsbildung im Umbruch“ im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung: Demnach erhalten nur 40 Prozent der Hauptschüler direkt nach dem Schulabschluss eine Lehrstelle.

DIE AUSLANDSBÜROS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG





INTERNATIONALE ENTWICKLUNGSSZUSAMMENARBEIT (IEZ)

Mit ihren 64 Büros widmete sie sich die Abteilung IEZ der FES im Jahr 2007 in 72 Ländern Afrikas, Lateinamerikas, Asiens, dem Nahen und Mittleren Osten und an den UN-Standorten in New York und Genf einer Vielzahl von regional- und landes-spezifischen Projektansätzen.

Die Beratung und der Erfahrungsaustausch zu kontinentübergreifenden Fragen waren ebenso Gegenstand der Arbeit dieser Abteilung, wie die globale Gewerkschaftskooperation und die Analyse und Diskussion der veränderten geopolitischen Rolle wichtiger Länder in der Globalisierung. Die deutsche EU-Rats-präsidentenschaft und der G8-Vorsitz wurden neben einer Reihe aktueller Veranstaltungen mit dem Projekt „Kompass 2020“ zur Zukunft der deutschen Außenbeziehungen begleitet.



Gespräche und Anregungen: Kurt Beck traf auf Einladung der FES in Kabul mit afghanischen Parlamentariern und Medienvertretern zusammen

Die Außenwelt rückt näher, internationale Politik wird komplizierter, und es fällt zunehmend schwer, außenpolitisches Handeln zu begründen. Vor diesem Hintergrund ist eine breite Debatte über die Ziele, Partner und die Legitimation deutscher Außenpolitik notwendig – eine Debatte, die eine Orientierung für aktuelle außenpolitische Entscheidungen gibt und die zu einer tragfähigen gesellschaftlichen Grundlage für Deutschlands Politik in den internationalen Beziehungen beiträgt. Das Projekt „Kompass 2020“ leistete im Laufe des Jahres 2007 einen Beitrag zu dieser Debatte. Verfasst wurden die 28 Einzelartikel zum Großteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Friedrich-Ebert-Stiftung und bieten eine Analyse und Darstellung deutscher Politik, plausible und anschauliche Szenarien des Politikfeldes oder der Region im Jahr 2020 und Ansatzpunkte für die deutsche Außenpolitik.

Globalisierung

Zum zentralen Bezugspunkt für die Arbeit des Globalisierungsprojektes sind 2007 die mit dem Aufstieg „neuer Mächte“ in Asien, Lateinamerika und Afrika einhergehenden Umbrüche in den internationalen Beziehungen geworden. Das Führungsmonopol der großen westlichen Industrieländer bei der Bewältigung globaler Probleme ist in Frage gestellt. Eckpfeiler des westlich geprägten Ordnungssystems wie die Bretton Woods-Institutionen stecken in einer Legitimitäts- und Vertrauenskrise; in den Vereinten Nationen oder der WTO sind kooperative Problemlösungen durch Misstrauen und Zersplitterung blockiert. Im Rahmen der Arbeitslinie „New Powers for Global Change?“ wurden 2007 zahlreiche internationale Dialogveranstaltungen zu den außenpolitischen Motiven und Strategien der „neuen Mächte“ und ihren Prinzipien und Konzepten für die Gestaltung der globalen Ordnung durchgeführt. Eine mit dem amerikanischen Beratungsinstitut „Woodrow Wilson

► Rhein-Neckar-Zeitung, 21.07.07

„Politische Karrieren lassen sich nicht planen“. In der Reihe „Politikerinnen stellen sich vor“ diskutieren SPD-Frauen in der Volkshochschule Schwetzingen. (...) Die Reihe wird organisiert durch das Fritz-Erler-Forum, dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Der Tagesspiegel, 23.07.07

Es konnte ja niemand ahnen, dass Deutschland im Sommer 2007 ein Land im Sonnenschein ist und sich täglich mit Ehrentiteln wie „Exportweltmeister“, „Wachstumslokomotive“ oder „Wirtschaftswunderland“ schmücken darf. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte vor zwei Jahren „international renommierte Ökonomen“ um Rat und Hilfe für die Analyse des deutschen Wirtschaftsproblems gebeten. Als die Ökonomen in diesem Sommer fertig

waren, hatte sich das Thema leider ein bisschen erledigt. (...) Verdient hat dieses Pech der Sammelband „Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik“ trotz seines prahlischen Untertitels nämlich nicht.

c't, 23.07.07

Die staatlichen und kommerziellen Interessen am Data Mining und an der Gewinnung von Profilen



Bei einer Veranstaltung des New Yorker FES-Büros sprach der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz zu Fragen der Globalisierung und der Klimapolitik

Auf Anregung von Prof. Joseph Stiglitz wurden im Februar mit hochrangigen internationalen Experten Anregungen für die Beratungen der G 8 erarbeitet, die sowohl in New York in einer Veranstaltung mit Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul und Prof. Joseph Stiglitz als auch im Juni parallel zum G8-Gipfel in Heiligendamm in einer internationalen Fachkonferenz in Berlin präsentiert und diskutiert wurden.

Beim Amtsübergang zum neuen UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon wurde eine Debatte zu möglichen Prioritätensetzungen in seiner Agenda angeregt. Zur Klimapolitik gab es anlässlich der jährlichen Sitzung der Kommission für nachhaltige Entwicklung in New York eine Veranstaltung mit Umweltminister Sigmar Gabriel. Die unterschiedlichen Perspektiven auf Energiesicherheit unter den führenden Industrieländern und wichtigen Schwellenländern sowie Ansatzpunkte für eine energiepolitische Kooperation standen im September im Zentrum einer internationalen Tagung in Berlin.

Die FES beteiligte sich als Kooperationspartner an einer vom Auswärtigen Amt organisierten friedens- und sicherheitspolitischen Konferenz zum Umgang mit gesellschaftlichen Aussöhnungsprozessen nach Gewaltkonflikten mit neun internationalen Experten, einem Workshop und zwei Studien.

In der Publikationsreihe „Dialogue on Globalization“ erschienen im vergangenen Jahr 12 Studien und 20 Hintergrundpapiere zu ausgewählten Themen der Globalisierungsdebatte.

School“ ausgerichtete Veranstaltung im März an der Princeton-Universität thematisierte die Frage, ob die Strukturen des internationalen Ordnungssystems den neuen globalen Herausforderungen gewachsen sind. In Berlin wurde im Mai 2007 im Rahmen des zum sechsten Mal mit der Stiftung Wissenschaft und Politik ausgerichteten „North-South Dialogue on Global Governance Challenges“ mit 30 internationalen Fachleuten sowie außenpolitischen Experten und Akteuren aus Deutschland debattiert, welche außenpolitischen Strategien und Global Governance-Konzepte die „aufstrebenden Mächte“ verfolgen und wie sich die internationale Ordnung dadurch verändert. Ergänzt wurde die Arbeit durch eine sechsteilige Publikationsreihe, in der besonders Positionen aus den neuen aufstrebenden Ländern zur Debatte gestellt werden.

sind jedenfalls überwältigend. Zu diesen Schlussfolgerungen kommt der Rechtswissenschaftler Alexander Rosnagel vom Institut für Wirtschaftsrecht der Universität Kassel in einem für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung erstellten Gutachten zum „Datenschutz in einem informatisierten Alltag“, in dem er die Kehrseite dieser Entwicklung auf den Punkt bringt: „Wenn allgegenwärtige Datenverarbeitung so funktioniert, wie sie soll, funktioniert sie immer auch als Überwachungstechnologie.“

Die Zeit, 26.07.07

„Die viel beschworene aufgeblähte und selbstzufriedene staatliche Bürokratie ist ein Zerrbild“, sagt Werner Jann, Verwaltungswissenschaftler an der Universität Potsdam. Er hat untersucht, wie sich Deutschland im internationalen Vergleich schlägt. Sein Fazit: Erstaunlich gut. In einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung überprüft er gängige Vorurteile.

Süddeutsche Zeitung, 17.08.07

Diese Industrie des Verbrechens wird von Experten organisierte Kriminalität (OK) genannt. Welchen Schaden diese Kriminalität anrichtet, ist aber ebenso unklar wie das genaue Ausmaß der internationalen Verflechtung. „Wie unterirdisches Pilzgeflecht durchzieht es unsere Gesellschaft. Verbindungslinien werden nur sporadisch sichtbar“, heißt es in einer im April dieses Jahres erschienenen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über

Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gehört zu den unverzichtbaren aktuellen und künftigen Kernaufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung. Auch im Jahr 2007 sollte die intensive Kooperation mit deutschen und den internationalen Gewerkschaften weltweit dazu beitragen, die Bedeutung starker und unabhängiger Arbeitnehmervertretungen für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritt hervorzuheben. Alle Arbeitsbereiche der Stiftung tragen dazu bei.

Die Abteilungen der Politischen Bildung vermitteln mit Kompetenztrainings, Informations- und Lernprojekten Wissen und Fertigkeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen und Führungsaufgaben in den Gewerkschaften erfolgreich wahrnehmen zu können. Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik ergänzt diese Bemühungen durch Studien und Dialogforen für Gewerkschafter und Betriebsräte zu wichtigen wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Fragen. Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konferenzen der Abteilung Zentrale Aufgaben und der Managerkreis der FES vermitteln Spitzenvertretern der deutschen Gewerkschaftsbewegung Dialogforen mit Politik, Unternehmen, Managern und Arbeitnehmerorganisationen.

Insgesamt fanden in der Bundesrepublik im Jahr 2007 fast 100 Veranstaltungen zum Themenfeld „Gewerkschaften“ statt. Dazu gehören u.a. Debatten über die Modernisierung der Arbeitswelt und die Diskussion um Arbeitsmarkt- und Sozialreformen, aber auch provozierende Grundsatzfragen wie „Wozu noch Gewerkschaften?“ oder „Wem gehören die Ge-

werkschaften?“. Besonders intensiv wurde das Verhältnis zwischen „SPD und Gewerkschaften – Uneins aber einig“ bei zahlreichen Diskussionsveranstaltungen anlässlich der gleichnamigen Wanderausstellung zum hundertjährigen Jubiläum des Mannheimer Abkommens diskutiert.

Regionale Gesprächskreise wie die GK „Zukunft und Gerechtigkeit“ und „Gewerkschaft und Politik“ in Baden-Württemberg, das neue „Dresdener Sozialforum“, aber auch der Arbeitskreis Dienstleistungen, sowie die Gesprächskreise Arbeit und Qualifizierung und Sozialpolitik begleiten und diskutieren die Gewerkschaften in ihrem Modernisierungsprozess.

Schon seit 1995 besteht der Arbeitskreis „Arbeit-Betrieb-Politik“. Ausgehend von konkreten Erfahrungen in Unternehmen und Betrieb bietet er insbesondere Betriebsratsmitgliedern ein Forum für Information und Meinungsaustausch.

Die Erforschung der Gewerkschaftsgeschichte, Vortragsveranstaltungen, Ausstellungen und die Förderung von Publikationen stehen im Mittelpunkt der Arbeit des Historischen Forschungszentrums. Das Sammeln von Publikationen der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung gehört zum Arbeitsgebiet der Bibliothek, das mit der Übernahme von Gewerkschaftsbibliotheken zahlreicher Einzelgewerkschaften und des DGB eine deutliche Ausweitung erfahren hat. Darüber hinaus baut die Bibliothek das Internet-Angebot von digitalisierten Gewerkschaftspublikationen kontinuierlich aus

Zu den zentralen Aufgaben des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) gehört die Sicherung und Erschließung der Aktenbestände der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung. Das AdsD betreut inzwischen die Archivalien des DGB und der DAG, fast aller deutschen Einzelgewerkschaften

► „Verhütung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität“.

Schwäbische Zeitung, 21.08.07

Die Milliardengewinne aus den kolumbianischen Kokaingeschäften gelten auch als Treibstoff für den seit mehr als vier Jahrzehnten andauernden Bürgerkrieg in dem südamerikanischen Land. Hans Blumenthal von der Friedrich-Ebert-Stiftung in der kolumbianischen Hauptstadt Bogota rechnet vor,

dass in dem Konflikt zwischen den revolutionären Streitkräften (Farc) und dem Nationalen Befreiungsheer (ELN) bisher 3,9 Millionen Menschen vertrieben wurden, 50.000 Zivilpersonen wurden ermordet, 7.100 Menschen verschwanden spurlos; etwa 30.000 Personen wurden entführt.

Neues Deutschland, 28.08.07

Um die 95 Millionen Frauen, fast die Hälfte aller Migranten und doppelt so viele wie noch vor 25

Jahren, suchen fern ihrer Heimat nach wirtschaftlicher Existenz für sich und ihre Familien. Grund genug für die Friedrich-Ebert-Stiftung, gemeinsam mit Expertinnen aus Forschung, Politik, Beratungsstellen und mit Betroffenen die „Feminisierung der Migration“ in einer Veranstaltung zu ergründen.

Ostseezeitung, 11.09.07

Frauen gewinnen in rechten Strukturen immer mehr an Bedeutung. Zwar seien sie in Führungs-

(Ausnahme: IG BCE und Transnet) und fast aller internationalen Gewerkschaftsorganisationen und europäischen Gewerkschaftsverbände. Zudem verwahrt das AdsD Deposita und Nachlässe von führenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Hinzu kommen Spezialfotobestände sowie Flugblatt- und Plakatsammlungen. Damit zählen Bibliothek und AdsD weltweit zu den größten Institutionen der kontinuierlichen Sicherung von Publikationen und Archivalien der Gewerkschaften.

Ein Schwerpunkt in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit war auch in 2007 die Förderung des sozialen Dialogs und partnerschaftlicher Arbeitsbeziehungen. So wurden im abgelaufenen Jahr zusammen mit dem IGB und den internationalen Branchengewerkschaften rd. 100 regionale und internationale Maßnahmen durchgeführt.

Die Rahmenbedingungen für internationale Gewerkschaftspolitik haben sich 2007 deutlich verbessert. Seit die wirtschaftliche Globalisierung aufgrund ihrer negativen sozialen Auswirkungen immer stärker unter Legitimationsdruck gerät, wird es für internationale Gewerkschaften immer leichter, ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung der Politik multilateraler Organisationen einzufordern. Gleichzeitig bemüht sich die internationale Gewerkschaftsbewegung um organisatorische Geschlossenheit, betreibt nach dem Vereinigungskongress des IBFG mit der christlichen Gewerkschaftsinternationale nun auch die Einigungskongresse auf regionaler Ebene in Asien, Afrika und Amerika.



Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sprach während der Mittelosteuropa-Konferenz in Budapest zur Europäisierung der Gewerkschaften

Die internationale Lobbyarbeit der Gewerkschaften wurde sowohl im asiatisch-europäischen Politikdialog als auch im Dialog EU-Afrika von der FES gefördert. Um in die zweite Europäisch-Asiatische Arbeitsministerkonferenz auch gewerkschaftliche Positionen einzubringen, organisierte sie mit dem IGB in Jakarta eine kontinentübergreifende Gewerkschaftskonferenz. Eine ähnliche Kooperation mit dem IGB fand auch im Umfeld des EU-Afrika-Gipfels in Lissabon statt.

positionen mit bis zu 20 Prozent noch eine Minderheit. Doch als Akteure der zweiten Reihe übernehmen sie oft wichtige Aufgaben, die unauffällig erledigt werden müssen. Sie richten Konten ein, mieten Räume, gründen scheinbar unverdächtige Vereine. Bei einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rostock diskutierte Michaela Köttig gestern mit anderen Fachleuten darüber, warum es Mädchen und Frauen an den braunen Rand zieht und welche Gefahren das birgt.

Berliner Zeitung, 22.09.07

Auch eine Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Berufsbildung im Umbruch“ kommt zu dem Ergebnis: „Männliche Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen gehören zu der Hauptverlierergruppe“. Die Verfasser sehen darin nicht nur ein Problem für den einzelnen Jugendlichen. Sie warnen auch vor den damit verbundenen gesellschaftlichen Auswirkungen. Es sei nicht auszuschließen, so die Autoren, dass „sich

die Frustration über die fehlenden Erwerbsperspektiven in sozialer Unruhe Gehör verschafft“.

Osnabrücker Sonntagszeitung, 23.09.07

„Wer seine Vergangenheit nicht kennt, verspielt seine Zukunft.“ An dieses berühmte Humboldt-sche Zitat wurden die erinnert, die am vergangenen Dienstag in der VHS Osnabrück den Vortrag von Prof. Dr. Friedhelm Boll aus dem historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung in

In der Zusammenarbeit mit den internationalen Branchengewerkschaften gewinnt der Aufbau von Vertretungsstrukturen in multinationalen Unternehmen immer mehr an Gewicht. In Kooperation mit der internationalen Dienstleistungsgewerkschaft UNI und den internationalen Transportarbeitern wurde 2007 der Aufbau eines übergreifenden Netzwerks von Gewerkschaften und Betriebsräten bei DHL begonnen. Zwei Veranstaltungen in Leipzig und Willmington (USA) brachten die Arbeitnehmervertretungen in den drei großen Luftfrachtzentren der DHL in Leipzig, Willmington und Hongkong zusammen.

Um die Themen „Arbeitsbeziehungen und Sozialer Dialog“ geht es bei der Gewerkschaftskooperation in Ostmittel- und Südosteuropa. Die Erweiterung der EU hat die wirtschaftliche Verflechtung weiter vorangebracht. Während jedoch in Westeuropa die Arbeitnehmerinteressen von freien Gewerkschaften artikuliert werden, stehen die Gewerkschaften in den Beitrittsstaaten vor einer dreifachen Herausforderung: Sich zu demokratisch legitimierten Interessenvertretungen ohne staatlichen Einfluss zu wandeln, die sozialstaatliche Entwicklung in ihren Ländern im Sinne des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells voranzutreiben und sich mit Partnern aus der Region sowie internationalen Arbeitnehmerorganisationen effektiv zu vernetzen.

Im Zentrum der beiden entsprechenden Regionalprojekte mit Sitz in Warschau und Belgrad steht eine gezielte Förderung regionaler Vernetzungsstrukturen. Das „Regionale Netzwerk Mittel- und Osteuropa des Europäischen General Motors-Arbeitnehmerforums“, an dessen Gründung die FES maßgeblichen Anteil hatte, geht in seiner Substanz weit über die Richtlinien der Europäische Kommission für die Bildung Europäischer Betriebsräte hinaus. Das Netzwerk umfasst auch



Arbeit dürfe weder arm machen, noch entwürdigen, betonte Frank Bsirske, ver.di-Bundesvorsitzender bei einer Veranstaltung der FES in Leipzig (Foto: Waldeck)

Mitglieder der Zulieferwerke und Fremdmontagestandorte aus ganz Europa. Die FES trägt so dazu bei, dass seit November 2004 Produktionsstätten nicht in konzerninterne Konkurrenz zueinander gestellt werden können.

Da der europarechtliche Kontext für Arbeitnehmervertreter ein immer wichtigerer Bezugsrahmen wird, unterstützt die FES unter anderem ein Netzwerk in Südosteuropa, das Kompetenzseminare für Juristen aus Gewerkschaften und Betriebsräten durchführt und auch Hilfestellung bei der Gestaltung der Arbeits- oder Sozialgesetzgebung bietet.

www.fes.de/gewerkschaften

► *Bonn hörten. Das Thema war „Sprechen als Last und Befreiung. Die Bedeutung von Zeitzeugen für die Aufarbeitung der DDR-Diktatur.“*

Sächsische Zeitung, 26.09.07

Deutschland hinkt in punkto Gleichberechtigung anderen europäischen Ländern hinterher. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Nirgendwo sonst werde es Familien so schwer gemacht, Arbeit und Beruf,

Hausarbeit und Kindererziehung gleichberechtigt zwischen Vater und Mutter aufzuteilen.

Freies Wort, 29.09.07

Bildungsherbst in Suhl. Direktoren, Lehrer, Kultusbürokraten versammeln sich in der Philharmonie. Thema: Die eigenverantwortliche Schule. Reiner Zufall, dass die Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in dieser Woche mit Annette Schavans „Bildungsherbst“ zusammenfällt. In der Tat pas-

siert Außergewöhnliches: Geographie-Lehrer, Englisch-Lehrer, Schuldirektoren erheben sich einer nach dem anderen in ihrer Bank. Sie erleichtern ihre Seele – ganz plötzlich, am späten Nachmittag gegen Ende der Veranstaltung.

Spiegel Online, 09.10.07

Die Friedrich-Ebert-Stiftung als Unterstützer eines Regimes, das auf unbewaffnete Demonstranten schießen lässt? Das Mönche verprügeln und er-



Die Initiatoren der Israelisch-Syrischen Friedensinitiative, Dr. Alon Liel und Prof. Ibrahim Soliman im Gespräch mit Bundesministerin Heidi Wiecek-Zeul

Mittlerer und Naher Osten – Nordafrika

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft und Barcelona-Prozess (Euromed)

Die FES führte während der deutschen Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte eine Reihe von internationalen Konferenzen durch, die das euromediterrane Verhältnis thematisierten, darunter die Euromed-Sozialpartnerkonferenz in Berlin im März, die Euromed-Konferenz: „Die Rolle der Medien bei der interkulturellen Verständigung“ in Berlin im Juni und kurz darauf die Euromed-Konferenz „Quo vadis Euromed? Der Barcelonaprozess zwischen Ernüchterung und neuen Potentialen“ in Berlin.

Kooperation mit der Arabischen Liga

Mit dem Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen der Arabischen Liga (AL) und der FES im November 2003 betrat der arabische Staatenverbund politisches Neuland. Denn es handelte sich um das erste Memorandum, das mit einer regional

tätigen internationalen Nichtregierungsorganisation eingegangen wurde. Das Arbeitsprogramm umfasste 2007 zwei Arbeitslinien: die Zukunft der (erweiterten) Nahost-Region und die euromediterrane Sicherheitsarchitektur. Über den arabischen Kontext hinaus hat die FES die Arabische Liga erfolgreich in einen Dialog mit seinen afrikanischen Nachbarländern eingebunden. Ende Oktober 2007 fand in Kairo das dritte ExpertInnenforum zur regionalen Sicherheit am Horn von Afrika statt.



Israels Botschafter Shimon Stein bewertete den Nahostkonflikt aus seiner Sicht anlässlich einer Podiumsveranstaltung mit Rainer Fornahl, MdB in Leipzig (Foto: Waldeck)

Israel

Israelisch-palästinensische Begegnungsprogramme sind trotz oder vielleicht gerade wegen des jahrzehntelangen Konflikts beider Gesellschaften schon längst keine Seltenheit mehr. Öffentliche Veranstaltungen mit palästinensischen und israelischen Entscheidungsträgern sind jedoch eher die Ausnahme. Das Forum Middle-East in Transition, das bereits im dritten Jahr vom Peres-Center for Peace in Kooperation mit der FES-

morden lässt? Das ist absurd. Denn die FES hat wesentlich zur Stärkung der Regimekritiker beigetragen (...). Was ist geschehen? Wie gelang es den Generälen, die Friedrich-Ebert-Stiftung für ihre Propagandazwecke zu missbrauchen? Der Vorfall zeigt, wie schwierig die Arbeit ausländischer Nichtregierungsorganisationen in Diktaturen ist, und wie einfach die Propagandafalle zuschnappen kann.

FAZ, 09.10.07

Wenn die deutschen politischen Stiftungen einen lebenden Beweis für die Nachhaltigkeit ihrer Arbeit in Lateinamerika benötigen, dann liefert ihn Alberto Acosta. Er ist bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in Ecuador überall im Land mit den meisten Stimmen zum Delegierten gewählt worden. (...) Acosta war 17 Jahre lang Berater der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung. Wer in Ecuador über die reichlich turbu-

lenten politischen Vorgänge fundiert informiert werden wollte, landete fast zwangsläufig im Büro der Stiftung in Quito und traf dort auf Acosta oder hielt über kurz oder lang eine der zahlreichen von ihm publizierten Analysen.

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 20.10.07

Schon 2004 ermittelte das Institut der deutschen Wirtschaft Köln eine durchweg positive Einstellung gegenüber den neuen Abschlüssen. Inzwi-



Für programmatische Erneuerung und Generationswechsel in der Fatah plädierte der stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende Walter Kolbow in einem Gespräch mit dem Generaldelegierten für Außenbeziehungen der Fatah, Abdallah Frangi, in einem vom FES-Büro Ostjerusalem organisierten Gespräch

Israel veranstaltet wird, bietet eine solche Plattform für einen offenen israelisch-palästinensischen Dialog vor einem breiten Publikum.

Palästinensische Autonomiegebiete

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, die momentan als nahezu einzige europäische Organisation eine inhaltliche Kooperation mit der Fatah betreibt, gibt positive Impulse durch Projekte in den Bereichen Parteiorganisation, Institutionenbildung, personelle Erneuerung und inhaltlicher Diskurs dem Transformationsprozess der Fatah von einer Befreiungsbewegung zu einer politischen Partei.

Irak

Die FES hat die Entwicklung einer demokratischen Verfassung im Irak von Anfang an begleitet. Ziel war es, die Stimme der irakischen Zivilgesellschaft in die Debatte um die Verfassung einfließen zu lassen. In Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen organisierte die FES insgesamt 36 Workshops in allen Regionen des Irak, in denen Vertreter der Zivilgesellschaft Reformvorschläge für die Revision der irakischen Verfassung erarbeiteten. Im Anschluss diskutierten Vertreter der Zivilgesellschaft ihre Forderungen in exklusiven Hintergrundgesprächen mit Abgeordneten des irakischen Parlaments.

Jemen

Ein Ziel des FES-Büros in Sana'a ist es, mittelfristig Arbeitslinien in den arabischen Golfstaaten aufzubauen. Erstes konkretes Ergebnis der bisherigen Arbeit ist ein Abkommen über Zusammenarbeit, das im September 2007 mit dem Emirates Center for Strategic Studies and Research in Abu Dhabi unterzeichnet wurde.

Sudan

Unter den internationalen Organisationen ist die FES ein zentraler Akteur in der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Gruppen und in der Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen und politischen Parteien. Als einzige mit einem landesweiten Programm im Sudan vertretene politische Stiftung ist die FES ein zentraler Ansprechpartner für deutsche Fachministerien, Politiker und EZ-Organisationen.

► *schen werde der Bachelor überwiegend als vollwertiger akademischer Titel angesehen, heißt es. (...) Daher hätten Bewerber in vielen Branchen die Chance auf einen Job, ohne den Master machen zu müssen. Die im vergangenen Jahr veröffentlichte Studie „Hochschulreform und Arbeitsmarkt“ der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt zu einem nicht ganz so euphorischen Ergebnis.*

Mittelbayerische Zeitung, 23.10.07

Hinter dem Mann, der während der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten tausende jüdische Männer, Frauen und Kinder rettete, stand eine ebenso mutige Frau. (...) Am gestrigen Montag war der 100. Geburtstag von Emilie Schindler, die mit ihrem Mann fünf Jahre am Regensburger Watmarkt wohnte. Mit einem Vortrag und einem Blumengebinde wurde sie von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Jüdischen Gemeinde geehrt.

Börsen-Zeitung, 24.10.07

Die zentrale Rolle der Beteiligungsgesellschaften als Eigenkapitalgeber in unserer notorisch unterfinanzierten Unternehmenslandschaft wird dabei vollkommen verkannt. Allein Private-Equity-Fonds legen nach einer Studie des Managerkreises der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung jährlich 30 Mrd. Euro in Deutschland an. Der Bestand solcher Investitionen sichert bereits 800.000 Arbeitsplätze und finanziert 7% des Bruttoinlandsprodukts.

Mauretanien

Im Zusammenhang mit dem Prozess der demokratischen Konsolidierung in Mauretanien hat die FES 2006/2007 ihr Engagement in und mit Mauretanien intensiviert. Zunächst waren erste Arbeitskontakte zu zivilgesellschaftlichen Gruppen, politischen Parteien und der unabhängigen Wahlkommission CENI etabliert worden. Bei ihrer Informationskampagne zum Verfassungsreferendum und den Wahlen wurde die CENI unterstützt. Im Oktober 2007 folgte dann der erste Besuch eines hochrangigen mauretanischen Multiplikators auf Einladung der FES in Deutschland: Ahmed Ould Daddah, der unterlegene Präsidentschaftskandidat, Oppositionsführer und Vorsitzender der Partei Rassemblement des Forces Démocratiques, die beobachtendes Mitglied der SI ist.



Günter Gloser, Staatsminister im Auswärtigen Amt, begrüßte den mauretanischen Oppositionsführer und Präsidentschaftskandidaten Ahmed Ould Daddah bei einer gemeinsamen Veranstaltung von FES und Deutsch-Maghrebinischer Gesellschaft in Berlin (Foto: Liebe)

Asien

Die asiatischen Großmächte China und Indien werden international mehr und mehr in die Pflicht genommen. Als globale Akteure und regionale Führungsmächte sehen sie sich der Verantwortung gegenüber, in ihrer Nachbarschaft auf Frieden und Sicherheit hinzuarbeiten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt ihre Partner in China und Indien bei dieser Aufgabe. Gleichzeitig ist das FES-Engagement in Asien darauf aufgerichtet, in 16 Projektländern soziale und politische Konflikte anzusprechen und durch einen gleichberechtigten Dialog innerhalb der Region, aber auch mit Deutschland und Europa umsetzbare Lösungen zu finden.

Der fünfte Shanghai Workshop on Global Governance fand 2007 zum Thema „Current Situation and Future Prospects of Asia-Europe Security Cooperation“ statt. Er wurde von der FES und ihrem Hauptpartner, dem Shanghai Institute for International Studies (SIIS) veranstaltet. Die Workshopserie wurde als eine jährliche Plattform für einen offenen, nicht-offiziellen politischen Dialog etabliert und trägt zur Intensivierung des innerasiatischen sowie euroasiatischen Austauschs und zur Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik bei.

Seit dem Jahr 2000 organisiert die FES mit der Stiftung Wissenschaft und Politik, dem französischen Centre D' Études et de Recherche Internationales und der indischen Jawaharlal Nehru Universität den „India-Europe Dialogue“, ein mittlerweile etabliertes Forum, um mit indischen Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern über strategische Fragen der internationalen Beziehungen sowie über die Zusammenarbeit zwischen Indien und Deutschland/Europa zu diskutieren. Im Zentrum der Debatte standen Indiens und Europas Politik gegenüber Afghanistan und dem Iran, der europäisch-indische Handel sowie Energiesicherheit und globale Umweltpolitik.

Hamburger Abendblatt, 26.10.07

„Die Welt findet sich in einem tief greifenden Wandel und wird in zehn Jahren komplett anders aussehen als heute.“ Der deutsche Außenminister sprach am Vortag des SPD-Parteitags im Hamburger Congress Center vor rund 600 internationalen Experten auf dem außenpolitischen Kongress „Kompass 2020“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Der Tagesspiegel, 31.10.07

Auch in zahlreichen anderen Ländern Lateinamerikas sind in den vergangenen Jahren linke Präsidenten gewählt worden, die von Fernsehsendern und Zeitungen abgelehnt und sogar regelrecht bekämpft wurden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung kommt in einer Studie zu dem Schluss, dass es diesen Kandidaten gelang, ihre Wähler direkt – an den großen Medien vorbei – zu organisieren.

Dresdner Neueste Nachrichten, 01.11.07

„Wir werden uns nicht fetzen“, enttäuschte die Vorsitzende des Nationalen Ethikrates Kristiane Weber-Hassemer gleich eingangs Erwartungen an eine verbale Schlacht um die Stammzellenforschung. Überraschend harmonisch ging es am Dienstagabend im Hygienemuseum bei der fünften „Gläsernen Werkstatt“ zu, die das Wissenschaftsministerium gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Entwicklung Afghanistans. Hier unterstützt die FES den Demokratisierungs- und Aussöhnungsprozess durch ein umfassendes Programm und begleitet die Entwicklungen durch öffentliche Veranstaltungen sowie beratende Maßnahmen in Deutschland, Europa und den USA. Bei den Bemühungen um eine Stabilisierung Afghanistans rückt das Nachbarland Pakistan in den Blickpunkt internationaler Aufmerksamkeit. Die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan wurde durch eine



Der ASEAN-Generalsekretär Dr. Surin Pitsuwan bei einem FES-Seminar über den Schutz der Arbeitnehmerrechte in der Region Südostasien

Initiative von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier im Juli 2007 auch von den Außenministern der G8 zu einem ihrer Schwerpunkte erklärt. Die FES beteiligt sich an der dazu ins Leben gerufenen G8-Initiative mit Austauschprogrammen für Politiker, Nachwuchskräfte und Beamte aus beiden Ländern. Auf Einladung der FES war 2007 eine afghanisch-pakistanische Delegation aus Abgeordneten, Journalisten und hohen Militärs zu Gast in Deutschland und Brüssel.

Afrika

Die seit einigen Jahren festzustellende höhere Wirtschaftsdynamik in den subsaharischen Ländern hält weiter an. Die energie- und rohstoffreichen Länder profitieren dabei in besonderem Maße von den hohen Preissteigerungen auf den internationalen Märkten. Allerdings hat sich parallel dazu die Tendenz zu politischen Reformen und Veränderungen abgeschwächt. Autoritäre Denk- und Verhaltensstrukturen treten wieder mehr in den Vordergrund und ehrgeizige Reformvorhaben wurden in vielen Ländern nicht weiter vorangetrieben. Um die Demokratisierungsprozesse in Afrika stärker unterstützen zu können, wurde die Arbeit des FES-Büros in Äthiopien stärker kontinental ausgerichtet und als Verbindungsbüro zur Afrikanischen Union ausgebaut.

Das FES-Büro in Simbabwe muss seit September 2007 als Ortskraftbüro geführt werden, die Projektsteuerung wird von dem FES-Vertreter Sambia wahrgenommen. Die simbabwische Regierung hatte den FES-Vertreter des Landes verwiesen und dem designierten Nachfolger keine Arbeitserlaubnis erteilt.

In verschiedenen Ländern und Regionen konnten 2007 durch die Unterstützung der FES in den Demokratisierungsprozessen wichtige Ergebnisse erzielt werden: Das von der Stiftung erarbeitete SADC-Protokoll zur Herstellung von Gendergerechtigkeit wurde dem SADC-Gipfel zur Verabschiedung vorgelegt. Im Senegal wurde ein Gesetzentwurf zur Herstellung von Gendergerechtigkeit verabschiedet, an dessen Erarbeitung die FES maßgeblich beteiligt war. In Zusammenarbeit mit dem Election Commissions Forum der SADC wurden Richtlinien für die Unabhängigkeit nationaler Wahlkommissionen entwickelt. In der Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Rechnungsprüfungsausschüsse des südlichen Afrika wurden gemeinsame Grundsätze zur Herstellung von Transparenz und Öffentlich-

▶ Westfalenpost, 09.11.07

Unter dem Titel „Die Erfindung der Zukunft“ hat die Friedrich-Ebert-Stiftung im Essener Kulturzentrum „Zeche Carl“ eine ziemlich ungewöhnliche Veranstaltung organisiert: Der Ex-Kommunarde Rainer Langhans und der Ex-WDR-Intendant Fritz Pleitgen durften dabei ihre Visionen einer kreativen Gesellschaft von morgen vorstellen.

Main Spitze, 12.11.07

So teuer war das Benzin noch nie. Die Höchstpreise an den Tankstellen unterstrichen denn am Samstag auch, wie aktuell das Tagungsthema der Friedrich-Ebert-Stiftung war, die zur Veranstaltung „Die Zukunftschancen der Automobilindustrie in Zeiten der Energiewende“ ins Columbia-Hotel nach Rüsselsheim eingeladen hatte. Nicht allein um technische Fragen ging es der SPD-Stiftung

dabei, sondern auch um Perspektiven der Menschen in der traditionellen Automobilindustrie Deutschlands.

Thüringische Landeszeitung, 13.11.07

Die Ebert-Stiftung bemüht sich schon seit langem, die Erinnerung an die erste deutsche Demokratie, die in Weimar ihren Ursprung hatte, wach zu halten. „Man darf die Weimarer Republik nicht

keit sowie zur größeren Unabhängigkeit formuliert. Parallel zum Gipfeltreffen der SADC wurde ein zivilgesellschaftliches Forum organisiert, in dessen Verlauf ein gemeinsames Communiqué an die Staatschefs zu Fragen der Armutsreduzierung, zum Monitoring von Regierungsarbeit und zur Situation in Simbabwe verabschiedet wurde. In einer Veranstaltung in Südafrika zu Fragen des Aufbaus sozialer Sicherungssysteme in Schwellenländern wurde gemeinsam mit Vertretern aus Brasilien und Indien deutlich gemacht, dass jeder Staat ein Basisprogramm zur sozialen Absicherung einführen müsse.

Lateinamerika

Die Arbeit der FES in Lateinamerika konzentrierte sich auf folgende Punkte: Das Projekt Regionale Integration mit Sitz in Uruguay begleitet weiterhin die institutionelle Ausgestaltung des MERCOSUR, wobei ab dem Frühjahr 2007 die Installierung des MERCOSUR-Parlaments im Mittelpunkt stand. Gleichzeitig konnte der bi-regionale Dialog mit Europa verstärkt werden: Im Januar gründete sich in der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament das Forum Lateinamerika mit dem Ziel, die zur Rhetorik verkrustete „strategische Partnerschaft“ durch eine gemeinsame linke Initiative mit Leben zu füllen. Die FES beriet in Fragen der Schwerpunktsetzung auf neue Dialogthemen von globaler Bedeutung (wie Energie- und Klimakooperation und der Regulierung der internationalen Finanzmärkte). Im März traf auf Einladung der FES eine hochrangige Delegation des MERCOSUR unter Leitung des Ratsvorsitzenden Chacho Álvarez mit Martin Schulz und dem Forum in Brüssel zusammen. Im November diskutierten Europäer und Lateinamerikaner das Potential einer energie- und klimapolitischen Kooperation anlässlich einer internationalen FES-Konferenz mit Martin Schulz, der Bundesministerin Wieczorek-Zeul sowie des EU-Kommissars für Energie, Andris Piebalgs.



Panamas Staatspräsident Martin Torrijos skizzierte die neue politische Rolle seines Landes vor der FES in Berlin (Foto: Schicke)

Sozialpolitik als Herausforderung an die neuen linken Regierungen stand 2007 im Mittelpunkt einer Arbeitslinie der regionalen Analyseeinheit Nueva Sociedad, die bereits seit 2005 in einer internationalen Expertengruppe Optionen zur neuen Rolle des Staates erarbeitet. Im Juni informierten sich Vertreter dieser neuen linken Parteien aus den fünf Andenländern über das Thema Sozialpolitik in Deutschland, und zum Fall Bolivien legte die Zeitschrift Nueva Sociedad eine deutschsprachige Sondernummer vor.

Das Projekt Regionale Sicherheit führte 2007 eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen Peru, Bolivien und Chile durch. Die Beziehungen zwischen Brasilien und Argentinien und Brasilien und Venezuela wurden einer kritischen Analyse unterzogen. Die Gründe für die zunehmenden Spannungen erläuterte der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten, José Miguel Insulza, anlässlich eines Vortrags bei der FES in Berlin.

www.fes.de/sets/s_fes_i.htm

nur von ihrem Ende her betrachten“, sagt Michael Schultheiss, der Landesgeschäftsführer der Stiftung.

Stern, 15.11.07

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung gefährden die Bildungsdefizite deutscher Schüler zunehmend die Volkswirtschaft. „Die sich abzeichnende Fachkräftelücke ist hausgemacht“, schreibt der Soziologieprofessor Martin Baethke.

General-Anzeiger Bonn, 17.11.07

Er gilt als der Fotograf der „Bonner Republik“ – Jupp Darchinger war bei allen wichtigen Parteitagen und Kabinettrunden dabei, hielt Stimmungen fest und gab der Politik ein Gesicht. Rund 1,5 Millionen Fotos hat der heute 83-Jährige im Laufe seines Lebens gemacht. Ein zeitgeschichtliches Dokument, das nun ins Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung aufgenommen wurde.

Nordwest-Zeitung, 17.11.07

„Das Stipendium ist ein Geschenk des Himmels. Als immerhin 30jähriger Fachhochschulabsolvent noch so eine Chance zu bekommen, das ist kaum zu fassen,“ sagt Daniel Lattorf, der dank der finanziellen und fachlichen Unterstützung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg seine Doktorarbeit schreiben kann.

INTERNATIONALER DIALOG

Die Abteilung Internationaler Dialog ist mit 42 Büros in Europa, Nordamerika und Japan sowie in Zentralasien vertreten.

Die parallel laufende EU- und G8-Präsidentschaft Deutschlands haben 2007 die enorm gewachsenen Erwartungen Europas und der Welt an Deutschland als Akteur der Außenpolitik deutlich gemacht. Parallel dazu steigen die Anforderungen an und Chancen für die Friedrich-Ebert-Stiftung, politische Prozesse durch Ideentransfer und Interessensabgleich mittels langfristig angelegter politischer Dialoge, beratender Gesprächskreise, Seminarserien sowie Hintergrundpapiere und Analysen mitzugestalten.

Von besonderer Bedeutung war angesichts vielfältiger politischer Herausforderungen hier das „Kompass-2020“-Gemeinschaftsprojekt der beiden internationalen Abteilungen der FES. Die ID- Analysen beschäftigen sich mit den Zukunftsperspektiven der Europäischen Union als Sicherheits- und Wohlfahrtsunion und mit dem Verhältnis der EU zu den Ländern des postkommunistischen Raumes mit besonderer Betonung auf die wichtigsten Felder der Nachbarschaftspolitik. Regionale Schwerpunkte der deutschen Außenpolitik, bei denen die Erwartungen an Deutschland besonders hoch sind, wurden mit Russland, Zentralasien und dem Balkan behandelt. Weitere hoch komplexe Querschnittsthemen wie Energiesicherheit, Auslandseinsätze und Sicherheitspolitik, Zukunft der transatlantischen Beziehungen, Fragen der demografischen Entwicklung und der internationalen Migration sowie den Risiken der Weltwirtschaft und Deutschlands Rolle dabei wurden ebenfalls von der Abteilung bearbeitet.



Norwegens Energieaußenpolitik im europäischen Kontext war das Thema einer Vortragsveranstaltung mit dem norwegischen Außenminister Jonas Gahr Store

Westliche Industrieländer

Das Referat „Westliche Industrieländer“ (verantwortlich für die EU-15, Nordamerika, Japan und das östliche Mittelmeer) hat vor dem Hintergrund der EU- und G8-Präsidentschaft zentrale Aufgaben und Fragen der deutschen Außenpolitik in ca. 250 Maßnahmen intensiv bearbeitet (davon 45 unmittelbar in Verbindung mit der Deutschen Ratspräsidentschaft). Hinzu kamen 40 politische Hintergrundpapiere, Studien und Analysen zu aktuellen Themen, die einem stetig wachsenden Kreis von Beziehern in Deutschland, Europa und den USA zugeleitet wurden.

Die Auslandsbüros und die Zentrale verbanden dabei aktuelle Termine der Präsidentschaften mit den langfristig angelegten Themenschwerpunkte der Abteilung Internationaler Dialog –

► Sächsische Zeitung, 17.11.07

„Mit diesem Jugendstadtrat lernen die Jugendlichen hautnah, was Kommunalpolitik bedeutet“, sagt Hiltrud Kiesow. Es war die Idee der Gemeinschaftskundelehrerin ihren Schülern einmal zu zeigen, welche Aufgaben ein Stadtrat hat und wie diese Sitzungen ablaufen.(...) Damit der Jugendstadtrat auch ernst genommen wird, kommt die professionelle Unterstützung von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Rhein-Sieg-Anzeiger, 23.11.07

Patrick lebt in beengten Verhältnissen. Als Hartz-IV-Empfänger kann er sich kaum etwas zu essen leisten, noch dazu hat er hohe Schulden.(...) Das Schicksal des gebürtigen Kaufbeureners ist eines von zwölf Fallbeispielen, das die Berliner Journalisten Nadja Klinger und Jens König in ihrem Buch „Einfach abgehängt – Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland“ schildern. (...) Für ihre Publikation wurden (sie) mit dem Preis „Das

politische Buch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgezeichnet.

Schwäbische Post, 26.11.07

„Politik ist eigentlich gar nicht so schlimm“, sagt die Schülerin Katharina Schicht nach der Sitzung. Und eine spontane Umfrage ergibt: Über die Hälfte der 25 Acht- und Neuntklässler kann sich vorstellen, später einmal im Gemeinderat zu sitzen und Kommunalpolitik zu machen. Das ist auch das



Reflektierte die Ratspräsidentschaft Deutschlands: Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament bei einem Forum der FES in Leipzig (Foto: Liebe)

Mittel- und Osteuropa

Im Zuständigkeitsbereich des Referats Mittel- und Osteuropa zeigten erhebliche innenpolitische Turbulenzen, dass der lange Weg vom demokratisch verfassten Staat zu einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft noch nicht überall abgeschlossen ist. Auch die Durststrecke der wirtschaftlichen und sozialen Reformen ist trotz wirtschaftlicher Erfolge nicht überwunden. Die in den letzten 15 Jahren entstandenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen bestehen häufig erst „formal“ auf der Oberfläche der Gesellschaften und sind aber



Benannte Chancen und Defizite Europas: Egon Bahr im Brüsseler Gesprächskreis der Friedrich-Ebert-Stiftung

die Weiterentwicklung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hinzu kamen als weitere zentrale Themen Energiesicherheit und Klimaschutz, der transatlantische Dialog, europäische Integration und Gewerkschaftsarbeit.

Die zentralen Arbeitsstränge werden dabei mit den Zielen bearbeitet, erstens im grenzüberschreitenden Diskurs Elemente einer zukunftsfähigen Außen- und Friedenspolitik herauszuarbeiten und weiterzuentwickeln, zweitens gewerkschaftliche Standpunkte kontinuierlich in die politischen Debatten insbesondere über das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell einzubringen und drittens den Prozess der europäischen Einigung als Antwort auf die Notwendigkeit einer politischen und sozialen Gestaltung der Globalisierung zu fördern.

noch nicht ausreichend mit der gesellschaftlichen Meinungsbildung verknüpft. Klientelismus, Korruption und die Vermischung von Politik und wirtschaftlichen Partikularinteressen sind stetig vorhandene Störfaktoren.

Ziel der Friedrich-Ebert-Stiftung, die das Planspiel entwickelt hat. Jugendliche sollen sich für Politik interessieren und zum Mitdenken und Mitmachen angeregt werden.

Thüringer Allgemeine, 27.11.07

Die meisten Rentner in Thüringen sind mit ihrer Situation zufrieden. (...) Laut der „Altersstudie Thüringen“ der Universität Jena im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung sind es bei den über

80-Jährigen sogar 75 Prozent. Nicht einmal die Hälfte der befragten über 60-Jährigen mache sich Sorgen darüber, wie sich künftig die Renten entwickeln, sagte FES-Referent Severin Schmidt.

Handelsblatt, 29.11.07

Nach Wochen des Streits haben Union und SPD ein Thema gefunden, das zum Koalitions Kitt taugt: Mitarbeiterbeteiligung. In dem Ziel, mehr Arbeitnehmern Zugang zu Kapitaleinkünften zu ver-

schaffen, sei man sich „völlig einig“, sagten Laurenz Meyer (CDU), wirtschaftspolitischer Sprecher der Union, und SPD-Fraktionsvize Ludwig Stiegler auf einer Veranstaltung des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Märkische Oderzeitung, 29.11.07

Experten diskutieren in Frankfurt über Gewalt: Sechs Jahre nach dem ersten Bürgerforum der Friedrich-Ebert-Stiftung im November 2001 wollte



Aus Anlass des 80. Geburtstages von Günter Grass veranstaltete die FES-Vertretung Warschau in Kooperation mit der Universität und der Stadt Danzig die Konferenz „Günter Grass: Literatur – Kunst – Politik“

Für die Stiftungsarbeit stehen daher weiterhin die Förderung und Stärkung der Funktionsfähigkeit der zentralen Institutionen und Akteure einer Demokratie, sowohl der staatlichen (Parlamente, Rechtswesen, Ministerien, Verwaltungen, Ombudsmänner, Kommunen etc.) als auch der nicht-staatlichen (Zivilgesellschaft, NGO, Gewerkschaften, Verbände, Parteien und die Medien). Ziel ist, Bemühungen von engagierten Bürgern zu unterstützen, im konstruktiven Zusammenspiel aktiv an der Gestaltung der Politik und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Länder zu partizipieren.

Im Kontext der Förderung von Integration in europäische Strukturen befassen sich die Projekte neben dieser Kernaufgabe auch mit der Einbindung in europaweite Dialoge z.B. zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und zu der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), mit Diskursen im Kontext der europäischen Energiepolitik sowie des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells.

Internationale Politikanalyse

Praxisorientierte wissenschaftliche Forschung und Beratung zu Themen der internationalen Beziehungen mit Schwerpunkt Europa stehen im Mittelpunkt der Tätigkeit des Referats Internationale Politikanalyse. Die Arbeit richtet sich mit Gutachten und Studien, internationalen Fachkonferenzen, verschiedenen politikberatenden Gesprächs- und Arbeitskreisen, der Zeitschrift Internationale Politik und Gesellschaft (IPG) sowie mit der Publikationsreihe Internationale Politikanalyse vor allem an die Fachöffentlichkeiten in Parlament, Parteien, Regierung und Verwaltung, internationalen Organisationen, NGOs sowie Think Tanks und Universitäten.

Durch den regelmäßig tagenden „Arbeitskreis Europa“ in Berlin schafft die Friedrich-Ebert-Stiftung Raum für eine informelle, offene Diskussion von Vertretern aus Parteien, Parlament, Ministerien, Gewerkschaften und Wissenschaft zu den Perspektiven des Europäischen Integrationsprozesses. Der „Internationale Monitor sozialer Demokratie“ ermöglicht die vergleichende Analyse der Reform Erfahrungen europäischer Nachbarn, um die Formulierung zukunftsfähiger Politiken zu unterstützen.

► man herausfinden, wie sich seitdem die Dinge entwickelt haben. 75 Gäste mochten dies am Dienstagabend in der Europa-Universität Viadrina auch wissen.

Klostergeist (Schülerzeitung in Berlin), November 2007

Letzten Monat öffnete die Friedrich-Ebert-Stiftung wieder einmal ihre Türen und lud zu einem kostenlosen Theaterkritik-Workshop für Kinder- und

Jugendtheater ein.(...) Ein insgesamt doch interessanter, lehrreicher und witziger Workshop (...). Wenn dieser auch nicht ganz meinen Erwartungen entsprach, freue ich mich schon auf den Nächsten.

Welt am Sonntag, 02.12.07

Rund eine Million solcher Kleinunternehmer gibt es in Russland. Sie erwirtschaften nach offiziellen Angaben 13 bis 15 Prozent des Bruttoinlandprodukts

und sind die Avantgarde einer aufstrebenden Mittelschicht. Diese Russen wollen im Beruf selbst bestimmen, wo es langgeht. Nach einer Studie der Russischen Akademie der Wissenschaften und der Friedrich-Ebert-Stiftung zählt mittlerweile jeder fünfte Städter zu dieser Gruppe.

Saarbrücker Zeitung, 03.12.07

Plädoyer für eine Autoabgas-Steuer: Expertenforum der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Mobilität

Im Bereich der (europäischen) Außen- und Sicherheitspolitik wird durch Studien und das „European Strategic Forum“ der strategische Dialog über die europäische Sicherheitspolitik gefördert. Zu den zentralen Herausforderungen gehört die Frage nach dem Umgang demokratischer Rechtsstaaten mit der Bedrohung durch Terrorismus. Mit einem umfassenden Forschungsprojekt zu unterschiedlichen Erwartungen und



Beschrieb Wege zu mehr Energiesicherheit: Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sprach anlässlich der Internationalen Klimakonferenz im Rahmen des FES-Projekts „Energiedialog Europa“ (Foto: Schicke)



Liam Byrne, britischer Einwanderungsminister und John Reid, britischer Innenminister, warnten vor dem Gespenst des Rechtspopulismus in Europa

Den Diskurs zum Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell hat das Referat vorangetrieben u.a. mit Analysen zur gewerkschaftlichen Konsens- und Dissensbereichen in der EU-Politik sowie mit einem Forschungsprojekt zur Unternehmenssteuerharmonisierung und mit Gutachten zu den Gestaltungsoptionen für ein „Soziales Europa“.

www.fes.de/sets/s_fes_i.htm

nationalen Interessenlagen zur Zukunft der Europäischen Nachbarschaftspolitik wird ein Kernanliegen deutscher Europa- und Außenpolitik nachhaltig bearbeitet.

der Zukunft. (...) Fazit des Abends: Die Autos der Zukunft müssen effizienter werden, das Verantwortungsbewusstsein der Verbraucher steigen. An politischen Steuerungs- und technischen Umsetzungsmöglichkeiten mangelt es nicht.

Giessener Allgemeine, 05.12.07

„Integration ist eine Frage des Vertrauens“: Politischer Club der Ebert-Stiftung diskutierte „Rolle der Religion für die Integration – Grenzen und

Möglichkeiten“.(...) Aktuelle Umfragen belegen die Bedeutung des Glaubens, sagte der Moderator und SPD-Landtagsabgeordnete Thorsten Schäfer-Gümbel. Demnach räumen heute mehr Menschen als noch vor einigen Jahren der Religion eine wichtige Rolle in ihrem Leben ein.

Dow Jones-VWD News, 06.12.07

Die demokratischen Parteien gewinnen offenbar an Sicherheit im Umgang mit rechtsextremi-

stischen Mandatsträgern in Kommunalparlamenten. Anträge von Parlamentariern der NPD und der Republikaner würden weitgehend „prinzipiell und ohne vorherige Parlamentsdiskussion abgelehnt oder aber in die jeweiligen Ausschüsse verwiesen, wo dann die Ablehnung erfolgt“, heißt es in einer Studie der Universität Marburg, die im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt wurde.

UNSELBSTÄNDIGE STIFTUNGEN IN DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Erich-Brost-Stiftung

Die Erich-Brost-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützte auch im Jahr 2007 Vorhaben, die der Zielrichtung des Stifters und seines Lebenswerkes, der Friedenssicherung, der Völkerverständigung, der Zukunftssicherung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit entsprechen. Besondere Bedeutung kommt nach wie vor der deutsch-polnischen Versöhnung zu. Erich Brost (1903–1995) war Journalist, SPD-Abgeordneter im letzten Danziger „Volkstag“, Widerstandskämpfer gegen die NS-Diktatur und nach dem Zweiten Weltkrieg Gründer und Verleger der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung.

Im Jahr 2007 konzentrierte sich die Arbeit der Erich-Brost-Stiftung auf die Fortführung der Zusammenarbeit von Ländern und Menschen Ost- und Südosteuropas und Deutschlands. Die gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte, das Zueinanderfinden in einem zusammenwachsenden Europa und die Anerkennung der Rechte von Minderheiten waren wesentliche Kernpunkte der Projekte.

Dazu zählten ebenso Veranstaltungen wie die alljährlichen Willy-Brandt-Lesungen an der Universität Breslau und mehrere Jugendstudienreisen nach Polen, sowie die Veröffentlichung von Schriften zur deutsch-polnischen Geschichte.

In direktem Zusammenhang steht das Engagement zur gemeinsamen Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der Bekämpfung des Rechtsextremismus in der heutigen Zeit. Hervorgehoben wurde in diesem Jahr bei einem Projekt in Ostsachsen die Rolle der Medien im Umgang mit rechtsextremistischen Einstellungen.

Mit Blick auf die jüngste Geschichte Südosteuropas standen die Rückkehr und Reintegration der Flüchtlinge nach Bosnien und Herzegowina im Mittelpunkt. Bei einer anderen Volksgruppe, den Roma, liegt das Augenmerk ebenfalls auf der gesellschaftlichen Integration. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt lag in der Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements und der Hervorhebung seines Demokratisierungspotentials, durch eine Reihe von Fachkonferenzen, Gutachten und Analysen.

Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Die unselbständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung auf die Herausgabe relevanter Bücher und Texte, die dem Stiftungsziel entsprechen. Es handelt sich vorrangig um die Publikation fremdsprachiger Werke auf Deutsch, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen auf die Humanisierung der Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt zum Gegenstand haben.

Im Jahr 2007 förderte die Stiftung das Buchprojekt „Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik“ hg. von Ronald Schettkat und Jochem Langkau mit Beiträgen von Robert Solow, Adam S. Posen, David Soskice, Wendy Carlin, Paul De Grauwe, Claudia Costa Storti, Charles Wyplosz und Richard B. Freeman. Das Buch erschien im Frühjahr 2007 im Dietz-Verlag.

► **Mitteldeutsche Zeitung, 08.12.07**

Der Umgang demokratischer Parteien mit Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten gestaltet sich offenbar nach wie vor schwierig. Nach einer Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung werden rechtsextreme Abgeordnete zwar „weitgehend ignoriert und im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeiten ausgegrenzt“, etwa durch die Ablehnung ihrer Anträge. Im Detail tauchen dabei aber Probleme auf.

Rhein-Neckar-Zeitung, 11.12.07

Angesichts des zunehmenden Studienverzichts von jungen Menschen aus armen Familien bietet die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung jetzt ein neues „Stipendium auf Probe“ an. Dabei gebe es anders als bisher bereits ab dem ersten Semester eine finanzielle Unterstützung, teilte die Stiftung jetzt mit.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 19.12.07

Es war ein „EU-Gipfeltreffen“ der besonderen Art am letzten Donnerstag in Bonn. Jugendliche simulierten Europapolitik.(...) Neun Wochen lang war für die 12. Jahrgangsstufe die virtuelle Welt der Europapolitik geöffnet. Initiator des Planspiels „meet europe“ ist die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Franziska-und Otto-Bennemann-Stiftung

Die 1990 eingerichtete Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung zur Förderung der Forschung über Idee und Praxis demokratisch sozialer Rechtsordnung in Staat und Gesellschaft, einschließlich ihrer ethisch fundierten Grundwerte, hat im Jahr 2007 folgende Forschungen und Veranstaltungen gefördert:

- Grundwerteforum²¹: „Gerechtigkeit – Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik“
- Bildungsforum²¹: „Gesellschaftliche Exklusion – Herausforderung in der Bildungspolitik“
- Veranstaltung und Präsentation eines Memorandums des Arbeitskreises Mittelstand: Kultur der Selbständigkeit. Voraussetzung für ökonomischen und sozialen Fortschritt
- Veranstaltung Corporate Social Responsibility (CSR) – Verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln als Option für den Mittelstand
- Workshop: Die Auswirkungen des globalen Finanzkapitalismus auf Wachstum und Beschäftigung

Weitere Sondervermögen

Auch andere in Stiftungsform oder anderen Vermächtnissen vorhandene Sondervermögen leisteten wertvolle Beiträge. So die Henry-und-Frieda-Jacoby-Stiftung, deren Ziel die Förderung von Maßnahmen zur Vertiefung demokratischer Strukturen in Politik, Verwaltung und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland ist. Zu nennen sind ferner die Horst-Springer-Stiftung für Sächsische Geschichte und der Herbert-Wehner-Studienfonds. Nicht zu vergessen das Vermächtnis von Ida und Karl Feist, mit dessen Mitteln der „Menschenrechtspreis“ der FES vergeben wird.

Deutsches Handwerksblatt, 20.12.07

Die Debatte um die Mindestlöhne wird in Politik und Wirtschaft sehr emotional und kontrovers geführt. Eine neue betriebswirtschaftliche Studie des Deutschen Instituts für kleine und mittlere Unternehmen könnte sie versachlichen. Sie wurde im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt. Ein gesetzlicher Mindestlohn muss danach nicht zwangsläufig Arbeitsplätze kosten.

Neues Deutschland, 27.12.07

Das Karl-Marx-Haus ist seit 1968 in Trägerschaft der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Die 2005 neu gestaltete Ausstellung stellt die Wirkung von Marx auf das 20. Jahrhundert in den Mittelpunkt und ermöglicht Besuchern erstmals einen Gegenwartsbezug. 2007 haben über 41 000 Menschen das Karl-Marx-Haus besucht – so viele wie noch nie.

ANHANG

ORGANISATIONSPLAN DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Stand: April 2008

Vorstand

Vorsitzende: Anke Fuchs
 Stellvertreter: Sigmar Gabriel, Dieter Schulte
 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
 und Geschäftsführer: Dr. Roland Schmidt

Zentrale Aufgaben	Politische Bildung			Internationale Zusammenarbeit	
	Politische Akademie Reinhard Weil	Gesellschaftspolitische Information Frank D. Karl	Dialog Ostdeutschland ** Uwe Ziegler	Internationale Entwicklungszusammenarbeit ** Dr. Ernst-J. Kerbusch	Internationaler Dialog ** Pia Bungarten
Kommunikation und Grundsatzfragen * ** Albrecht Koschützke Pressestelle Bonn Albrecht Koschützke Pressestelle Berlin ** Peter Donaiski Zentrale Aufgaben * ** Dr. Michael Domitra Revision * Birgit Schultz	Berliner Akademiegespräche Interkultureller Dialog ** Dr. Johannes Kandel Redaktion Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte ** Prof. Dr. Thomas Meyer Akademiegespräche Bonn Gisela Zierau Akademie Management und Politik Brigitte Juchems Akademie für Soziale Demokratie Christian Krell JournalistenAkademie Carla Schulte-Reckert OnlineAkademie Dr. Peter Hurrelbrink Forum Jugend und Politik Nicole Breyer KommunalAkademie Forum NRW Wolfgang Gisevius Regionalbüros Julius-Leber-Forum (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen) Dr. Stefanie Elies Fritz-Erler-Forum Stuttgart Dr. Felix Schmidt BayernForum (München) Dr. Eva Brehm/Horst Schmidt Regensburg Harald Zintl Kurt-Schumacher-Akademie Bad Münstereifel Dr. Helmut Mörchen	Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Regionale Gesprächskreise Frank D. Karl Landesbüros Hessen Nicole Nestler Niedersachsen (Hannover) Petra Wilke Regionalbüro Rheinland-Pfalz/Saarland (Mainz) Rolf Mantowski	Forum Politik und Gesellschaft ** Anne Seyffert Forum Berlin ** Dr. Irina Mohr Landesbüros Brandenburg (Potsdam) Eugen Meckel Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin) Dr. Erik Gurgsdies Sachsen Dresden: Christoph Wielepp Leipzig: Matthias Eisel Sachsen-Anhalt (Magdeburg) Astrid Becker Thüringen (Erfurt) Michael Schultheiß	Afrika Dr. Werner Puschra Gewerkschaftsbeauftragter: Dr. Rudolf Traub-Merz Asien und Pazifik Dr. Beate Bartoldus Gewerkschaftsbeauftragter: Reiner Radermacher Lateinamerika und Karibik Dörte Wollrad Gewerkschaftsbeauftragte: Jana Zitzler Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika ** Dr. Andrá Gärber Gewerkschaftsbeauftragter: Dr. Ralf Melzer Entwicklungspolitik ** Christiane Kesper Grundsatzaufgaben Menschenrechte: Daniela Hinze Globalisierung: Dr. Thomas Manz Globale Sicherheit: Marc Saxer Zivile Konfliktbearbeitung: Michèle Auga Evaluierung: Kristina Birke Nachkontakte international: Sabine Dörfler Koordinationsaufgaben Gewerkschaften: Reiner Radermacher Medien und Kommunikation: Evelyn Ehrlingspiel Gender: Astrid Ritter-Weil	Westliche Industrieländer** Michael Meier Mittel- und Osteuropa ** Dr. Matthes Buhbe Internationale Politikanalyse ** Dr. Gero Maaß Redaktion Internationale Politik und Gesellschaft Dr. Dietmar Dirmoser Koordinationsaufgaben ** Gewerkschaften: Constantin Grund
Gesellschaft für Politische Bildung e.V. *** (Akademie Frankenwarte, Würzburg) Georg Rosenthal Georg-von-Vollmar-Akademie e.V. *** (Kochel am See/München) Dr. Heiko Tammerna					

* Direkt dem Geschäftsführer unterstellt
 ** Organisationseinheiten befinden sich ganz oder teilweise in Berlin
 *** Durch FES gefördert

**Mitgliederversammlung
des Vereins
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Kuratorium

Wissenschaftliche Arbeit Verwaltung

Studienförderung Dr. Manuela Erhart	Historisches Forschungszentrum Prof. Dr. Michael Schneider	Wirtschafts- und Sozialpolitik Dr. Michael Dauderstädt	Finanzen und Organisation ** Dr. Joachim Schubert	Personal- und Sozialwesen Dr. Jürgen Brummel
---	--	--	---	--

Auswahl Reineke Schmall-Eisenwerth Iva Figenwald	Sozial- und Zeitgeschichte Prof. Dr. Michael Schneider	Arbeit und Sozialpolitik Ruth Brandherm Peter König Günther Schultze Dr. Barbara Stiegler	Controlling und Organisation Dr. Roland Schwartz
Förderung Sohel Ahmed Gerda Axer-Dämmer Marianne Braun Dr. Martin Gräfe Josef Minzenbach	Archiv der sozialen Demokratie Prof. Dr. Michael Schneider		Informationstechnologien Peter Bujny
Studienbegleitende Förderung und Nachkontakte Katrin Dapp Sonja Profitlich	Bibliothek Dr. Rüdiger Zimmermann Stv.: Rainer Gries	Wirtschaftspolitik René Bormann Hannelore Hausmann Markus Schreyer Helmut Weber	Finanzbuchhaltung Carola Marten-Voigt
	Karl-Marx-Haus Trier Prof. Dr. Beatrix Bouvier		Projektabrechnung Inland Dieter Eisert
Tagungsstätte Venusberg Ingeborg Hensel Sabine Burch			Projektabrechnung Ausland Lothar Krechel
			Hausmanagement Diana Lohmann
			Koordination Konferenz- zentrum Berlin ** Heiner Naumann

Zentrale Projekte und Gesprächskreise **

Arbeit – Betrieb – Politik Helmut Weber	Gesellschaftliche Integration Franziska Richter	Für Demokratie – Gegen Rechts Dr. Dietmar Molthagen	Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik Dr. Michael Dauderstädt	Politik und Medien Beate Martin
Arbeit und Qualifizierung Ruth Brandherm	Forum Europa Michael Meier	Geschichte Prof. Dr. Michael Schneider	Kommunalpolitik Wolfgang Gisevius	Rechtspolitischer Dialog Dr. Irina Mohr
Berliner Forum Wissen- schaft und Innovation Marei John	Forum Familienpolitik Anne Seyfferth	Globalisierung Dr. Thomas Manz	Kompass 2020 Christos Katsioulis/ Daniel Reichert	Sozialpolitik Peter König
Bildungsforum21 Gisela Zierau	Forum Frauen- und Genderpolitik Anne Seyfferth	Grundwerteforum21 Christian Krell	Managerkreis Dr. Max Brändle	Sozialwissenschaften Frank D. Karl
Bürgergesellschaft und aktivierender Staat Albrecht Koschützke	Forum Innere Sicherheit Dr. Irina Mohr	Innovative Verkehrspolitik René Bormann	Migration und Integration Günther Schultze	Staatsmodernisierung Dr. Irina Mohr
Entwicklungspolitischer Dialog Christiane Kesper	Forum Kultur und Politik Dr. Irina Mohr	Interkultureller Dialog Prof. Dr. Thomas Meyer	Mittelstand Helmut Weber	Transatlantischer Dialog Alina Fuchs
	Forum Soziale Demokratie Dr. Tobias Mörschel	Internationale Politik Dr. Gero Maaß	Netzwerk Bildung Marei John	Verbraucherpolitik Hannelore Hausmann
				Zukunft 2020 Dr. Michael Dauderstädt

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2006

BILANZ

Aktiva	Vortrag zum 01.01.2006	Zugänge	Abschreibungen	Umbuchungen	Stand 31.12.2006	Stand 31.12.2005
	€	€	€	€	€	€
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen						
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	794.670,00	113.939,29	276.582,29	14.500,00	646.527,00	794.670,00
2. Grundstücke und Bauten	66.411.649,00	97.143,10	1.953.772,60	0,00	64.555.019,50	66.411.649,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.110.480,05	776.602,05	1.038.573,32	0,00	2.848.508,78	3.110.480,05
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	159.499,96	171.867,01	0,00	- 14.500,00	316.866,97	159.499,96
	<u>70.476.299,01</u>	<u>1.159.551,45</u>	<u>3.268.928,21</u>	<u>0,00</u>	<u>68.366.922,25</u>	<u>70.476.299,01</u>
II. Finanzanlagen	17.414.182,13	1.099.981,26	306,75	0,00	18.513.856,64	17.414.182,13
	<u>87.890.481,14</u>	<u>2.259.532,71</u>	<u>3.269.234,96</u>	<u>0,00</u>	<u>86.880.778,89</u>	<u>87.890.481,14</u>
B. Zweckgebundene Vermögen					18.299.627,19	18.089.412,47
C. Umlaufvermögen						
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					3.362.008,09	7.353.515,59
II. Wertpapiere					0,00	5.402.049,02
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten					15.643.251,27	5.911.908,68
					<u>19.005.259,36</u>	<u>18.667.473,29</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten					12.417,09	9.569,58
					<u>124.198.082,53</u>	<u>124.656.936,48</u>
Treuhandvermögen:	€ 1.109.033,98					
	<u>(Vj. € 1.119.647,67)</u>					

Passiva

	Vortrag 01.01.2006	Zuführungen	Umbuchungen	Entnahmen/ Auflösungen	Stand 31.12.2006	Stand 31.12.2005
	€	€	€	€	€	€
A. Rücklagen						
<i>I. Allgemeine Rücklagen</i>	35.587.959,69	0,00	- 4.000.000,00	- 87.274,68	31.500.685,01	35.587.959,69
<i>II. Rücklage für Investitionen</i>	6.000.000,00	0,00	4.000.000,00	0,00	10.000.000,00	6.000.000,00
<i>III. Rücklage gemäß § 58 Nr. 7a AO</i>	6.071.000,00	564.000,00	0,00	0,00	6.635.000,00	6.071.000,00
	<u>47.658.959,69</u>	<u>564.000,00</u>	<u>0,00</u>	<u>- 87.274,68</u>	<u>48.135.685,01</u>	<u>47.658.959,69</u>
B. Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen						
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>	794.670,00	113.939,29	14.500,00	276.582,29	646.527,00	794.670,00
<i>II. Grundstücke und Bauten</i>	48.830.566,87	97.143,10	0,00	1.498.702,38	47.429.007,59	48.830.566,87
<i>III. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>	2.623.269,30	624.005,99	0,00	881.792,26	2.365.483,03	2.623.269,30
<i>IV. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau</i>	159.499,96	171.867,01	- 14.500,00	0,00	316.866,97	159.499,96
	<u>52.408.006,13</u>	<u>1.006.955,39</u>	<u>0,00</u>	<u>2.657.076,93</u>	<u>50.757.884,59</u>	<u>52.408.006,13</u>
C. Sonderposten zum zweck- gebundenen Vermögen					18.299.627,19	18.089.412,47
D. Rückstellungen					2.314.236,00	2.355.116,00
E. Verbindlichkeiten						
<i>I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>					48.081,40	4.794,22
<i>II. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</i>					3.439,75	103.173,00
<i>III. Sonstige Verbindlichkeiten</i>					602.568,08	726.572,82
					<u>654.089,23</u>	<u>834.540,04</u>
F. Rechnungsabgrenzungsposten					4.036.560,51	3.310.902,15
					<u>124.198.082,53</u>	<u>124.656.936,48</u>

Treuhandverbindlichkeiten: € 1.109.033,98

(Vj. € 1.119.647,67)

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2006
 EINNAHMEN- UND AUSGABENRECHNUNG FÜR DIE ZEIT
 VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2006

	2006		2005	
	€	€	€	€
1. Projektgebundene Zuwendungen				
a) Zuwendungen der Bundesministerien	106.453.298,87		106.383.099,40	
b) Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	2.540.710,83		2.608.944,54	
c) Sonstige Zuwendungen	3.705.172,23	112.699.181,93	4.876.499,88	113.868.543,82
2. Spenden				
a) Allgemeine Satzungszwecke	311.887,09		421.541,68	
b) Wissenschaftliche Zwecke	195.500,00		208.500,00	
c) Solidaritätsfonds der Studienförderung	233.205,58	740.592,67	235.923,19	865.964,87
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen		2.657.076,93		2.693.525,65
4. Teilnehmergebühren		946.483,59		885.510,94
5. Sonstige Erträge		898.783,85		1.499.445,36
		117.942.118,97		119.812.990,64
6. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit				
a) Stipendien an deutsche und ausländische Studenten	11.166.778,64		11.400.781,53	
b) Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	20.387.658,81		18.698.291,66	
c) Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern	63.910.243,42		66.749.680,91	
d) Forschungsprojekte	6.858.287,85		6.883.043,73	
e) Förderung von Kunst und Kultur	96.414,36	102.419.383,08	296.098,05	104.027.895,88
7. Abschreibungen		3.268.928,21		3.340.471,20
8. Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen		1.006.955,39		1.439.689,65
9. Sonstige Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen		11.787.474,86		10.799.873,76
10. Mindereinnahmen aus laufendem Betrieb (Vj. Mehreinnahmen)		- 540.622,57		205.060,15
11. Finanzergebnis		1.022.696,13		1.363.107,57
12. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit		482.073,56		1.568.167,72
13. Außerordentliches Ergebnis		- 5.348,24		- 36.757,08
14. Mehreinnahmen		476.725,32		1.531.410,64
15. Entnahmen Allgemeine Rücklagen (Vj. Zuführung)		87.274,68		- 767.410,64
16. Zuführung zur Rücklage gemäß § 58 Nr. 7a AO		- 564.000,00		- 764.000,00
Jahresergebnis		0,00		0,00

Der Personalaufwand von € 39.395.375,21 (Vj. € 39.393.965,78) ist vollständig den Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit und den sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen zugeordnet.

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2006

BESCHEINIGUNG

An den Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Einnahmen- und Ausgabenrechnung sowie Bilanz – unter Zugrundelegung der Buchführung der **Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn-Bad Godesberg**, für das Vereinsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gesetzlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Der Vorstand stellt den Jahresabschluss auf Basis der doppelten Buchführung nach weitgehend kaufmännischen Grundsätzen auf. Die Buchführung lehnt sich an Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Abweichungen zu allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften erfolgen insbesondere durch Verzicht auf den Ansatz von Rückstellungen, der Buchung von Anlagezugängen bei Zahlung und bei Periodenabgrenzungen mit Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Zugrundelegung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW-Prüfungsstandards „Prüfung von Vereinen“ (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Grundsätze zur Rechnungslegung und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften.

Düsseldorf, den 7. September 2007

WUG Wirtschaftsprüfungs- und
Unternehmensberatungsgesellschaft mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Gernhardt)
Wirtschaftsprüfer

(Bicher)
Wirtschaftsprüfer

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 (BT-Drs. 12/4425) veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2007 (Stand 31.12.2007):

● **Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr**

	Stand 31.12.2006	Stand 31.12.2007
Mitarbeiter(innen) der Zentrale in Bonn	320	327
Mitarbeiter(innen) der Zentrale in Berlin	87	91
Mitarbeiter(innen) in den Bildungszentren und Außenbüros in Deutschland	92	96
Auslandsmitarbeiter(innen)	92	95
Insgesamt:	591	609

● **Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierungen oder der Bundes- oder Landesparteiorgane besetzt waren (Stand: 31.12.2007):**

Vorstand der Stiftung: von 11 Mitgliedern sind:

- acht Mitglieder ohne o.a. Führungsfunktionen
- zwei Mitglieder im Deutschen Bundestag (zugleich ein Mitglied der Bundesregierung)
- ein Mitglied einer Landesregierung (zugleich Mitglied eines Landesparlaments sowie eines Landesparteiorgans)

Geschäftsführung und Abteilungsleitungen der Stiftung: Keine(r) in einer der o.a. Führungspositionen.

Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Parteiengesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit der politischen Stiftungen wird auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen Rechnung getragen.

Hiernach üben „der Vorsitzende des Vorstands, der Vorstandssprecher, der geschäftsführende Vorsitzende, das geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Schatzmeister einer politischen Stiftung (...) in der jeweils nahestehenden Partei keine vergleichbare Funktionen aus.“

ZUSÄTZLICHE ERLÄUTERUNGEN ZUR EINNAHMEN- UND AUSGABENRECHNUNG

Projektbezogene Zuwendungen

Bei den projektbezogenen Zuwendungen war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auch im Jahr 2006 größter einzelner Zuwendungsgeber.

53,1 Mio € wurden für die Förderung gesellschafts- und strukturpolitischer Maßnahmen zugewendet.

Dies umfasst insbesondere:

- Aufbau und Festigung demokratischer Strukturen auf der Basis gleichberechtigter Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen.
- Förderung einer eigenständigen, ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten wirtschaftlichen Entwicklung.
- Intensivierung der regionalen und internationalen Verständigung und friedlichen Zusammenarbeit.

Zusätzlich zu den genannten Projektmitteln wurden 8,7 Mio € als Verwaltungskostenzuschüsse gewährt.

Das Bundesministerium des Innern ist Zuwendungsgeber des Globalzuschusses zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit von 30,3 Mio €. Der Zuschuss wird für die satzungsmäßigen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung gewährt, die sie im Inland erfüllt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung. Der Zuschuss dient auch der Finanzierung der dazu gehörenden Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung ist mit 6,9 Mio € Zuwendungsgeber für die Vergabe von Stipendien an deutsche Studierende im Grund- oder Aufbaustudium, in der Promotion sowie für Betreuungsmaßnahmen. 964 T€ wurden darüber hinaus als Verwaltungskostenzuschuss bewilligt.

Das Auswärtige Amt fördert mit 2,2 Mio € die Vergabe von Stipendien sowie die Betreuung und Nachbetreuung ausländischer Studierender und Graduierten in der Bundesrepublik.

Weitere 3,5 Mio € werden zur Förderung internationaler gesellschaftspolitischer Maßnahmen zugewendet. Die Vorhaben dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch gesellschaftlicher Schlüsselgruppen. Darüber hinaus wurden 130 T€ für Maßnahmen in Südosteuropa bewilligt, sowie 586 T€ als Demokratisierungshilfe für den Irak.

Als Verwaltungskostenzuschüsse wurden zusätzlich 796 T€ gewährt.

Die Bundesländer und andere Gebietskörperschaften gewährten zweckbestimmte Zuwendungen zur Deckung regional bezogener direkter Ver-

staltungskosten für gesellschaftspolitische Bildungsarbeit. Mit 1,5 Mio € ist das Land Nordrhein-Westfalen der größte Zuwendungsgeber. Die Zuwendung erfolgt für gesellschaftspolitische Bildungsarbeit, u.a. im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

Zu den sonstigen Zuwendungsgebern zählt der Deutsche Bundestag mit 762 T€ für die Aufbereitung und Erhaltung zeitgeschichtlich bedeutender Archivalien im Archiv der sozialen Demokratie, sowie mit 24 T€ für Internationale Parlaments-Praktika.

Die Europäische Kommission wandte 425 T€ für Entwicklungsmaßnahmen zu, davon u.a. 42 T€ im Nahen Osten und 370 T€ in Afrika. Darüber hinaus erhielt die FES 13 T€ für ein Forschungsprojekt.

Zur Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen im Ausland wurden von verschiedenen Organisationen vor Ort insgesamt 703 T€ zugewendet.

Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Die zur Finanzierung von aktivierungspflichtigen Aufwendungen gewährten Zuschüsse werden ab 1986 für Baumaßnahmen und ab 1991 auch für das übrige Anlagevermögen als Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen passiviert (siehe Bilanz). Dieser Sonderposten wird in der Position „Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen“ entsprechend der Abschreibung erfolgswirksam aufgelöst.

Eigene Einnahmen und Spenden

Die privaten Spenden für die allgemeinen und wissenschaftlichen Satzungszwecke der Stiftung sowie für den Solidaritätsfonds der Studienförderung belaufen sich auf 741 T€. Die Spenden sind zur Ergänzung der öffentlichen Zuwendungen unabdingbar.

946 T€ wurden als Beiträge durch die Teilnehmer an den Bildungsveranstaltungen gezahlt. Weitere 899 T€ wurden erlöst durch sonstige Leistungen der Stiftung (Bewirtungen, Vermietung und Verpachtung, Verkauf von Publikationen und von Reproduktionen historischer Fotos, Eintritt für das Karl-Marx-Haus etc.).

Von besonderer Bedeutung sind die Erträge aus den unselbstständigen Stiftungen und Treuhandvermögen. Solche Vermögenszuflüsse aufgrund von Testamenten oder Schenkungen stellen eine ganz besondere Verpflichtung für die Stiftung dar. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen können im Sinne und im Namen der Spender Aufgaben dauerhaft übernommen werden, für die öffentliche Mittel sonst nicht ausreichend zur Verfügung stehen.

Die sonstigen Erträge umfassen Erlöse aus der Durchführung von Gast- und Fremdveranstaltungen sowie aus den Kantinenbetrieben in Bonn und in den Bildungsstätten (insgesamt 520 T€), Erträge aus Vermietung und Verpachtung (38 T€), Publikations- und Eintrittserlöse (150 T€) sowie Kostenerstattungen und sonstige Erträge in Höhe von insgesamt 191 T€.

Die unter „Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit“ genannten Positionen beziehen sich auf die im Textteil des vorangegangenen Jahresberichtes für 2006 beschriebenen Aktivitäten. Sie enthalten auch die mit der Durchführung dieser Aufgaben unmittelbar verbundenen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter und für die zeitlich befristet angestellten Aushilfen betrug insgesamt 27,0 Mio € und setzt sich wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskosten 21,0 Mio €, Sozialabgaben und sonstige soziale Aufwendungen 6,0 Mio €.

In den Ausgaben für Stipendien an deutsche und ausländische Studenten sind Betreuungsmaßnahmen für die Stipendiaten (Seminarveranstaltungen und Exkursionen) von 843 T€ enthalten.

Die Ausgaben für die staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit beziehen sich auf Seminarveranstaltungen, Tagungen, Kongresse und Ausstellungen. Diese fanden in den Häusern in Berlin und Bonn sowie in der stiftungseigenen Akademie und in angemieteten Veranstaltungsorten in der gesamten Bundesrepublik statt.

Die Position „Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern“ enthält die Ausgaben für die Auslandsarbeit der Stiftung in Entwicklungsländern, den Ländern Mittel- und Osteuropas und in einigen Industrieländern. Der hier enthaltene Personalaufwand für Auslandsmitarbeiter beträgt 12,4 Mio €.

Die Fachausgaben der Position „Forschungsprojekte“ setzen sich zusammen aus 580 T€ für Forschungsprojekte und -aufträge sowie 764 T€ für Bücher und Zeitschriften der Bibliothek in Bonn und des Studienzentrums in Trier sowie für Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie in Bonn.

Die Abschreibungen betreffen das Sachanlagevermögen der Stiftung, das zum 31.12.2006 68,4 Mio € betrug (siehe Bilanz).

Zur Position „Zuführung zum Sonderposten...“ siehe Bilanz, Passiva, B I - IV.

Die „Sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen“ enthalten die Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten der Gemeinkostenstellen in den Häusern in Bonn und Berlin.

GESAMTÜBERSICHT DER IM HAUSHALT 2008 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND AUSGABEN

Stand: 10. Januar 2008

I. Einnahmen	€
1. Zuwendungen und Zuschüsse	
Zuwendungen der Bundesministerien	115.477.000
Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	2.447.000
Sonstige Zuwendungsgeber	2.682.000
2. Spenden	600.000
3. Teilnehmergebühren	950.000
4. Sonstige Einnahmen	1.400.000
II. Ausgaben	
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit / Projektausgaben	
Förderung von Studenten und Graduierten	14.557.000
Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit (Tagungen und Seminare)	19.720.000
Internationale Zusammenarbeit	67.239.000
Veröffentlichungen	
Forschungsprojekte	6.800.000
Förderung von Kunst und Kultur	324.000
Sonstige Projektausgaben	
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter*	
3. Sächliche Verwaltungsaufgaben	
Sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten	11.707.000
4. Sonstige Betriebsaufwendungen	
5. Übrige Ausgaben	
6. Ausgaben für Investitionen / Aufwendungen für Abschreibungen	3.209.000
III. Voraussichtliches Jahresergebnis	0

* Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter ist bereits in den Positionen
1 (Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit / Projektausgaben) und
3 (Sächliche Verwaltungsaufgaben) enthalten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter beträgt insgesamt:	27.307.000 €
Darin sind für Löhne und Gehälter enthalten:	21.418.564 €
Die sozialen Abgaben betragen:	5.888.436 €

ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DER POLITISCHEN STIFTUNGEN

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert und ihren Standort bestimmt. Ihre gemeinsame Erklärung ist Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich.

Nachfolgend die Zusammenfassung der Erklärung:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenschaftstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser Gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung angefordert werden.

Telefon 0228 8830
Telefax 0228 883432
presse@fes.de

MITGLIEDER DES
VORSTANDES

Stand: April 2008

Vorsitzende:

Anke Fuchs

Stellvertretende Vorsitzende:

Sigmar Gabriel
Dieter SchulteGeschäftsführendes Vorstandsmitglied
und Geschäftsführer:**Dr. Roland Schmidt**

Mitglieder:

Dr. Christine Bergmann
Prof. Dr. Peter Brandt
Dr. Jürgen Burckhardt
Sabine Kaspereit
Hans-Ulrich Klose
Dr. Werner Müller
Matthias Platzeck

Ehrenvorsitzender:

Holger Börner †**Anschrift für Vorstand,
Verein und Kuratorium:**

Postadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung
53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 BonnMITGLIEDER DES
VEREINS

Stand: April 2008

Prof. Dr. Detlev Albers
Dr. Hans Apel
Prof. Egon Bahr
Kurt Beck
Karl Benke
Prof. Dr. Helmut Berding
Dr. Christine Bergmann
Prof. Dr. Peter Brandt
Ernst Breit
Anneliese Brost
Anke Brunn
Ilse Brusis
Heinz Bühringer
Edelgard Bulmahn
Dr. Jürgen Burckhardt
Dr. h.c. Norbert Burger
Dr. Bernhard Bußmann
Wolf-Michael Catenhusen
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin
Dr. Klaus von Dohnanyi
Heide Dörrhofer-Tucholski
Prof. Dr. Horst Ehmke
Dr. Herbert Ehrenberg
Hans Eichel
Gernot Erler
Dr. Rolf-J. Freyberg
Anke Fuchs
Sigmar Gabriel
Irmgard Gaertner-Fichtner
Reinhard Grätz
Prof. Dr. Helga Grebing
Dr. Günter Grunwald
Karl Haehser
Prof. Dr. Friedrich Halstenberg
Nina Hauer
Dr. Volker Hauff
Dr. Günter Heidecke
Dr. Horst Heidermann
Luise Herklotz
Dr. Diether Hoffmann
Prof. Dr. Uwe Holtz
Reinhard Höppner
Antje Huber
Alois Hüser
Hedda Jungfer
Sabine Kaspereit
Reinhard Klimmt
Hans-Ulrich Klose
Walter Kolbow
Hans Koschnick
Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Klaus-Dieter Kühbacher
Dr. Gerlinde Kuppe
Prof. Manfred Lahnstein
Dr. Klaus Dieter Leister
Karl Liedtke
Dr. Jürgen Linde
Willi Lojewski**Dr. Anke Martiny**
Christoph Matschie
Hans Matthöfer
Hans Mayr
Prof. Dr. Susanne Miller
Dr. Werner Müller
Franz Müntefering
Kurt Neubauer
Matthias Platzeck
Konrad Porzner
Joachim Poß
Dr. Diether Posser
Prof. Dr. Christa Randzio-Plath
Dr. h.c. Hermann Rappe
Karl Ravens
Walter Riester
Dr. Harald Ringstorff
Prof. Helmut Rohde
Wolfgang Roth
Prof. Heinz Ruhnau
Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis
Rudolf Scharping
Harald Schartau
Günter Schlatter
Helmut Schmidt
Renate Schmidt
Dr. Roland Schmidt
Ulla Schmidt
Wilhelm Schmidt
Hubertus Schmoldt
Prof. Dr. Hans-Peter Schneider
Dr. Herbert Schnoor
Olaf Scholz
Gerhard Schröder
Günter Schröder
Prof. Dr. Richard Schröder
Dr. Manfred Schüler
Dieter Schulte
Peter Schulz
Werner Schulz
Rolf Schwanitz
Heide Simonis
Prof. Dr. Karl-Heinz Sohn
Michael Sommer
Rudolf Sperner
Dr. Wolfgang Spieker
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Dietrich Stobbe
Dr. Manfred Stolpe
Dr. Peter Struck
Ute Vogt
Dr. Henning Voscherau
Dr. Klaus Wedemeier
Ernst Welteke
Dr. Bettina Wieß
Dr. Monika Wulf-Mathies
Dr. Christoph Zöpel

MITGLIEDER DES KURATORIUMS

Stand: April 2008

Vorsitzende:

Ingrid Matthäus-Maier

Mitglieder:

Wolfgang Altenburg
Reinhard Appel
Richard Becker
Dr. Wilhelm Bender
Prof. Dr. Helmut Berding
Hans-Gottfried Bernrath
Siegfried Bleicher
Dr. Rolf Böhme
Prof. Dr. Friedrich Buttler
Wolf-Michael Catenhusen
Wolfgang Clement
Harro Uwe Cloppenburg
Dr. Klaus von Dohnanyi
Rudolf Dreßler
Helga Elstner
Dr. Ursula Engelen-Kefer
Dr. Erhard Eppler
Dr. Katharina Focke
Ingeborg Friebe
Florian Gerster
Ingrid Häußler
Dr. Peter Heinemann
Helmut Hubacher
Roland Issen
Gerhard Jochum
Prof. Dr. Karl Kaiser
Dr. Karl Kauermann
Prof. Dr. Jürgen Kocka
Prof. Dr. Heiko Körner
Prof. Tomas Kosta
Ursula Kraus
Prof. Dr. Jürgen Kromphardt
Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Georg Leber
Karl Liedtke
Hans Matthöfer
Hans Mayr
Markus Meckel
Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin
Karl Otto Pöhl
Dr. Winfried Polte
Barbara Prammer
Dr. h.c. Hermann Rappe
Steffen Reiche
Edzard Reuter
Prof. Dr. Gerhard A. Ritter
Peter Rühmkorf
Karin Schubert
Klaus Schütz
Dr. Mário Soares
Prof. Dr. Hartmut Soell
Rudolf Sperner
Berndt von Staden
Karl Starzacher
Prof. Dr. Johano Strasser
Helmut Teitzel
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Tiefensee
Dr. Gottfried Timm
Dr. Hans-Jochen Vogel
Gerd Walter
Gerd E. Weers
Dr. Rosemarie Wilcken
Prof. Dr. Irmgard Wilharm
Dr. Monika Wulf-Mathies

MITGLIEDER DES AUSWAHL- AUSSCHUSSES

Stand: April 2008

Ehrevorsitzender:

Prof. Dr. Helmut Berding

Vorsitzende:

Prof. Dr. Helene Harth

Stellvertretender Vorsitzender:

Prof. Dr. Jürgen Keßler

Mitglieder:

Prof. Dr. Dr. Sefik Alp Bahadır
Prof. Dr. Ingo Balderjahn
Prof. Silvia Beck
Prof. Dr. Rudolf Boch
Prof. Dr. Monika Böhm
Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Brüggemeier
Prof. Dr. Barbara Brüning
Dr. Michael Dauderstädt
Prof. Dr. Maria Diedrich
Dr. Manuela Erhart
Prof. Dr. Hermann Frister
PD Dr. Charlotte Gaitanides
Prof. Dr. Heinz P. Galler
Prof. Dr. Brigitte Georgi-Findlay
Dr. Yvette Gerner
Prof. Dr. Wolfgang Glatzer
Dr. Uwe Gottschalk
Prof. Dr. Harald Hagemann
Prof. Dr. Hans-Werner Hahn
Dr. Peter Hantel
Prof. Dr. Rainer Hendler
Prof. Dr. Wolfgang Honnen
Staatssekretär Dr. Hans-Gerhard Husung
Dr. Thomas Keidel
Dr. Ernst-J. Kerbusch
Dr. Susanne Koch
Prof. Dr. Wolfgang Krieger
Evelin Manteuffel
Dr. Regine Mehl
Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte
Prof. Dr. Anita Pfaff
Petra Popp
Prof. Dr. Walter Reese-Schäfer
Dr. Michael Schmidt
Dr. Petra Schmitt-Frister
Dr. Ilja-Kristin Seewald
Prof. Dr. Katharina C. Spieß
Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann
Dr. Ralf Stegner, Mdl
Dr. Kurt Stenzel
Dr. Jutta Stern
Prof. Dr. Franz Streng
Prof. Dr. Jochen Struwe
Prof. Dr. Irmgard Wilharm
Prof. Dr. Bernd Witte

VERTRAUENSDOZENTEN

Stand: April 2008

Aachen, Technische Hochschule

Dr. Günter Berg
 Prof. Dr. Max Kerner
 Prof. Dr. Helmut König
 Prof. Dr. Emanuel Richter
 Prof. Dr. Hermann Wagner

Augsburg, Universität

Prof. Dr. Valentin Kockel
 Prof. Dr. Anita Pfaff
 Prof. Dr. Friedrich Pukelsheim
 Prof. Dr. Werner Williams

Bad Kreuznach

Prof. Dr. Eberhard Kolb

Bayreuth, Universität

Prof. Dr. Herbert Popp

Berlin, Evangelische Fachhochschule

Prof. Dieter-Peter Weber

Berlin, Katholische Hochschule f. Sozialwesen

Dr. Axel Bohmeyer

Berlin, Fachhochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Dr. Volker Boehme-Neßler
 Prof. Dr. Sebastian Dullien
 Prof. Dr. Jürgen Keßler
 Prof. Dr. Sabine Spelthahn

Berlin, Fachhochschule für Wirtschaft

Prof. Dr. Holger Rogall

Berlin, Freie Universität

Prof. Dr. Rolf-Peter Janz
 Prof. Dr. Dr. hc. Jürgen Kocka
 Dr. Johanna Pink
 Prof. Dr. Stefan Rinke
 Prof. Dr. Eberhard Sandschneider
 Prof. Dr. Ignacio Sotelo
 Prof. Dr. Holm Sundhaussen

Berlin, Humboldt-Universität

Prof. Dr. Andreas Eckert
 Prof. Dr. Volker Gerhardt
 Prof. Dr. Bernd Henningsen
 Prof. Dr. Herfried Münkler
 Prof. Dr. Wolfgang Scholl
 Prof. Dr. Rainer Schröder
 Prof. Dr. Gerhard Werle

Berlin, Technische Universität

Prof. Dr. Rolf Grigorieff
 Prof. Dr. Michael Pohst
 Prof. Dr. Gert G. Wagner

Berlin

Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns
 Dr. Peter Hantel, RA
 Staatssekretär Dr. Hans-Gerhart Husung,
 Senatsverwaltung für Wissenschaft,
 Forschung und Kultur
 Dr. Ralf Kleindiek
 Gerhard Lechleitner, SPD-Bundestagsfraktion
 Dr. Klaus Lommatzsch
 Prof. Dr. Sven Papcke
 Prof. Dr. Reinhard Rürup
 Dr. Oliver Thränert, Stiftung Wissenschaft und
 Politik
 Prof. Dr. Christian Tomuschat
 Dr. Günter Wichert

Bielefeld, Universität

Prof. Dr. Alfred Greiner
 Prof. Dr. Heinz-Gerhard Haupt
 Dr. Christopher Kopper
 Dr. Stephan Stetter
 Prof. Dr. Jan Wirrer

Bochum, Universität

Prof. Dr. Bernd Faulenbach
 Prof. Dr. Traugott Jähnichen
 Dr. Karsten Rudolph
 Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte
 Prof. Dr. Ralf Poscher
 Prof. Dr. Klaus Tenfelde

Bochum

Prof. Dr. Christian Uhlig

Bonn, Universität

Prof. Dr. Dieter Dowe
 Prof. Dr. Solvay Gerke
 Dr. Gunther Hirschfelder
 Dr. Edith Kürzinger-Wiemann
 Prof. Dr. Hans Georg Lehmann
 Prof. Dr. Doris Lucke
 Prof. Dr. Karlheinz Niclauß
 Prof. Dr. Michael Schneider
 Dr. Hubert Voigtländer

Braunschweig, Technische Universität

Prof. Dr. Ulrich Heyder
 Prof. Dr. Rainer Jonas
 Prof. Dr. Dieter Lüttge
 Prof. Dr. Hermann Wätzig

Bremen, Universität

Prof. Dr. Hans H. Bass
 Prof. Dr. Sabine Broeck
 Prof. Dr. Robert Francke
 Prof. Dr. Reinhard Hoffmann
 Prof. Dr. Peter Kalmbach
 Prof. Dr. Hedwig Ortman
 Prof. Dr. Gerd-Volker Rösenthaller
 Prof. Dr. Dieter Senghaas

International University Bremen

Prof. Dr. Günther K. H. Zupanc
 Prof. Dr. Philipp Genschel

Bremen

Prof. Dr. Gerd Turowski

Chemnitz, Technische Universität

Prof. Dr. Rudolf Boch
 Prof. Dr. Alfons Söllner

Darmstadt, Technische Universität

Prof. Dr. Gerd Lautner
 Prof. Dr. Uwe Rüppel
 Prof. Dr. Dr. Bert Rürup

Dortmund, Universität

Prof. Dr. Wilfried Bos
 Prof. Dr. Udo Branahl
 Prof. Dr. Ulrich Pätzold

Dresden, Technische Universität

Prof. Dr. Brigitte Georgi-Findlay
 Prof. Dr. Monika Medick-Krakau
 Prof. Dr. Wolfgang Melzer
 Prof. Dr. Christian Prunitsch
 Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg
 Prof. Dr. Norbert Rehrmann
 Dr. Mike Schmeitzner

Dresden

Prof. Dr. Peter Gründler

Düsseldorf, Fachhochschule

Prof. Dr. Gisela Losseff-Tillmanns

Düsseldorf, Universität

Prof. Dr. Holger Afflerbach
 Prof. Dr. Helmut Frister
 Prof. Dr. Gerd Krumeich
 Prof. Dr. Dr. Alfons Labisch
 Prof. Dr. Karl Vorlauffer
 Prof. Dr. Bernd Witte

Duisburg-Essen, Universität

Prof. Dr. Tobias Debiel
 Prof. Dr. Rolf Dobischat
 Prof. Dr. Renate Nestvogel

Duisburg

Dr. Thomas Reichel

Eberswalde, Fachhochschule für Forstwirtschaft

Prof. Dr. Peter Spathelf

Eichstätt-Ingolstadt, Universität

Prof. Dr. Stefan Schieren

Erfurt, Fachhochschule

Prof. Dr. Klaus Merforth

Erfurt, Fachhochschule für Sozialwesen

Prof. Dr. Eckhard Giese

Erfurt, Universität

Prof. Dr. Manfred Baldus
 Prof. Dr. Fritz-Wilhelm Neumann

Erlangen, Universität

Prof. Dr. Dr. Sefik Alp Bahadir
 Prof. Dr. Werner K. Blessing
 Prof. Dr. Jürgen Gebhardt
 Prof. Dr. Bernd Naumann
 Prof. Dr. Franz Streng
 Prof. Dr. Heiko Weber

Erlangen

Dr. Hans-Peter Böhm, Siemens AG

Essen

Evelin Manteuffel

Flensburg, Universität

Prof. Dr. Herbert Bruhn
 Prof. Dr. Uwe Danker

Frankfurt/Main, Universität

Prof. Dr. Lothar Brock
 Prof. Dr. Volker Dötsch
 Prof. Dr. Ingwer Ebsen
 Prof. Dr. Wolfgang Glatzer
 Prof. Dr. Ulfried Neumann
 Prof. Dr. Rudolf Steinberg

Frankfurt/Main

Dr. Ulrich Walter

Frankfurt/Oder, Europa-Universität Viadrina

Prof. Dr. Dieter Martiny
 Prof. Dr. Albrecht Söllner

Freiburg, Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald
 Prof. Dr. Albert Scherr

Freiburg, Universität

Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Brüggemeier
 Dr. Sabine Dabringhaus
 Prof. Dr. Wolfgang Eßbach
 Prof. Dr. Hans-Martin Gauger
 Prof. Dr. Peter Gotthardt
 Prof. Dr. Klaus Kümmerer

Furtwangen, Fachhochschule

Prof. Dr. Burkhardt Müller-Markmann
Prof. Dr. Peter Strobach

Gelsenkirchen, Fachhochschule

Prof. Dr. Andreas M. Heinecke
Prof. Dr. Harald G. Kundoch
Prof. Dr. Karl-Martin Obermeier
Prof. Dr. Diethard Reich

Gießen, Universität

Prof. Dr. Ulrich Ellinghaus
Prof. Dr. Gerhard Kurz
Prof. Dr. Klaus Lange
Prof. Dr. Friedrich Lenger
Prof. Dr. Gabriele Wolfslast

Gießen

Prof. Dr. Helmut Berding
Prof. Dr. Ulrich Karthaus

Göttingen, Universität

Prof. Dr. Walter Euchner
Prof. Dr. Eva Irle
Prof. Dr. Stephan Klasen
Prof. Dr. Volker Lipp
Prof. Dr. Rainer Marggraf
Prof. Dr. Walter Reese-Schäfer
Prof. Dr. Franz Walter

Greifswald, Universität

Prof. Dr. Erk Volkmar Heyen
Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann

Hagen, Fernuniversität

Prof. Dr. Reinhard Wendt

Halle, Universität

Prof. Dr. Gunnar Brands
Prof. Dr. Dorothee de Nève
Prof. Dr. Heinz P. Galler
Prof. Dr. Heiner Lück
Prof. Dr. Walter Thomi

Hamburg, Bucerius Law School

Prof. Dr. Thomas Rönnau

Hamburg, Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Yolanda Koller-Tejeiro

Hamburg, Hochschule für Bildende Künste

Prof. Dr. Barbara Martwich

Hamburg, Universität

Dr. Holger Brecht-Heitzmann
Prof. Dr. Barbara Brüning
Dr. Hans-Georg Ehrhart
Prof. Dr. Ursula Knapp
Prof. Dr. Franklin Kopitzsch
Prof. Dr. Reiner Lehberger
Prof. Dr. Fritz Sack
Prof. Dr. Hans-Bernd Schäfer
Prof. Dr. Dr. Harald Scherf
Prof. Dr. Dieter Schimanke
Prof. Dr. Arndt Schmehl
Prof. Dr. Benno Stinner
Prof. Dr. Barbara Vogel
Prof. Dr. Bernd-Jürgen Wendt

Hamburg, Universität der Bundeswehr

Priv. Doz. Dr. Charlotte Gaitanides

Hamburg

Prof. Dr. Claus Arndt
Dr. Stephan Bakan

Prof. Dr. Eberhart Dorndorf

Martin Günther
Dr. Arnim Karthaus
Prof. Dr. Walter Knauer
Prof. Dr. Friedrich Koch
Manfred Schneider
Dr. Wolfgang Schumann
Prof. Dr. Jürgen Voß
Prof. Dr. Peter-Christian Witt

Hannover, Fachhochschule

Prof. Dr. Hermann Frister
Prof. Dr. Rolf Hüper
Dr. Monika Pinski

Hannover, Hochschule für Musik

Prof. Dr. Peter Vorderer

Hannover, Universität

Prof. Dr. Knut Gerlach
Priv. Doz. Dr. Alexander Kochinka
Prof. Dr. Hans-Peter Schneider
Prof. Dr. Manfred Walther
Prof. Dr. Ulrike Wendeling-Schröder
Prof. Dr. Irmgard Wilharm

Heidelberg, Universität

Dr. Jürgen Beß
Prof. Dr. Frauke Gewecke
Prof. Dr. Sebastian Harnisch
Prof. Dr. Herbert Kronke
Prof. Dr. Andreas Kruse
Prof. Dr. Dieter Nohlen
Prof. Dr. Markus Pohlmann
Prof. Dr. Hartmut Soell
Prof. Dr. Uwe Wagschal
Prof. Dr. Math
Priv. Doz. Dr. Mathias Witzens-Harig
Prof. Dr. Edgar Wolfrum

Heidelberg

Dr. Walter Mühlhausen

Hildesheim, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst

Prof. Christine Biehler
Prof. Dr. Gazi Caglar
Prof. Dr. Lutz Finkeldey
Prof. Dr. Ulrich Hammer

Hildesheim

Prof. Dr. Ernst Cloer

Hohenheim, Universität

Prof. Dr. Harald Hagemann

Ilmenau, Technische Hochschule

Prof. Dr. Hermann H. Kallfaß

Jena, Fachhochschule

Prof. Dr. Dennis de Loof

Jena, Universität

Prof. Dr. Klaus Dörre
Prof. Dr. Hans-Werner Hahn
Prof. Dr. Ulrich Hilpert
Prof. Dr. Gerhard Jentzsch
Prof. Dr. Roland Merten
Dr. Wolfgang Schenk
Prof. Dr. Georg Schmidt

Kaiserslautern, Universität

Prof. Dr. Fritz Preuss
Prof. Dr. Michael von Hauff

Karlsruhe, Fachhochschule

Prof. Dr. Uwe Haneke
Prof. Dr. Hagen Krämer

Karlsruhe, Universität (Technische Hochschule)

Prof. Dr. Diemut Majer
Prof. Dr. Hans-Peter Schütt
Prof. Dr. Ulrich Schurath

Kassel, Universität

Prof. Dr. Gertrud Backes
Prof. Dr. Jens Flemming
Prof. Dr. Heide Wunder

Kehl, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

Prof. Dr. Ewald Eisenberg

Kiel, Universität

Prof. Dr. Wolfgang Biesterfeld
Prof. Dr. Federico Fodera
Prof. Dr. Gerhard Igl
Prof. Dr. Albert Jeck
Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl
Prof. Dr. Klaus Potthoff

Koblenz-Landau, Universität

Prof. Dr. Werner Sesselmeier

Köln, Fachhochschule

Prof. Dr. Harald Hofmann
Prof. Dr. Hermann Rösch

Köln, Katholische Fachhochschule

Prof. Dr. Werner Schöning

Köln, Universität

Prof. Dr. Ralph Jessen
Prof. Dr. André Kaiser

Köln

Prof. Dr. Otto Dann
Dr. Dr. Alexander Lechleuthner

Konstanz, Universität

Prof. Dr. Thomas Dekorsy
Prof. Dr. Bianca Pietrow-Ennker
Prof. Dr. Wolfgang Seibel
Prof. Dr. Clemens Wischermann

Leipzig, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur

Prof. Dr. Andrea Nikolaizig

Leipzig, Universität

Prof. Dr. Ulrich Bröckling
Prof. Dr. Hartmut Elsenhans
Dr. Lars Uwe Garlepp
Prof. Dr. Helmut Goerlich
Prof. Dr. Birgit Harreß
Prof. Dr. Hartmut Keil
Prof. Dr. Thomas Lenk
Prof. Dr. Marcel Machill
Prof. Dr. Harald Morgner
Prof. Dr. Hubert Seiwert

Leipzig

Prof. Dr. Dorothea Hegele

Ludwigsburg, Fachhochschule

Dr. Eleonora Kohler-Gehrig

Ludwigshafen, Fachhochschule

Prof. Dr. Fritz Unger

Lüneburg, Universität

Prof. Dr. Ullrich Günther
Prof. Dr. Claus-Dieter Krohn
Prof. Dr. Wolfgang Ruck

Magdeburg, Universität

Prof. Dr. Erhard Forndran
 Prof. Dr. Horst Gischer
 Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann
 Prof. Dr. Wolfgang Renschsch

Magdeburg

Dr. Karim El-Haschimi

Mainz, Fachhochschule

Prof. Jean Ulysses Voelker

Mainz, Universität

Prof. Dr. Herbert Dittgen †
 Prof. Dr. Alfred Seitz

Mannheim, Universität

Prof. Dr. Hans-Wolfgang Arndt
 Prof. Dr. Michael Erbe
 Prof. Dr. Hartmut Esser
 Prof. Dr. Johannes Paulmann
 Prof. Dr. Berthold Rittberger
 Prof. Dr. Peter Steinbach
 Prof. Dr. Hermann Weber

Mannheim

Dr. Reinhard Hofmann
 Prof. Dr. Klaus Schönhoven

Marburg, Universität

Prof. Dr. Monika Böhm
 Prof. Dr. Peter Dabrock
 Prof. Dr. Wolfgang Krieger
 Prof. Dr. Mark Münzel
 Prof. Dr. Thomas Noetzel
 Prof. Dr. Hans Karl Rupp
 Prof. Dr. K.A. Seitz

Merseburg, Fachhochschule

Prof. Dr. Erich Menting

München, Fachhochschule

Dr. Peter Hammerschmidt
 Prof. Dr. Manfred Kloster

München, Katholische Fachhochschule

Prof. Dr. Birgit Dorner
 Prof. Dr. Constanze Giese

München, Technische Universität

Prof. Dr. Manfred Broy

München, Universität

Prof. Dr. Martin H. Geyer
 Prof. Dr. Eckhardt Hellmuth
 Prof. Dr. Eckart Otto
 Prof. Dr. Ulrich Schroth
 Prof. Dr. Rudolf Tippelt
 Dr. Hans Woller

München

Dr. Ludwig Maaßen
 Dr. Michael Schmidt
 Dr. Heribert Staudacher
 Dr. Hans Wegner

Münster, Fachhochschule

Dr. Bernhard Frevel

Münster, Universität

Prof. Dr. Peter Burg
 Prof. Dr. Maria Diedrich
 Prof. Dr. Siegfried Echterhoff
 Prof. Dr. Ursula Nelles
 Prof. Dr. Manfred Schneckenburger

Nürnberg, Fachhochschule

Prof. Dr. Herbert Bassarak

Oldenburg, Universität

Prof. Dr. Gunilla Budde
 Prof. Dr. Karl-Heinz Naßmacher

Oldenburg

Prof. Dr. Ernst Kuper

Osnabrück, Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Mayer

Osnabrück, Universität

Prof. Dr. Michael Bommers
 Prof. Dr. Wolfgang Junge

Paderborn, Universität

Prof. Dr. Georg Hartmann
 Dr. Dirk Prior

Passau, Universität

Prof. Dr. Rudolf Emons
 Prof. Dr. Klaus P. Hansen
 Prof. Dr. Guido Pollak

Potsdam, Universität

Prof. Dr. Ingo Balderjahn
 Prof. Dr. Werner Jann
 Prof. Dr. Christoph Kleßmann
 Prof. Dr. Andreas Köstler
 Prof. Dr. Georg Küpper
 Prof. Dr. Hans Joachim Teichler
 Prof. Dr. Thomas von Winter

Regensburg, Fachhochschule

Prof. Dr. Rolf König

Regensburg, Universität

Dr. Sonja Emmerling
 Dr. Andrea König
 Prof. Dr. Hartmut Krienke
 Prof. Dr. Hans-D. Lüdemann
 Dr. Andrea Schrage
 Prof. Dr. Tonio Walter
 Prof. Dr. Wolfgang Wiegand

Reutlingen, Fachhochschule

Prof. Henning Eichinger
 Prof. Dr. Wolfgang Honnen
 Prof. Dr. Rudolf Kessler

Rostock, Universität

Prof. Dr. Peter Burschel
 Prof. Dr. Wilfried Erbguth
 Prof. Dr. Michael Großheim

Saarbrücken, Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Rudolf Large
 Prof. Dr. Jürgen Schneider

Saarbrücken, Universität

Dr. Martin Geiling
 Prof. Dr. Lutz Götze
 Prof. Dr. Rudolf Grillmaier
 Prof. Dr. Volker Köllner
 Prof. Dr. Hans Leo Krämer
 Prof. Dr. Roland Rixecker
 Prof. Dr. Peter Winterhoff-Spurk

Sankt Augustin, FH Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Dr. Franz W. Peren

Siegen, Universität

Prof. Dr. Sigrid Baringhorst
 Prof. Dr. Gerhard Brunn

Stuttgart, Universität

Prof. Dr. Dr. Ulli Arnold
 Prof. Dr. Klaus-Peter Brinkhoff

Stuttgart

Hanns Helmut Adelmann, LG
 Dr. Ursula Mehrländer

Trier, Fachhochschule

Prof. Dr. Thomas Bonart
 Prof. Dr. Dirk Löhr
 Prof. Dr. Jochen Struwe

Trier, Universität

Prof. Dr. Reinhard Hendler
 Prof. Dr. Gerhard Robbers
 Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle
 Prof. Dr. Harald Spehl
 Prof. Dr. Klaus Ziemer

Tübingen, Universität

Prof. Dr. Ottmar Fuchs
 Prof. Dr. Laszlo Goerke
 Prof. Dr. Maja Heiner
 Dr. Werner Lang
 Prof. Dr. Dieter Langewiesche

Tübingen

Prof. Dr. Volker Hoffmann

Ulm, Universität

Dr. Dr. Norbert Grulke

Weingarten, Pädag. Hochschule

Prof. Dr. Michael Henninger
 Prof. Dr. Karin Reiber

Wiesbaden, Fachhochschule

Prof. Dr. Jiri Sobota

Wismar, Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Julia Neumann-Szyszka
 Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister

Witten/Herdecke, Universität

Prof. Dr. Wolfgang H. Arnold

Wuppertal, Universität

Prof. Dr. Georg Pegels
 Prof. Dr. Günter Schiller
 Prof. Dr. Roy Sommer
 Prof. Dr. Paul J.J. Welfens

Würzburg, Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Bradl
 Prof. Eberhard E. Grötsch

Würzburg, Universität

Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet

Zittau, Internationales Hochschulinstitut

Prof. Dr. Wolfgang Gerstlberger

Ausland

Belgien

Brüssel

Dr. Rudolf Mögele

Niederlande

Amsterdam

Prof. Dr. Peter Vorderer

Österreich

Innsbruck

Prof. Dr. Lothar Bernd Zimmerhackl

Wien

Priv. Doz. Dr. Ludger Helms

Schweiz

Bern

Prof. Dr. Dr. Ernest W. B. Hess-Lüttich

Zürich

Prof. Dr. Dr. Gerhard Rogler

ANSCHRIFTEN

Stand: April 2008

Friedrich-Ebert-Stiftung

✉ 53170 Bonn
 Godesberger Allee 149
 53175 Bonn
 Telefon 0228 883-0
 Telefax 0228 883-432
 www.fes.de
 presse@fes.de

Hiroshimastraße 17
 10785 Berlin
 Telefon 030 26935-6
 Telefax 030 26935-951

**Archiv der sozialen Demokratie
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Prof. Dr. Michael Schneider
 Godesberger Allee 149
 53175 Bonn
 Telefon 0228 883-425 (Archivtheke)
 0228 883-480 (Sekretariat)
 Telefax 0228 883-497
 archiv.auskunft@fes.de
 www.fes.de/archiv

**Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Dr. Rüdiger Zimmermann
 Godesberger Allee 149
 53175 Bonn
 Telefon 0228 883-426 (Ausleihe)
 Telefax 0228 883-626
 ausleihe@fes.de
 fachauskunft@fes.de
 fernleihe@fes.de
 www.library.fes.de

Karl-Marx-Haus

Prof. Dr. Beatrix Bouvier
 Museum:
 Brückenstraße 10
 54290 Trier
 Studienzentrum:
 Johannisstraße 28
 54290 Trier
 Telefon 0651 97068-0
 Telefax 0651 97068-140
 info.trier@fes.de
 www.fes.de/Karl-Marx-Haus

Abteilung Studienförderung

Dr. Manuela Erhart
 Godesberger Allee 149
 53175 Bonn
 Telefon 0228 883-649
 Telefax 0228 883-697
 www.fes.de/Studienfoerderung

Akademien, Regional- und Landesbüros**Baden-Württemberg****Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg**

Dr. Felix Schmidt
 Werastraße 24
 70182 Stuttgart
 Telefon 0711 2483943
 Telefax 0711 24839450
 info.stuttgart@fes.de
 www.fritz-erler-forum.de

Bayern**BayernForum**

Dr. Eva Brehm / Horst Schmidt
 Prielmayerstraße 3, Elisenhof
 80335 München
 Telefon 089 51555240
 Telefax 089 51555244
 bayernforum@fes.de
 www.bayernforum.de

Regionalbüro Regensburg

Harald Zintl
 Richard-Wagner-Straße 5
 93055 Regensburg
 Telefon 0941 794759
 Telefax 0941 795613
 Regensburg@fes.de
 www.fes.de/regensburg

**Akademien in Zusammenarbeit mit
der Friedrich-Ebert-Stiftung****Gesellschaft für Politische Bildung e.V.****Akademie Frankenwarte**

Georg Rosenthal
 Leutfresserweg 81-83
 97082 Würzburg
 Telefon 0931 80464-0
 Telefax 0931 80464-26
 info@frankenwarte.de
 www.frankenwarte.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.**Büro München**

Sabine Wolf
 Landwehrstraße 37/I
 80336 München
 Telefon 089 595223
 Telefax 089 5503849
 vollmar@fes.de

Schloß Aspenstein

Dr. Heiko Tammerna
 82431 Kochel am See
 Telefon 08851 78-0
 Telefax 08851 78 23
 vollmar-akademie@t-online.de
 www.vollmar-akademie.de

Brandenburg**Landesbüro Brandenburg**

Eugen Meckel
Hermann-Elflein-Straße 30/31
14467 Potsdam
Telefon 0331 292555
Telefax 0331 2803356
Potsdam@fes.de
www.fes.de/potsdam/

Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein**Julius-Leber-Forum****Büro für die Bundesländer****Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein**

Dr. Stefanie Elies
Rathausmarkt 5
20095 Hamburg
Telefon 040 325874-0
Telefax 040 325874-30
hamburg@fes.de
www.fes.de/Hamburg

Hessen**Landesbüro Hessen**

Nicole Nestler
Große Bleiche 18-20
55116 Mainz
Telefon 06131 97124-0
Telefax 06131 97124-29
www.fes.de/Hessen

Mecklenburg-Vorpommern**Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern**

Dr. Erik Gurgsdies
Arsenalstraße 8
19053 Schwerin
Telefon 0385 512789, 512596
Telefax 0385 512595
info.schwerin@fes.de
www.fes.de/schwerin/

Niedersachsen**Landesbüro Niedersachsen**

Petra Wilke
Postfach 2007
30020 Hannover
Rathenaustraße 16a
30159 Hannover
Telefon 0511 306622
Telefax 0511 306133
hannover@fes.de

Nordrhein-Westfalen**Kurt-Schumacher-Akademie**

Dr. Helmut Mörchen
Willy-Brandt-Straße 19
53902 Bad Münstereifel
Telefon 02253 9212-0
Telefax 02253 8091
muenstereifel@fes.de
www.fes.de/muenstereifel

Rheinland-Pfalz**Landesbüro Rheinland-Pfalz**

Rolf Mantowski
Große Bleiche 18-20
55116 Mainz
Telefon 06131 960670
Telefax 06131 9606766
mainz@fes.de
www.fes.de/mainz/

Sachsen**Regionalbüro Dresden**

Christoph Wielepp
Königstraße 6
01097 Dresden
Telefon 0351 80468-03, 80468-04
Telefax 0351 80468-05
DRNmail@fes.de
www.fes.de/dresden/

Regionalbüro Leipzig

Matthias Eisel
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Telefon 0341 9602160, 9602431
Telefax 0341 9605091
lpzMail@fes.de
www.fes.de/leipzig/

Sachsen-Anhalt**Landesbüro Sachsen-Anhalt**

Astrid Becker
Otto-von-Guericke-Straße 65
39104 Magdeburg
Telefon 0391 56876-0
Telefax 0391 56876-15
MDBMail@fes.de
www.fes.de/magdeburg/

Thüringen**Landesbüro Thüringen**

Michael Schultheiß
Nonnengasse 11
99084 Erfurt
Telefon 0361 59802-0
Telefax 0361 59802-10
info.erfurt@fes.de
www.fes.de/erfurt/

WEITERE
INFORMATIONEN
UND TEXTE
FINDEN SIE IM
INTERNET UNTER
www.fes.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Kommunikation und Grundsatzfragen
Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

www.fes.de

Redaktion: Peter Donaiski

Layout: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Fotos: Siehe Foto, bzw:

S. 20: PhotoDisc

S. 22, 26, 30: picture-alliance

S. 24: Andreas Pellens

S. 28: PhotoAlto, Frédéric Cirou

Fotos Titel und Inhaltsverzeichnis entsprechend

Fotos ohne Hinweis: FES

Herstellung: Katja Ulanowski, FES

Druck und Verarbeitung: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Printed in Germany 2008

ISSN 0940-0702